

vernünftig
VORSORGEN



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 9/10

September-Oktober 1966

Einzelpreis 50 Pt.

INHALT

	Seite
8. Tagung des ZK der KPD	
Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK	2
Aus der Diskussion der 8. Tagung . . .	21
Die Ereignisse in der Volksrepublik China erreichten eine neue Stufe . . .	42
Junge Genossen fra- gen — Wissen und Tat antwortet:	
Schutz- oder Diktaturgesetze? . .	45
Was ist „formierte Gesellschaft“? . .	47
Für die Mappe des Propagandisten . . .	50
Tatsachen aus der DDR . . .	51
Leserzuschriften . . .	54

8. Tagung des ZK der KPD

Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees

Erstattet vom Genossen Willi Mohn,
Mitglied des Politbüros des ZK

I.

Genossinnen und Genossen!

Am 17. August ist unsere Partei 10 Jahre wider-
rechtlich verboten. Am Tage des Verbots erklärte
der damalige Parteivorstand:

„Die KPD ist da und bleibt da. So erfordert es das
Interesse der Arbeiterklasse und des deutschen
Volkes.“

Heute können sich Freund und Feind davon über-
zeugen, daß sich unsere Partei von Jahr zu Jahr
festigt, ihren Einfluß erweitert und Vertrauen bei
immer mehr Menschen erhält. Selbst die Bonner
Regierung, die 1956 durch den damaligen Innen-
minister Schröder verkünden ließ, die KPD sei aus
dem politischen Leben ausgeschaltet, muß heute
durch Innenminister Lücke feststellen: Es ist der
KPD gelungen, ihre Arbeit mit wachsendem Erfolg
zu verbessern und auszuüben.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, trotz der großen
Opfer wurde unsere Partei im Leben der Bundes-
republik ein gesellschaftlicher Faktor, weil unsere
Politik den Interessen der Arbeiterschaft und der
Mehrheit unseres Volkes entspricht. Wir waren,
sind und bleiben die Partei, die die verhängnisvolle
Revanchepolitik Bonns entlarvt und ihr die Alter-
native einer demokratischen und friedlichen Ent-
wicklung der Bundesrepublik entgegenstellt. Unsere
Partei ist eine nationale Kraft, deren Politik ge-
richtet ist auf die Sicherung des Friedens und die
Wiedervereinigung Deutschlands, auf die Verteidi-
gung des Grundgesetzes und die Erweiterung der
demokratischen Rechte und Volksfreiheiten, auf die
Verbesserung des Lebensstandards und gesellschaft-
lichen Fortschritt.

Unsere Partei war in den zurückliegenden Jahren
immer bemüht, sich enger mit den Massen zu ver-
binden, teilzuhaben an allen Bewegungen und
Aktionen der Arbeiterschaft und der Volkskräfte.
Immer mehr Kommunisten haben sich durch ihre

vorbildliche Tätigkeit als Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre bewährt und dabei Vertrauen in der Arbeiterschaft erworben. Viele Kommunisten haben hervorragenden Anteil an den Bemühungen um das Bündnis aller demokratischen, national gesinnten Kräfte. Im Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft und des Volkes sind Tausende neue Mitglieder in die Partei gekommen: Arbeiter, die sich davon überzeugen konnten, daß unsere Partei selbstlos, opferbereit für die Interessen des schaffenden Volkes eintritt; junge Menschen, die, als die Partei verboten wurde, noch Kinder waren, jetzt aber als energische junge Kämpfer ihren Platz in unserer Kampfgemeinschaft gefunden haben. **Allen Genossen, die an den Erfolgen, an der Arbeit der Partei beteiligt waren, gebührt unser Dank. Den Genossen, die trotz Verfolgungen weiter arbeiten, die im Kerker sitzen, gehört unsere Sympathie und unsere solidarische Verbundenheit.**

10 Jahre Parteiverbot waren Jahre, die immer deutlicher werden ließen:

Das Verbot der KPD war der Auftakt zum Angriff auf die demokratischen Rechte und Volksfreiheiten. Es wurde zu einem Instrument der Niederhaltung und Verfolgung aller oppositionellen, aller andersdenkenden fortschrittlichen Menschen und Organisationen unseres Landes. Im Interesse von Frieden und Freiheit braucht die Bundesrepublik eine legale KPD! Die Aufhebung des KPD-Verbots ist zu einem dringenden Anliegen im Interesse der Lösung der nationalen Frage in Deutschland geworden.

Wir und mit uns friedliebende, demokratische Kräfte unseres Landes werden sich immer mehr bewußt, daß die Rolle der KPD im Kampf für die Lösung aller vor der Arbeiterklasse der Bundesrepublik stehenden Aufgaben immer größer wird. Es wächst die Erkenntnis darüber, daß die Stärkung der Kraft unserer Partei eine wesentliche Voraussetzung ist für die Herbeiführung einer Wende in der Bundesrepublik zu einer Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts.

II.

Das Erstarken der Kräfte des Sozialismus und der Kampf der Völker für Frieden

Das bedeutsamste Ereignis in der zurückliegenden Berichtsperiode war der XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, an dem eine Delegation auch unserer Partei mit den Genossen Max Reimann, Willi Mohn, Max Schäfer und einem weiteren Mitglied des Zentralkomitees teilnahm. Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion waren und sind immer Ereignisse, die nicht nur von wegweisender Bedeutung für die Weiterentwicklung der Sowjetunion, sondern von gewaltiger Bedeutung auch für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung sind. Das wird auch sichtbar in der Teilnahme von 88 Delegationen kommunistischer und Arbeiterparteien sowie anderer demokratischer Parteien.

Auch in unserem Lande hat der Verlauf und haben die Ergebnisse dieses XXIII. Parteitages in der Öffentlichkeit starke Beachtung gefunden.

Wir können feststellen, daß die Mitglieder und Funktionäre unserer Partei den XXIII. Parteitag mit großer Aufmerksamkeit verfolgt haben. Mit Genugtuung haben sie die großen Leistungen, die die Sowjetvölker unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung erringen, vermerkt. In unserer Partei fand die Tatsache eine besondere Würdigung, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion unbirrt und konsequent die Generallinie des XX. und XXII. Parteitages weiter verfolgt. Sie wurden in der Gewißheit bestärkt, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion alle Anstrengungen unternehmen wird, um entsprechend den Beschlüssen der Moskauer Beratungen die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu fördern.

Mit uns Kommunisten waren auch andere friedliebende, demokratische

Kräfte, insbesondere aus der Arbeiterschaft sehr beeindruckt von dem wirtschaftlichen Aufstieg und von den konsequenten Bemühungen und konstruktiven Vorschlägen der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens und zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Auch die herrschenden Kreise in unserem Lande haben den Parteitag mit Interesse verfolgt. Zuerst hatte die bürgerliche Presse mit allen möglichen Spekulationen versucht, die Bevölkerung zu verwirren. Dann aber mußte sie im Ergebnis des Parteitages mit Widerwillen feststellen, daß die sowjetische Wirtschaft erstarkt, die weiteren Perspektiven real sind und die internationale Autorität der Sowjetunion gewachsen ist. Gleichzeitig heulten sie auf, weil der XXIII. Parteitag die ganze Weltöffentlichkeit vor der

gefährlichen Politik der deutschen Imperialisten und Militaristen gewarnt hat.

Der Parteitag zog die Bilanz der großen politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und organisatorischen Tätigkeit der KPdSU seit dem XXII. Parteitag. Ein wichtiger Meilenstein im Leben der Partei und des Landes war die Tagung des Zentralkomitees der KPdSU im Oktober 1964. Mit den Entscheidungen dieser ZK-Tagung wurden Mängel und Fehler, die auf subjektive Entscheidungen zurückgingen, überwunden. Der Arbeitsstil des Zentralkomitees wird noch stärker von Wissenschaftlichkeit, Kollektivität und Sachlichkeit beherrscht. Im Verlauf der Beratungen wurde der große positive Einfluß, den dieses Plenum auf das Leben der Partei und des Staates ausübt, unterstrichen.

Fünfjahresplan — eine neue Etappe beim Aufbau des Kommunismus

Eine neue wichtige Etappe im Kampf der Partei und des Sowjetvolkes für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und die weitere Festigung der

Verteidigungsmacht des Landes ist der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für 1966 bis 1970. Die Direktiven zum Fünfjahrplan sehen ein hohes Zuwachs-



tempo der gesellschaftlichen Produktion und des Nationaleinkommens vor. Der Umfang der Industrieproduktion wird bis 1970 um 47 bis 50 Prozent anwachsen. Eine erstrangige Bedeutung wird der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft beigegeben, deren Produktion um 25 Prozent steigen wird. Das Industriepotential der UdSSR wird sich im Vergleich zu 1950 nahezu um das siebenfache vergrößern. Auf der Grundlage der Vervollkommenung der Arbeitsorganisation und eines neuen Systems der Wirtschaftsleitung, durch rationelle Ausnutzung der Errungenschaft von Wissenschaft und Technik wird sich die Arbeitsproduktivität im Verlauf des Fünfjahrplanes um 33 Prozent bis 35 Prozent erhöhen. Das Nationaleinkommen wird im Jahre 1970 um 38 bis 41 Prozent größer sein als 1965.

Auf der Grundlage der Vergrößerung des Produktionsumfanges, des bedeutenden Anwachsens der Arbeitsproduktivität und des Nationaleinkommens wird die weitere Erhöhung des Wohlstandes der Werk-tätigen gewährleistet, ein Ziel, auf das alle Anstrengungen bei der Erfüllung des Fünfjahrplanes gerichtet sein werden. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung wird bis 1970 annähernd um 30 Prozent ansteigen. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten wird sich bis 1970 um mindestens 20 Prozent erhöhen, während es von 1961 bis 1965 18,6 Prozent waren. Im neuen Fünfjahrplan werden die Realeinkünfte der Kolchosbauern rascher wachsen und sich dem Einkommensstand der Arbeiter und Angestellten annähern.

Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Welt

Im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den Parteitag wurde eine prinzipielle marxistisch-leninistische Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Welt vorgenommen. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den Parteitag sagte Genosse Breschnew:

„Die internationale Lage steht in der Zeit seit dem XXII. Parteitag im Zeichen eines stetig wachsenden internationalen Einflusses der So-

Gleichzeitig sind weitere Schritte zur Überwindung der sozial-ökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land vorgesehen, die eine weitere Annäherung des ländlichen an das städtische Niveau zum Ziele haben. Die erfolgreiche Erfüllung des Fünfjahrplanes wird die ökonomische Stärke und die Autorität der Sowjetunion in der Welt weiter erhöhen, die imperialistischen Kräfte zurückdrängen und ein entscheidender Beitrag zur Festigung des Friedens sein.

Der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, die Hebung des Lebensstandards und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, die Leistungen von Wissenschaft und Technik machen den Sozialismus immer anziehender. Damit sind unserer Partei und allen Kommunisten in unserem Lande große Möglichkeiten gegeben, in überzeugender Weise der Arbeiterschaft und dem werktätigen Volk die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu beweisen. Indem wir die Aufklärung über die Errungenschaften des Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR zum Bestandteil unserer täglichen Propaganda- und Agitationsarbeit machen, kommen wir unserer Aufgabe als marxistisch-leninistische Partei nach, der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk ständig sozialistisches Bewußtsein zu vermitteln. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag im Kampf gegen den Antikommunismus, dessen Absicht darin besteht, vor den Werktätigen unseres Landes den Sozialismus zu diskreditieren.

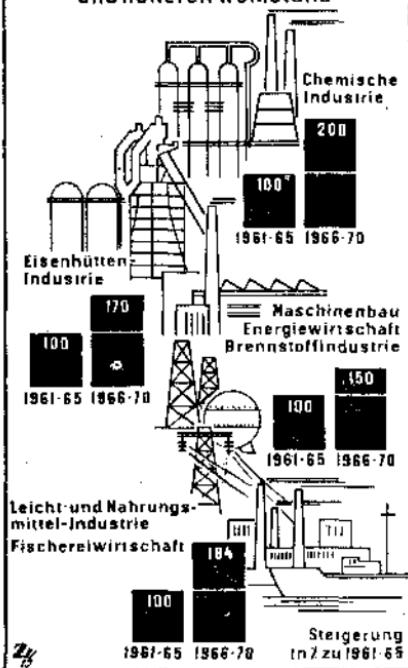
wjetunion und des ganzen sozialistischen Weltsystems, im Zeichen neuer Siege der Länder und Völker, die gegen das Kolonialjoch, für die Unabhängigkeit und für Fortschritt kämpfen, im Zeichen des zunehmenden Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, im Zeichen der Weiterentwicklung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung.“

Die entscheidende Rolle bei der Festigung des Kräfteverhältnisses zu-

gunsten des Friedens und des Sozialismus spielt die wachsende Macht des sozialistischen Weltsystems. Was

Investitionen

5-Jahrplaner UdSSR 1966-70
für technischen Fortschritt
und höheren Wohlstand



50 Millionen Kämpfer für die Sache des Volkes

Der XXIII. Parteitag war eine Demonstration der Stärke der kommunistischen Weltbewegung. Seit 1960 hat sich die Zahl der Kommunisten in der Welt um insgesamt 14 Millionen erhöht. Heute zählen die 88 kommunistischen und Arbeiterparteien auf allen Kontinenten nahezu 50 Millionen Kämpfer. Der XXIII. Parteitag hat erneut deutlich gemacht, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion die vorwärtsweisende Kraft der kommunistischen Weltbewegung ist. Gegenwärtig zählt die KPdSU 12,4 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Davon wurden allein 2,75 Millionen nach dem XXII. Parteitag in die Partei aufgenommen. In den

seine zunehmende Stärke angeht, so erzeugen die sozialistischen Länder, deren Anteil an der Weltbevölkerung 34,4 Prozent beträgt, heute fast 40 Prozent der Weltproduktion. Die weitere Stärkung seiner Macht und Geschlossenheit wurde im Rechenschaftsbericht als das wichtigste Ziel der sowjetischen Außenpolitik bezeichnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gilt das Erstarken des sozialistischen Weltsystems unserer Partei und der Arbeiterklasse immer bewußt zu machen. Wir westdeutschen Kommunisten sind davon überzeugt, daß das sozialistische Weltsystem erstarken und immer mehr Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte nehmen wird. Wir sind auch der Überzeugung, daß auf dem Wege einer noch engeren Zusammenarbeit der sozialistischen Länder alle Schwierigkeiten überwunden werden und der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus die sozialistische Gemeinschaft festigen wird, wie das auch seinen Ausdruck auf der Tagung der Partei- und Staatsführer der Warschauer-Pakt- und RGW-Staaten fand.

Das sozialistische Weltsystem ist die Kraftquelle der nationalen Befreiungsbewegung. Dank seiner Existenz und Hilfe konnten seit dem XXII. Parteitag im Kampf gegen den Imperialismus weitere 17 Staaten mit 60 Millionen Menschen in ihrem nationalen Befreiungskampf die nationale Unabhängigkeit erringen.

Beschlüssen des Parteitages fand die weitere Entwicklung der leninschen Normen, der Prinzipien der Kollektivität der Führung ihren Niederschlag. Die KPdSU misst der strikten Beachtung und der konsequenten Entwicklung der innerparteilichen Demokratie große Bedeutung bei.

Der Parteitag hat erneut deutlich gemacht, daß die KPdSU sich immer ihrer Verantwortung vor der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung bewußt ist. Kennzeichnend für das Auftreten der Mitglieder des Zentralkomitees und aller Diskussionsredner sowie für das Auftreten von Vertretern der Bruderparteien war das Streben nach Einheit und

Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Einen großen konstruktiven Beitrag zu diesem Ziel hat die KPdSU geleistet. Allein in der Zeit seit dem Oktober-Plerum 1964 führte das ZK der KPdSU Treffen mit mehr als 200 Delegationen von 80 Bruderparteien durch. Die KPdSU und die Vertreter der Bruderparteien erklärten auf dem Parteitag, daß es eine zuverlässige Grundlage für den ideo-logischen und politischen Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung gibt: Das sind die Deklaration und die Erklärung von 1957 und 1960.

In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die KPdSU die zwischen der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und anderen kommunistischen Parteien entstandenen Meinungsverschiedenheiten nicht für unüberwindlich hält, daß sie von der schließlich Überwindung aller Schwierigkeiten überzeugt ist und die Zeit kommen wird, wo sich die Kommunisten Chinas auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus mit den Kommunisten aller Länder zusammenschließen werden. Das aber wird ein komplizierter und möglicherweise auch langwieriger

Prozeß sein. Das wird auch deutlich an den jüngsten innerparteilichen Vorgängen in der Kommunistischen Partei Chinas.

Die Aggressions- und Interventionspolitik des Imperialismus macht es zur vordringlichsten Aufgabe, in der ganzen kommunistischen Weltbewegung die Aktionseinheit, ungeachtet aller vorhandenen Meinungsverschiedenheiten herzustellen, im Kampf für die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam.

Die KPdSU hält es, ebenso wie die meisten Bruderparteien, für zweckmäßig, eine neue internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen, wenn die Bedingungen hierfür reif sind.

Genosse Max Reimann hat auf dem XXIII. Parteitag im Namen unserer Delegation und im Namen der ganzen Partei die unschütterliche Verbundenheit der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bekundet. Wir haben zugleich erklärt, daß wir alles in unseren Kräften stehende tun werden, um der Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu dienen.

Für internationale Zusammenarbeit

Auch in der zurückliegenden Berichtsperiode hat das Zentralkomitee die freundschaftlichen Beziehungen zu den Bruderparteien in den Dienst der weiteren Festigung der Einheit und Geschlossenheit unserer Weltbewegung gestellt. In diesem Sinne traten Delegationen unserer Partei, die an den Parteitagen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei teilnahmen, auf. In diesem Sinne fanden auch anläßlich dieser Parteitage eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertretern der Bruderparteien statt. Im Geiste unserer engen Verbundenheit mit den Bruderparteien stand auch die Begegnung von Delegationen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Portugals.

Von besonderer Bedeutung war das Stattfinden einer Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Wien.

Diese Konferenz war ein Erfahrungsaustausch über die neuen Möglichkeiten der Einigung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Monopole, für Frieden, Demokratie und Fortschritt. Auf dieser Konferenz wurde unsere Partei durch die Genossen Max Reimann und Max Schäfer vertreten. Der Meinungsaustausch gab den Bruderparteien die Möglichkeit, das Ausmaß und die Formen der politischen Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Ländern Europas kennenzulernen und Schlußfolgerungen für die eigene Arbeit zu ziehen. In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich eine breite Bewegung für die demokratischen Rechte und die sozialen Belange der Werktätigen. Diese Bewegungen zielen auf Reformen, die die politische und ökonomische Macht der Monopole immer mehr einschränkt, um einer breiteren Demokratisierung den Weg freizumachen. Dabei, so

wurde auf der Konferenz hervorgehoben, spielt der Kampf um die Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeiter und Gewerkschaften eine immer größere Rolle.

Wir sind dafür, auch in Zukunft solche Konferenzen, auf denen gemeinsam interessierende Probleme beraten werden, durchzuführen. Unsere Partei ist dafür eingetreten, daß in absehbarer Zeit die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder Europas zusammenkommen sollten, um gemeinsam Fragen der Sicherheit in Europa zu beraten.

Im nächsten Jahr jährt sich zum 50. Mal der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Dieses Jubiläumsjahr wird in aller Welt von den kommunistischen und Arbeiterparteien zum Anlaß genommen werden, um ihre innige Verbundenheit mit dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt, mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu manifestieren. Das Jahr 1967 muß zu einem Jahr der großen Aufklärung über die Sowjetunion, über die Errungenschaften des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus werden. Wir wollen die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus beweisen und die konsequente Friedens- und Verständigungspolitik der Sowjetregierung bekannt machen. Ausgehend von den Beschlüssen des XXIII. Parteitages

sollten wir eine breite ideologische Aufklärungskampagne in den Mittelpunkt der Vorbereitung dieses großen historischen Ereignisses stellen. Auf diese Weise wollen wir die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bevölkerung unseres Landes und den Völkern der Sowjetunion fördern. Wir werden der von Bonn entfalteten antikommunistischen Hetze, der Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“ entgegentreten und den Nachweis führen, daß es allein die verständigungsfeindliche Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten ist, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Wege steht. Die nationalen Interessen des deutschen Volkes erfordern enge freundschaftliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.

Für unsere Partei wird der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auch Anlaß sein, die Verbundenheit unserer Partei mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion noch weiter zu festigen. Es gilt vor allem die jungen Mitglieder und Funktionäre unserer Partei im Thälmann'schen Geiste zur Treue und Verbundenheit mit der Partei Lenins zu erziehen, sie mit den Erfahrungen ihres erfolgreichen revolutionären Kampfes vertraut zu machen.

III.

Die Verschärfung der internationalen Lage – Der Kampf gegen die USA-Aggression in Vietnam

Wenn man die internationale Lage richtig beurteilen will, dann darf man nicht nur den wachsenden Einfluß der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Weltsystems sowie die Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse und der um ihre Befreiung ringenden Völker feststellen, dann muß man auch richtig die Lage im imperialistischen Lager einschätzen. Dazu sagte Genosse Breshnev:

„Andererseits hat sich in dieser Zeit die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter vertieft, sind die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern größer geworden. Der Imperialismus, vor allem die impe-

rialistischen Kreise der USA, schritten mehrfach zu dreisten und provokatorischen Aktionen bis hin zu Kriegsabenteuern. Durch dieses Vorgehen hat sich die internationale Lage verschärft.“

Manche Genossen fragen: Hat sich aufgrund der zunehmenden Aggressivität des Imperialismus das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändert? Nein, — im Gegenteil. Eine Periode neuer Gegensätze und Rivalitäten innerhalb der kapitalistischen Welt hat begonnen. Das wird augenscheinlich in der Krise der NATO und der Entwicklung der EWG. Im Unterschied zu früher, da die USA für ihre Inter-

essen andere Völker kämpfen müssen, finden sie heute in Vietnam nur in der Bundesrepublik und bei einigen wenigen Satellitenstaaten vorbehaltlose Unterstützung, während sie selbst bei einigen Bündnispartnern auf Widerstand und Ablehnung stoßen. Hinzu kommt, daß der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern an Schärfe und Umfang zunimmt. Das wird unter anderem sichtbar in der wachsenden Zahl der Streikenden, die sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat und jetzt jährlich 55 bis 57 Millionen beträgt. Wir finden diese Tatsache auch in der Bundesrepublik bestätigt, wo in der jüngsten Zeit die sozialen Auseinandersetzungen an Umfang und Intensität zunahmen.

Die Aggressivität ist also der Ausdruck der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Verschärfung seiner Widersprüche. Die imperialistischen Mächte versuchen die Widersprüche dadurch zu überwinden, daß sie die Methoden einer staatlichen Regulierung der Wirtschaft ausbauen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu ihrem Nutzen fördern und die Rüstungsproduktion, d. h. die Militarisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens beschleunigen. Doch alle diese Versuche können die Widersprüche nicht überwinden, sondern werden sie vielmehr verschärfen. Das findet seine Bestätigung auch in der Bundesrepublik.

Staatliche Regulierung und technischer Fortschritt unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben in der Bundesrepublik dazu geführt, daß der Bergbau in eine Krise geraten ist und die Stahlindustrie stagniert. So müssen heute Arbeiter ganzer Industriezweige

Wichtigste Aufgabe: Verhinderung eines neuen Weltkrieges

Der XXIII. Parteitag bezeichnete als die wichtigste Aufgabe auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen die Verhinderung eines neuen Weltkrieges. Das Ziel der sowjetischen Außenpolitik wird deshalb unabänderlich darin bestehen, fest und entschlossen gegen die Aggressionspolitik des Imperialismus, für den Frieden, für die Verhütung eines atomaren Weltkrieges, für die Verankerung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen

oder großer Unternehmen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bangen. So verschärfen sich die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit und reißen neue Klassenauseinandersetzungen heran.

Die Militarisierung des wirtschaftlichen Lebens hat dazu geführt, daß der Geldwert sinkt, Steuern, Preise und Mieten erhöht werden. Der staatsmonopolistische Kapitalismus und die Militarisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens drängen in der Bundesrepublik auf die Schaffung der sogenannten formierten Gesellschaft.

Hinzu kommt, daß heute augenscheinlicher denn je das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus wirkt. Wenn vor einigen Jahren noch die Länder Westeuropas und auch Japan ein schnelleres wirtschaftliches Wachstumstempo als die USA aufzuweisen hatten, so hat sich das neuerdings geändert. Jetzt haben die USA-Monopole eine neue Offensive auf die Eroberung des kapitalistischen Weltmarktes begonnen. Ein konkreter Ausdruck dafür ist auch das immer stärkere Eindringen des amerikanischen Großkapitals in die westdeutsche Wirtschaft, so daß heute schon ganze Industriezweige unter ihrer Kontrolle stehen.

All das verstärkt das Abenteuerertum des Imperialismus, seine Gefahr für die Völker und erklärt auch die derzeitige Verschärfung der internationalen Lage. Hinzu kommt, daß sich die aggressiven Kräfte der USA zur Verschärfung der Lage ermuntert fühlen durch die Haltung der KP Chinas und Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung.

Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Daran sind die Sowjetvölker und die Völker der ganzen Welt interessiert. So werden auch die günstigsten Bedingungen für den weiteren erfolgreichen Aufbau des Kommunismus, für die Festigung der Macht des sozialistischen Weltsystems und die allseitige Unterstützung des Kampfes der Völker für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung geschaffen.

Der Parteitag der KPdSU hat in einer Erklärung zur Aggression der USA in Vietnam feierlich seine brüderliche Solidarität mit dem heldenhaften vietnamesischen Volk, mit der Partei die Werkstätigen Vietnams und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams bekundet. Entschieden wird in dieser Erklärung die barbarische Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk verurteilt und nachdrücklich die Forderung nach Abzug der amerikanischen Aggressoren und der Beendigung des schmutzigen Krieges auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes erhoben. Es gehörte zu den bewegendsten Höhepunkten des Parteitages, als die Sprecher der beiden vietnamesischen Delegationen der KPdSU und dem Sowjetvolk für die große Unterstützung, für die Erfüllung jeder von Vietnam gewünschten Hilfe dankten, die sie dem vietnamesischen Volk im Kampf gegen die USA-Aggression erweisen. Der Parteitag wurde zu einer einmütigen Manifestation des Willens der Delegierten und der Vertreter der Bruderparteien nach Herstellung der Aktionseinheit im Kampf gegen die USA-Aggression in Vietnam und für die Unterstützung der Forderungen des vietnamesischen Volkes.

Unsere Partei hat in der Berichtsperiode große Anstrengungen gemacht zur Entwicklung einer breiten Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam und gegen die Unterstützung dieses Krieges durch die revanchistischen und militaristischen Kreise der Bundesrepublik. Das entspricht den nationalen Interessen unseres Volkes und ist zugleich ein Beitrag zur internationalen Solidarität mit einem um seine Freiheit kämpfenden Volk. Diese Protestbewegung in der Bundesrepublik entwickelte sich zusehends im Geiste der kämpferischen und materiellen Solidarität mit dem um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit kämpfenden vietnamesischen Volk.

Angesichts der Ausdehnung der amerikanischen Aggression, angesichts der ungeheuerlichen Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong, die wir auf das schärfste verurteilt haben, angesichts des heldenhaften Kampfes des vietnamesischen Volkes müssen die Protest- und Solidaritätsaktionen verstärkt werden. Das ist in unserem Lande um so notwendiger, da die Bundesregierung als einzige Regierung Westeuropas den amerikanischen Krieg in Vietnam und auch die letzten Terroraktionen vorbehaltlos unterstützt. Der Bonner Heuchelei von Frieden und humanitärer Hilfe gilt es noch entschiedener die Forderungen und Aktionen der friedliebenden Kräfte entgegenzustellen. Frieden in Vietnam das erfordert:

- 1 die sofortige Einstellung der Bombenangriffe der USA auf die Demokratische Republik Vietnam und die Bevölkerung Südvietnams;
- 2 die strikte Einhaltung des Genfer Indochina-Abkommens vom Jahre 1964, den sofortigen Abzug der Streitkräfte der USA und deren Verbündete, Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Vietnamesen;
- 3 die Lösung des Vietnamproblems und die Wiedervereinigung dieses Landes auf der Grundlage der Vorschläge der Demokratischen Republik Vietnam und der südvietnamesischen Befreiungsfront;
- 4 keinerlei moralische, materielle, verdeckte oder offene militärische Hilfe der Bundesregierung für den schmutzigen Krieg der USA.

Von unserer 8. Tagung des Zentralkomitees möchten wir dem heroisch kämpfenden vietnamesischen Volk unsere brüderliche Solidarität versichern. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, um in Treue zum proletarischen Internationalismus den Kampf des vietnamesischen Volkes verstärkt zu unterstützen.

IV.

Von deutschem Boden darf kein neuer Krieg ausgehen

Neben der amerikanischen Aggression in Vietnam ist die Bundesrepublik durch die Revanchepolitik der herrschenden Kreise zum Haupt-

kriegsgefahrenherd in Europa geworden. Genosse Max Reimann hat auf der 7. Tagung des Zentralkomitees festgestellt, daß sich durch die

Revanchepolitik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik die Situation in Europa und in Deutschland verschärft hat. Diese Feststellung finden wir in dem Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag bestätigt. Genosse Breshnew sagte:

„Heute tritt der westdeutsche Imperialismus als Hauptverbündeter der USA in Europa bei der Verschärfung der internationalen Spannungen auf. Westdeutschland wird immer mehr zum Herd einer Kriegsgefahr, in dem revanchistische Leidenschaften brodeln.“

Gegenwärtig ist einer der für den Frieden gefährlichsten Faktoren das zweiseitige Militärbündnis besonderer Art, das sich zwischen den regierenden Kreisen der USA und der Bundesrepublik herausgebildet hat. Während die USA mit diesem Bündnis die Absicht verfolgen, die Bundesrepublik als Stützpunkt gegen die Länder des Sozialismus auszubauen, knüpfen die westdeutschen Imperialisten daran die Hoffnung, mit den USA im Rücken ihre Revancheziele verwirklichen zu können. In der Tat ist es so, daß die westdeutschen Machthaber immer mehr die Achse Bonn-Washington ausbauen, um so Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen.

Die aggressiver werdende Politik der herrschenden Kreise Bonns fand ihren Niederschlag auf dem Parteitag der CDU und neuerdings auch in der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Barzel in den USA. Auf diesem Parteitag und in der Rede Barzels wurde unverhüllt das aggressive Programm des deutschen Imperialismus und Militarismus dargelegt. Die Bundesregierung ist zur offenen

Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam übergegangen. Sie beschleunigt das Wettrüsten durch die Erhöhung des Wehretats um weitere 2 Milliarden DM. Sie hat ihren Einfluß in der NATO verstärkt, wofür die Ernennung von Kielmannsegg zum Kommandierenden der NATO-Streitkräfte Mitte bezeichnend ist. Die Bonner Machthaber haben ihren revanchistischen Alleinvertretungsanspruch bis zur Annahme des sogenannten Gesetzes über freies Geleit zugespielt. Sie haben einen detaillierten Plan zur Eroberung der DDR ausgearbeitet, der der Öffentlichkeit als Grauer Plan bekannt wurde. Hinzu kommen Revanchekundgebungen und die Absicht, die Notstandsverfassung mit beschleunigtem Tempo durchzusetzen.

Wir meinen, die auf Revanche drängenden Kreise fühlen sich auch dadurch ermuntert, daß sich auf dem Parteitag der SPD jene Kräfte durchgesetzt haben, die Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU betreiben. Mit aller Deutlichkeit müssen wir feststellen, daß der Dortmunder Parteitag der SPD aus der gefährlichen und hoffnungslosen Politik der CDU/CSU und der Erhard-Regierung keine richtigen Schlüssefolgerungen gezogen hat. In seinen politischen Hauptentschließungen und in den Reden der führenden Kräfte wird die Gemeinsamkeitspolitik noch stärker als bisher zur Grundlinie erklärt. Der Parteitag und seine Mehrheitsbeschlüsse bestätigen erneut: Die Gemeinsamkeitspolitik ist ihrem Wesen und Inhalt nach Unterstützung der Revanche- und Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus durch die Führungskräfte der SPD

Friedensheuchelei soll Revanchismus verdecken

Um die wahren Ziele zu verschleiern, versuchen die Führungskräfte der CDU/CSU und die Erhard-Regierung mehr als bisher, ihre aggressive Revanchepolitik als eine sogenannte Friedens- und Versöhnungspolitik zu tarnen. Dieser Absicht diente vor allem die sogenannte Friedensbotschaft. Es ist ganzverständlich, daß diese sogenannte Friedensbotschaft von den Regierungen vieler Länder als das begriffen wurde, was

sie tatsächlich ist: eine Täuschung, hinter der sich aber unverblümmt die Beibehaltung des aggressiven Revanchekurses verbirgt. Die Bundesregierung geht nicht ab von ihren Forderungen nach Mitbeteiligung an Atomwaffen, nach Grenzrevision und gewaltsamer Einverleibung der DDR. Die Regierungen aller sozialistischen Staaten haben die richtige Antwort darauf gegeben. Sie haben erklärt, daß, solange die Bundesregierung ihre

bisherige Politik fortsetzt, von der Bundesrepublik die Gefahr eines neuen Krieges ausgeht und es schwer möglich ist, der Verständigung und der Aussöhnung näher zu kommen. Auch die skeptische Reaktion mancher Regierungen von kapitalistischen Ländern auf diese Note macht deutlich, daß sie von ernster Sorge um die Entwicklung der Bundesrepublik ergriffen sind.

Wir als Partei dürfen jedoch nicht übersehen, daß die Manöver der Bundesregierung dazu beigetragen haben, Illusionen über die Politik der Bonner Regierung zu nähren. Von vielen Menschen wird nicht geglaubt, daß von der Bundesrepublik die Gefahr eines neuen Krieges ausgeht. Noch ist es so, daß viele Menschen das Geheimnis der Vorbereitung eines neuen Krieges nicht erkennen. Hinzu kommt, daß in breiten Teilen der Bevölkerung, nicht zuletzt genährt durch die irreführende Beurteilung der Lage durch den SPD-Parteitag, die Meinung vorherrscht, die Lage in Europa und in Deutschland habe sich entspannt. Man kann doch nicht von Entspannung sprechen, wenn die Bonner Regierung mit Friedensbeteuerungen getarnt, die Bombardierung von

Hanoi gutheißt, das Manöver Fallex 66 anordnet und eine solche militärische Umrüstung der Bundeswehr betreibt, die der aggressiven atomaren Vorwärtsstrategie dienen soll. Um den Menschen den Ernst der Lage bewußt zu machen, sollten wir die umfangreichen Enthüllungen des Genossen Albert Norden auf der internationalen Pressekonferenz über die allseitige Kriegsvorbereitung stark nutzen.

Wir haben Recht getan, als wir auf der 6. und 7. Tagung des Zentralkomitees erklärt haben, im Mittelpunkt unserer Politik steht das Bemühen, zu verhindern, daß von westdeutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der Hauptinhalt unseres Kampfes um die Durchsetzung einer neuen, einer realistischen Deutschlandpolitik. Das ist auch der Hauptinhalt der Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zur Regelung der deutschen Frage. Wir können mit Genugtuung die enge Verbundenheit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der KPdSU in allen Fragen der Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa feststellen.

Wohin treibt die Bundesrepublik?

Auf die Frage, die heute viele Menschen bewegt, wohin treibt die Bundesrepublik, wie kann die nationale Frage in Deutschland gelöst werden, hat unsre Partei klar geantwortet. Die Lösung der nationalen Frage in Deutschland muß mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beginnen. Darauf, so erklärten wir auf unserer 7. ZK-Tagung, muß die Verständigung der Arbeiterklasse zwischen beiden deutschen Staaten gerichtet sein.

Das Bemühen um die Friedenssicherung in Deutschland und die Verständigung der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer Reihe neuer bedeutsamer Initiativen bewogen. Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der erneut zu einer Demonstration der Verbundenheit unserer Partei mit der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands wurde, hat Genosse Walter Ulbricht eine für ganz Deutschland programmatiche Rede gehalten. In dieser programmatischen Rede hat er die Lage der deutschen Nation eingeschätzt. Es wird der Weg gezeigt, der zu einem künftigen vereinigten Vaterland der Deutschen führt. Die Deutsche Demokratische Republik wird unbeirrt die Politik des Friedens fortführen und auf dem Wege der Vollendung des Sozialismus weiterschreiten. Vor den westdeutschen Arbeitern und der ganzen Bevölkerung steht die Notwendigkeit, sich endlich dafür einzusetzen, daß auch in der Bundesrepublik eine solche demokratische Veränderung erfolgt, die den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten und Westberlins zu einer deutschen Konföderation möglich macht.

Unsere Partei hat die programmatiche Rede des Genossen Walter

Ulbricht begrüßt und sieht in ihr eine große Hilfe für die Klärung des Wesens der nationalen Frage in Deutschland und eine große Unterstützung zur Mobilisierung der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte im Kampf für eine realistische Deutschlandpolitik. Doch sollten wir jetzt noch größere Anstrengungen machen, diese Rede zur Grundlage von Diskussionen und Aussprachen über die Frage zu machen: Wie kann der Friede in Deutschland gesichert werden, wie kann eine Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgen, wie soll

das zukünftige Deutschland aussehen? Das wird uns gleichzeitig helfen, auch in unserer Partei noch größere Klarheit über die Rolle und Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen und die Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu stärken, noch vorhandene Unklarheiten zu überwinden und mit den Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Deutschlandpolitik offensiv den Kampf in der Bundesrepublik zu führen.

Zum Meinungsaustausch zwischen SED und SPD

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Sicherung des Friedens in Deutschland nur dann gewährleistet ist, wenn sich die Arbeiterklasse und ihre Parteien in beiden deutschen Staaten verständigen, hat sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an die Sozialdemokratische Partei gewandt. Der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingeleitete Meinungsaustausch wurde von uns in einer Stellungnahme des Zentralkomitees begrüßt.

Wir haben es als unsere Pflicht betrachtet, den Inhalt der Briefe der Sozialistischen Einheitspartei und die darin enthaltenen Gedanken, die von der westdeutschen Monopolpresse und auch von der der SPD nahestehenden Presse der Bevölkerung weitgehend vorenthalten werden, zu verbreiten und darüber die Diskussion und die Aussprache mit Sozialdemokraten zu entwickeln. Wir können feststellen, daß durch den begonnenen Meinungsaustausch auch die Atmosphäre in den Beziehungen von Kommunisten zu Sozialdemokraten besser geworden ist.

Die Erfahrungen besagen, daß überall dort, wo Kommunisten sich mit dem Offenen Brief der SED an Mitglieder und Funktionäre der SPD gewandt haben, um den Inhalt zu diskutieren, sie in keinem Falle abgewiesen wurden, sondern sich die Diskussion über die von der SED in ihren Briefen aufgeworfenen Grundfragen entwickelte.

Wir haben unseren Beitrag zum Dialog als eine Aufgabe verstanden, die darin besteht, stärker als bisher die

Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse, zum einheitlichen Kampf für die Veränderung der Politik in der Bundesrepublik zu gewinnen.

Wir begrüßen es, wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch weiterhin ihre Bemühungen darauf richtet, den Meinungsaustausch zwischen den beiden größten deutschen Parteien und zwischen allen Bevölkerungsschichten weiterzuentwickeln.

Wennleich sich in letzter Zeit die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten verbessert hat, so müssen wir dennoch sagen: Die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten ist noch immer beschränkt auf die Tätigkeit einzelner Genossen. Noch ist auf diese entscheidende Aufgabe nicht die ganze Partei eingestellt. Das hat nicht zuletzt seine Ursache darin, daß ein Teil unserer Genossen noch ungenügend mit der Politik unserer Partei vertraut ist.

Wir haben auf der 6. und 7. Tagung des Zentralkomitees erklärt, daß die Frage, ob von der Bundesrepublik ein neuer Krieg oder Sicherheit ausgeht, entscheidend von der Entwicklung einer breiten Volksbewegung abhängt.

Ein beachtlicher Höhepunkt des Kampfes gegen das Atommachstreiben der Bonner Machthaber für ein Abkommen zur Nichtweitergabe von Atomwaffen, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, für eine Politik des Gewaltverzichts und für europäische Sicherheit, gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam waren die diesjährigen Ostermarsche.

Für ein europäisches Sicherheitssystem

Bereits auf unseren letzten ZK-Tagungen wurde erklärt, daß wir in der Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit die Alternative zur NATO sehen. Auch auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU wurden Vorschläge zu Verhandlungen über Fragen der europäischen Sicherheit unterbreitet. Zu diesen Vorschlägen gehört die Einberufung einer internationalen Konferenz, die die Wege zur Lösung der europäischen Sicherheit suchen soll. Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit erfordert die Verständigung zwischen allen europäischen Staaten. Dabei kann Mitteleuropa, können die beiden deutschen Staaten nicht ausgeklammert werden. Wir haben die weitergehenden Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, wie sie unterbreitet worden sind von der Sowjetregierung in ihrer Antwortnote auf die sogenannte Friedensbotschaft der Bundesregierung begrüßt. Wir sehen in den Vorschlägen der KPdSU und in den Vorschlägen der Regierung der UdSSR an die Bundesregierung eine Bestätigung unserer Politik und Gedanken, wie wir sie zu dem Problem der europäischen Sicherheit entwickelt und begründet haben. **Wir wollen jetzt in der Bevölkerung der Bundesrepublik den Gedanken eines**

Systems der europäischen Sicherheit, an dem sich alle Staaten Europas beteiligen, zur Diskussion stellen. Wir können uns dabei auch auf entsprechende Vorschläge von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stützen.

Der Beschuß des 7. DGB-Kongresses, den 1. September zu einem Tag des Bekenntnisses für den Frieden, gegen den Krieg zu machen, muß unsere besondere Beachtung finden. Damit diese Tage zu mächtigen Manifestationen des Friedenswillens der westdeutschen Bevölkerung werden, ist es notwendig, daß wir unsere Aufklärung über die von der Politik der Bundesregierung ausgehenden Gefahren maximal verstärken. Dazu gehört, daß wir in den Gewerkschaften die Diskussion darüber führen, wie die gewerkschaftlichen Beschlüsse gegen die atomare Aufrüstung, für einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung verwirklicht werden sollen. Entsprechend dem Beispiel der Frankfurter Jugendorganisationen sollte angestrebt werden, daß die Gewerkschaften gemeinsam mit Jugendorganisationen und der Kampagne für Abrüstung aufrufen zu Aktionen für den Frieden, gegen den Krieg am 1. September.

V.

Gegen die verfassungsändernden Notstandsgesetze — für die Legalität der KPD

Es hat sich bestätigt, was wir auf der 6. und 7. ZK-Tagung über die Verschärfung des Angriffs der Erhard-Regierung auf die demokratischen Rechte und Freiheiten ausgesagt haben. Auch der Kampf zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen die Notstandsgesetze und insbesondere gegen die Notstandsverfassung ist in eine entscheidende Phase getreten. Die Notstandsgesetze sind ein Ausdruck für den engen Zusammenhang von reaktionärer Innen- und aggressiver Außenpolitik. Sie sind ein umfassendes System zur Formierung der Gesellschaft für die Vorbereitung eines neuen Krieges. Sie sind jene Gefahr, vor der Prof. Karl Jaspers ebenso ge-

warnt hat wie der Atomphysiker und Nobelpreisträger **Max Born** in seinem Brief an den Vorsitzenden der IG Metall Otto Brenner.

Unmittelbar nach der Sommerpause des Parlaments will die CDU/CSU ihre geplanten Diktatur- und Zwangsbestimmungen unter Dach und Fach bringen. Kurz vor dem 7. DGB-Kongress hat Innenminister Lücke mit den sogenannten Schubladenverordnungen gedroht, die im Geheimen ausgebrütet wurden und auch ohne Zustimmung des Bundestages der Regierung und ihren Militärs die Handhabe schaffen soll, über Nacht die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen.

Auf der 7. ZK-Tagung haben wir uns die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Genossen und den Gewerkschaftskollegen die Bewegung gegen jegliche Notstandsgesetzgebung zu verstärken und alle Anstrengungen zu unternehmen, damit auf dem 7. DGB-Kongress die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Notstandsgesetzgebung erneut bekundet wird. In Erklärungen von namhaften Vertretern der Wissenschaft, von Pfarrern, Studenten und Jugendorganisationen, bei den Kundgebungen und Demonstrationen am 1. Mai und bei den Ostermärschen bekräftigen breite Kreise der Bevölkerung ihre Bereitschaft, sich schützend vor die durch die Notstandsgesetze bedrohte Verfassung zu stellen. In Anträgen und Resolutionen an den Gewerkschaftskongress, in Beschlüssen von Gewerkschaftsjugendkonferenzen und auch in Anträgen an den SPD-Parteitag, bekundete die Mehrheit der Gewerkschafter und viele Sozialdemokraten ihren Willen, jegliche Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Dabei bewies der erneute Appell der Professoren an die Gewerkschaften, daß auch eine große Anzahl Geistes schaffender die Gewerkschaften als die entscheidende Kraft für die Erhaltung der Demokratie ansehen. All das hat mit dazu beigetragen, daß der 7. ordent-

liche Bundeskongress der Gewerkschaften mit großer Mehrheit erneut jede Notstandsgesetzgebung abgelehnt hat. Mit diesem Beschuß sowie mit den zahlreichen Stellungnahmen von Organisationen, von Persönlichkeiten aus allen Bevölkerungsschichten hat sich eine neue, eine viel breitere Basis für ein Bündnis ergeben. Sie reicht von der Arbeiterkasse, von den Gewerkschaften über Arbeiterjugend- und Studentenorganisationen, Vereinigungen der Intelligenz bis hin zu solchen Repräsentanten des bürgerlichen Geisteslebens wie Prof. Karl Jaspers. Wie ein solches Bündnis verwirklicht werden kann, zeigt eine Gewerkschaftskonferenz von 700 Funktionären des DGB Nürnberg. In einer dort gefassten Entschließung heißt es:

„Zum Zwecke gemeinsamer Maßnahmen gegen die Notstandsgesetzgebung sollte der Kreisvorstand Verbindung aufnehmen mit ortsaussässigen Professoren, Publizisten, Geistlichen und anderen Personenkreisen, die die Erklärungen gegen die Notstandsgesetze unterzeichnet haben. Von Gewerkschaftern, die Mitglieder einer im Bundestag vertretenen Partei sind, erwarten wir, daß sie in allen Veranstaltungen ihrer Partei den DGB-Beschluß zur Notstandsgesetzgebung vertreten.“

Der Antinotstandsbeschuß des 7. DGB-Kongresses — Grundlage der Verteidigung der Demokratie

Die Gefahr einer drohenden Verabschiedung der Notstandsverfassung und weiterer Notstandsgesetze ist durch die Gemeinsamkeitspolitik der SPD-Spitze mit der CDU/CSU auch in der Frage der Notstandsgesetzgebung noch größer geworden.

Auf dem Dortmunder Parteitag setzten Wehner, Erler, Schmidt und auch Brandt unter dem Beifall der Monopoli presse ihre Linie der grundsätzlichen Bejahung der Notstandsgesetzgebung durch. Damit stellte sich die SPD in einen direkten Gegensatz zur Mehrheit der organisierten Arbeiterkasse. Gerade jetzt nach dem SPD-Parteitag sollten wir unsere Bemühungen noch verstärken, um in kameradschaftlichen Gesprächen die sozialdemokratischen Genossen für gemeinsame Aktionen zur Verteidigung des Grundgesetzes

auf der Grundlage der Beschlüsse der Gewerkschaften zu gewinnen.

Als die Mehrheit der Delegierten des 7. DGB-Kongresses die Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung beschloß, hat sie sich gleichzeitig gegen Verhandlungen von Kommissionen oder Vertretern des DGB mit der Regierung ausgesprochen. Das eindeutige Nein des DGB-Kongresses schließt doch jeden Handel mit den Notstandsplanern in Bonn aus. Wenn jetzt trotzdem eine Kommission des DGB mit der Erhard-Regierung über die Notstandsgesetzgebung sprechen will, so kann das doch nur dahingehend geschehen, daß dabei noch einmal begründet wird, warum die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit jegliche Notstandsgesetze ablehnen

und das erweiterte Mitbestimmungsrecht fordern.

Die Gewerkschaftsorganisationen tun gut daran, wenn sie das in entsprechenden Schreiben an den Bundesvorstand des DGB kundtun. Was not tut, ist eine breite öffentliche Aussprache über den Inhalt und die Gefahren der Notstandsgesetzgebung. Wir müssen immer wieder erfahren, wie wenig im Grunde genommen doch die Bevölkerung über die Notstandsgesetze informiert ist. Deshalb ist es wichtig, daß die Beschlüsse in den Gewerkschaften und anderen Organisationen mit Maßnahmen für eine breite Aufklärungsarbeit verbunden werden.

Es ergibt sich die Frage: Ist die Partei in ihrer Gesamtheit auf den Kampf zur Verteidigung des Grundgesetzes und zur Verhinderung der Notstandsgesetzgebung eingestellt? Wir können feststellen, daß es eine Vielzahl guter Initiativen von Parteiorganisationen und Leitungen zur Aufklärung über den Inhalt der Notstandsgesetzgebung und zu Aktionen gibt.

Aber wir wissen sehr wohl, daß in Abetracht der Absicht der Bonner Regierung, die Notstandsgesetzgebung bald zu verabschieden, die derzeitigen Aktivitäten noch nicht ausreichen und deshalb verstärkt werden müssen. Es ist real, die Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Es hängt von dem Zusammenspiel aller demokratischen Kräfte in der gemeinsamen Aktion ab.

Neue Aktivitäten im Kampf für eine legale KPD

Ich sagte bereits, daß wir den 10. Jahrestag des Verbots der Partei als Auftakt für neue Initiativen und neue Aktivitäten im Kampf für die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei verstehen.

Wir möchten die Aufmerksamkeit des Zentralkomitees in diesem Zusammenhang auf die Tatsache richten, daß der Genosse Max Reimann auf einer internationalen Pressekonferenz ein bedeutsames Memorandum „Die Deutschlandpolitik und das KPD-Verbot“ der Öffentlichkeit übergeben hat, was auch in der westdeutschen Presse Beachtung findet.

Von Bedeutung für die Weiterführung des Kampfes um die Legalität war und ist der Beschuß zur Schaf-

Wir haben allen Grund, die Aufmerksamkeit der westdeutschen Öffentlichkeit, der Arbeiterschaft, der Jugend und der Intelligenz nicht nur auf den Kampf gegen die Notstandsverfassung, sondern auch gegen andere Maßnahmen und Gesetze zu richten, die die demokratischen Rechte und Freiheiten der gewählten Parlamente und des Volkes einschränken. Statt der geforderten Finanzreform zugunsten der Länder und Gemeinden soll jetzt ein Ermächtigungsgesetz geschaffen werden, das die Rechte der Länder und Gemeinden weiter abbaut und die finanziellen Einnahmen weiter verringern soll, damit von den Steuern noch mehr Gelder in die Rüstungskasse fließen können. Es geht vor allem darum, im Zuge der Kriegsvorbereitung die Zentralgewalt zu Lasten der föderalistischen Rechte der Länder abzubauen.

Die Bonner Regierung hat die Absicht, das Strafgesetzbuch neu zu fassen und ein 8. Strafrechtsänderungsgesetz zu verabschieden, das die Handhabe für eine noch stärkere polizeiliche und strafgerichtliche Gesinnungsverfolgung schaffen würde. Die derzeitige öffentliche Diskussion über das Bonner Strafrecht gibt den demokratischen Kräften eine zusätzliche Möglichkeit, erfolgreich den Kampf für eine Änderung des gesamten politischen Strafrechtes zu führen.

fung des Kampffonds. Die bisherigen Ergebnisse sind in den einzelnen Bezirken unterschiedlich. Wo man, wie in Baden, die Verwirklichung dieses Beschlusses als eine Aufgabe verstanden hat, bei der es darum geht, die Menschen von der Notwendigkeit einer legalen KPD zu überzeugen, gibt es gute Ergebnisse. Auch das trägt bei zur Festigung der Partei. Es gilt in der kommenden Zeit die Erfahrungen aus der Sammlung für den Kampffonds auch für die weitere Stärkung der Finanzkraft der Partei zu nutzen.

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Weiterführung des Kampfes um die Legalität ist die Entwicklung der Solidaritätsbewegung mit den in der Bundesrepublik eingekerkerten

Genossen. Ich möchte von dieser Stelle aus unsere solidarischen Grüße den Genossen Karl Weber, Emil Bechtle und in ihrer Person allen übrigen eingekerkerten Kommunisten entbieten. Die Solidarität mit ihnen zu entwickeln, die Öffentlichkeit in diese Solidaritätsbewegung mit einzubeziehen, ist eine Ehrenpflicht unserer Partei. Dem Terror der Bonner Machthaber gilt es stärker als bisher entgegenzutreten. Es ist unsere Pflicht, jede Art von Verfolgung, Bespitzelung, von Repression vor der Öffentlichkeit zu entthüllen. Das geschieht noch völlig ungenügend, ist aber ein unerlässlicher Teil des Kampfes um Demokratie und zugleich die beste Methode der Willkür des Bonner Staates offensiv und daher erfolgreich entgegenzutreten.

In der Berichtsperiode fanden in den Ländern Bayern, Hamburg, Schleswig-

Holstein und in Nordrhein-Westfalen Kommunal- bzw. Landtagswahlen statt. In diesen Wahlen war die Partei bemüht, einen selbständigen Wahlkampf zu führen, wobei man feststellen muß, daß die Aktivitäten, wie wir sie zu den Bundestagswahlen hatten, nicht erreicht wurden. Das hat nicht zuletzt seine Ursache darin, daß es nach wie vor in der Partei Unklarheiten über Grundfragen unserer Politik gibt. Die Unkenntnis unserer Politik erschwert einem Teil unserer Genossen das Verständnis für unsere Taktik, die wir bei den Wahlen verfolgt haben. So erklärt sich, daß Leitungen und Grundorganisationen in den Wahlkämpfen eine große politisch-ideologische Arbeit leisten mußten, um Mitglieder und Funktionäre von der Richtigkeit unserer Wahlkampforientierung zu überzeugen.

VI.

Die Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen dem Monopolkapital und der Arbeiterklasse als Folge der sich verschärfenden Kriegspolitik und der Profitmacherei

Auf der 6. und 7. Tagung des Zentralkomitees haben wir nachgewiesen, daß der sozial-reaktionäre Kurs der Erhard-Regierung weitergehen wird. Daraus haben wir geschlußfolgert, daß es notwendig ist, die Gewerkschaften zu stärken, um ihre Kampfkraft zu erhöhen, damit sie in allen sozialen und politischen Fragen ihren Einfluß vergrößern können.

Was auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU in der Rede des Genossen Breschnew über die Verschärfung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern, über die an Umfang und Wirkung zunehmenden Kämpfe der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer sozialen Forderungen gesagt worden ist, findet auch in der Bundesrepublik seine Bestätigung. Die auf der 7. Tagung des Zentralkomitees aus dem Verlauf des Kampfes der Metallarbeiter getroffene Feststellung, daß die Klassengegensätze tiefer und der Klassenkampf schärfer werden, wird durch den Kampf der Bergarbeiter an Rhein und Ruhr, der Holzarbeiter im Saargebiet, der Metallarbeiter des Bochumer Vereins erhärtet. Diese Kämpfe machten noch deutlicher den tiefen

Klassengegensatz zwischen Monopolbourgeoisie und ihrer Regierung auf der einen Seite und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Die Bereitschaft der Arbeiterklasse, den Angriff der Monopole auf die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte, der Unternehmerwillkür zu widerstehen und ihre berechtigten Lohn- und sozialen Forderungen durchzusetzen, ist gewachsen.

Von großer Bedeutung war, daß der 7. DGB-Kongreß in allen wesentlichen Fragen die Plattform, die im Grundsatzprogramm des DGB und in den Beschlüssen des 6. Bundeskongresses von Hannover enthalten ist, bestätigt hat. Auf diesem Kongreß hat die Auseinandersetzung zwischen den Kräften, die auf den Beschlüssen gegen Atomrüstung und Notstandsgesetzen bestehen und den Kräften, die auf ihre Revision hinarbeiten, schärfere Formen angenommen. Die Kräfte um Leber, die von der gesamten Monopolpresse unterstützt wurden und die sich in Übereinstimmung mit Wehner befinden, stellen eine ernste Gefahr innerhalb des DGB dar. Ihre Opposition gegen entscheidende gewerkschaftliche Beschlüsse und Forderun-

gen des Grundsatzprogramms geht jetzt bereits bis zur Drohung der Spaltung des DGB. Ihr Ziel ist die völlige Einordnung der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System, die Unterordnung der gewerkschaftlichen Ziele unter die Politik der Monopole und ihrer Regierung. Tatsächlich geht es Leuten wie Leber darum, den Kapitalismus zu verteidigen und die Spaltung der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. In dieser Richtung laufen auch die Ausführungen Lebers auf dem Verbandstag der Bauarbeiter der IG Bau-Steine-Erden. Es ist keine Zufälligkeit, daß gerade die Monopolpresse und die von Wehner, Erler und Schmidt beeinflußte sozialdemokratische Presse die Ausführungen Lebers auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden hochspielt und sie als die geeignete Grundlage für eine Neugestaltung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet.

Wir dürfen aber nicht nur die von Leber ausgehende Gefahr, sondern müssen vielmehr auch noch den tief wirkenden Antikommunismus erkennen. Er zeigt sich selbst bei den Kräften, die weitgehend auf den Positionen der Arbeiterklasse stehen, die aber noch starke antikommunistische Auffassungen und Illusionen über den Charakter des gegenwärtigen Staates und nicht genügendes Vertrauen in die Kampfkraft der Massen haben. Vor allem haben sie starke Vorbehalte gegenüber der DDR, der SED und dem FDGB. Wir sollten klar erkennen, daß nach wie vor der Antikommunismus viele Gewerkschafter daran hindert, konsequent für die Verwirklichung ihrer Beschlüsse einzutreten.

Den organisierten Arbeitern und Angestellten bieten die Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses in Verbindung mit dem Grundsatz- und Aktionsprogramm die Möglichkeit, die Arbeiterklasse noch stärker an den Kampf zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, zur Ausdehnung des Einflusses der Arbeiterklasse im Betrieb, in Wirtschaft und Staat heranzuführen. Entscheidend hierfür ist die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Ein neues Moment, das Kommunisten und Sozialdemokraten miteinan-

der verbindet, ist der Kampf gegen neonazistische Gefahren. Zu einer überzeugenden gemeinsamen Aktion wurde die Demonstration der 20 000 Gewerkschafter in Karlsruhe gegen die NPD, eine Aktion der Arbeiterschaft, der sich andere demokratische Kräfte angeschlossen haben.

Die Verwirklichung der vom 7. DGB-Kongreß gefassten Beschlüsse ist eine Kampfaufgabe geworden. Das um so mehr, als die Monopolbourgeoisie und ihre Regierung, aber auch bestimmte Führungskräfte der SPD, des DGB und der Industriegewerkschaften, Leute wie Leber mit allen Mitteln versuchen, die Verwirklichung der konsequenten Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses, insbesondere des Beschlusses zur Weiterführung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze zu verhindern. Angesichts der Tatsache, daß sich nunmehr die Erhard-Regierung in ihrem Angriff auf die Arbeiterklasse auf die Gewerkschaften konzentriert, wächst die Verantwortung unserer Partei in den Gewerkschaften.

Je erfolgreicher wir die Auswertung des DGB-Kongresses und zugleich damit die Aktivierung unserer Betriebsgruppen bewältigen, desto erfolgreicher werden wir auch die Vertrauensleutewahlen im Frühjahr 1967 durchführen. Zur Auswertung des DGB-Kongresses und zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen sehen wir in der Schaffung der von den Gewerkschaften propagierten Arbeitsprogramme der Vertrauensleutekörper eine wichtige Aufgabe.

Wir möchten auf die Tatsache verweisen, daß in Vorbereitung des 7. DGB-Kongresses von den Gewerkschaftsjugendkonferenzen die konsequentesten Beschlüsse zur Weiterführung des Kampfes gegen atomare Ausrüstung, gegen Notstandsgesetzgebung, für die Verständigung kamen. Jetzt nach dem DGB-Kongreß haben sich erneut die Gewerkschaftsjugendkonferenzen, so die Gewerkschaftsjugendkonferenz der IG Holz und der Gewerkschaft Nahrung und Genuss nicht nur auf den Boden der Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses gestellt, sondern die Durchführung von Kampfmaßnahmen gefordert. Wir haben allen Grund, in der nächsten Zeit viel mehr Aufmerk-

samkeit auf die Unterstützung der Gewerkschaftsjugend und auf die

Hilfe für die Arbeit der Betriebsjugendvertretungen zu richten.

VII.

Die politische, ideologische und organisatorische Stärkung der Partei – die Voraussetzung für die Bewältigung aller Aufgaben

Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees haben wir aus der sich verschärfenden Lage und aus den neuen Möglichkeiten, die sich ergeben für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und die übrigen demokratischen Volkskräfte geschlußfolgert, daß die Verantwortung unserer Partei größer geworden ist. Das wurde in der Berichtsperiode unterstrichen, durch die von der Bonner Revanchepolitik ausgehende Kriegsgefahr, die verhängnisvolle Gemeinsamkeitspolitik der Führung der sozialdemokratischen Partei und die Entwicklungsprozesse in den Gewerkschaften. Die Verantwortung und die Rolle unserer Partei wächst aber auch angesichts der Tatsache, daß in der Arbeiterklasse und in allen Volksschichten der Drang nach einer neuen Politik und die Suche nach der Kraft stärker wird, die in der Lage ist, einen konstruktiven Weg zur Sicherung des Friedens, zur Verständigung, zur Demokratie und zur sozialen Sicherheit zu weisen und die Arbeiterklasse und demokratischen Volkskräfte zu einigen.

Nach der 6. und 7. Tagung des Zentralkomitees wurden in vielen Grundeinheiten die Probleme des Kampfes der Partei um die politische und ideologische Festigung der Grundorganisationen diskutiert. In vielen Grundorganisationen wurden im Zusammenhang mit der Diskussion konkrete Beschlüsse gefaßt.

Es kann allgemein festgestellt werden, daß diese Diskussionen positive Auswirkungen für die weitere Festigung der Partei hatten. Wir konnten nicht nur in breiterem Maße Grundeinheiten mit den politischen Aufgaben der 6. Tagung des Zentralkomitees bekannt machen, sondern konnten auch das Interesse der Mit-

glieder, sich mit der Politik der Partei zu befassen und einen konkreten Beitrag für ihre Verwirklichung zu leisten, stärker wecken. Die besten Diskussionen und Klärungen fanden in solchen Gruppen statt, die über ein relativ gutes innerparteiliches Leben verfügen und in einem mehr oder minder regelmäßigen Turnus tagen. Das sind gewöhnlich auch jene Grundorganisationen, die in der Massen- und Schulungsarbeit eine kontinuierliche Arbeit entwickeln.

Stärker als bisher waren die Kreis- und Bezirksleitungen und das ZK bestrebt, durch ihre persönliche Teilnahme an Versammlungen der Grundorganisationen unsere Mitglieder einheitlich auf konkrete politische Aufgaben, auf Verbesserung der Massenarbeit zu orientieren. Es gibt Beispiele von Betriebsgruppen, die in ihren Arbeitsplänen Festlegungen getroffen haben über Diskussionen mit Funktionären und Mitgliedern der SPD zu dem Briefwechsel SED/SPD. Gleichfalls wurden Beschlüsse gefaßt zur Entwicklung der ideologischen Arbeit, zur Stärkung des Kampffonds und über die Werbung neuer Mitglieder.

Die Aussprachen in den Grundeinheiten haben der Parteiführung, den Bezirks- und Kreisleitungen viele Lehren zur politischen, ideologischen, organisatorischen Festigung der Partei und der Verbesserung ihrer politischen Massenarbeit vermittelt.

Stärker ist das Bemühen, die politisch-ideologischen Fragen in der Partei zu klären. Das widerspiegelt sich in der vermehrten Teilnahme von Genossen an den politischen Aktionen und im Auftreten von Kommunisten im Kampf für Frieden und Demokratie und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland.

Schwerpunkte der ideologischen Arbeit

Die Diskussionen in den Versammlungen der Grundeinheiten über die Probleme der 6. und 7. Tagung des Zentralkomitees offenbaren aber auch

noch die Unklarheiten und die Unkenntnis über eine Reihe von Grundfragen unserer Politik. Das war ein zusätzlicher Grund dafür, daß sich das

Politbüro auf einer seiner letzten Sitzungen mit der ideologisch-politischen Arbeit und der Schulungsarbeit unserer Partei befaßte. Wir meinen, daß in unserer Propaganda- und Schulungsarbeit folgende Probleme im Vordergrund stehen müssen:

- ① die Klärung der staatsmonopolistischen Entwicklung, wie sie sich darstellt in dem Plan zur Schaffung einer formierten Gesellschaft;
- ② die Klärung der mit dem Dialog zwischen SED und SPD aufgeworfenen nationalen Grundfragen. Die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und der SED für die Entwicklung der ganzen deutschen Nation im Ringen um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt;
- ③ die Schaffung von Klarheit über unsere Politik der Aktionseinheit.
- ④ Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gilt es, die verstärkte Propagierung der Rolle der Sowjetunion und der KPdSU, ihrer Friedenspolitik, ihrer wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen zu erreichen.

Für starke Grundorganisationen!

Auf jeder Tagung unseres Zentralkomitees stellten wir mit Nachdruck die Aufgabe, neue Mitglieder der Partei zu werben. Welches Gebiet unserer Tätigkeit wir auch einschätzen mögen, immer werden wir auf die Notwendigkeit verwiesen, der Arbeit und der Entwicklung des kollektiven Lebens in den Grundeinheiten die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine Partei ist so stark, wie ihre Grundorganisationen die Politik der Partei in der Massenarbeit verwirklichen. Zwar haben wir in der Festigung der Grundorganisationen in den letzten Jahren Fortschritte erzielt, zwar gibt es in vielen Kreisen gut arbeitende Grundorganisationen, doch bezeichnend für die Lage der Partei ist noch immer das ungenügende kollektive Leben der Grundorganisationen und ihr mangelhaftes selbständiges Wirken in der Öffentlichkeit, ihr unzureichendes Reagieren auf solche Ereignisse und Fragen, die die Arbeiter in den Betrieben und die Menschen be-

Unsere Beratungen über den Inhalt unserer ideologischen Arbeit waren verbunden mit Überlegungen, in welcher Weise wir die ideologisch-politische und theoretische Bildungsarbeit in der Partei verbessern. Dazu ist notwendig, stärker die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu popularisieren und vom Klassenstandpunkt aus die Auseinandersetzung mit den hauptsächlichsten bürgerlichen Argumenten in der Arbeiterklasse und dem Antikommunismus zu führen. Hierbei ist das systematische Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung anhand des 8-bändigen Werkes anzustreben.

Die Ergebnisse der Aussprachen in den Grundorganisationen lehren uns des weiteren, daß wir zwar in der Massenarbeit durch die Tätigkeit einzelner Funktionäre vorankommen, daß sich aber eine erfolgreichere Massenarbeit noch ungenügend niederschlägt in der Erweiterung der Organisationsbasis der Partei. Vielen Leitungen fehlt noch der Blick dafür, daß man aus den verschiedenartigen Aktionen und Bewegungen, aus einer Vielzahl von Aktivitäten heraus zugleich der Partei neue Kräfte zuführen muß.

wegen. Wenn das so ist, dann nicht zuletzt deshalb, weil sich unsere Leitungen oftmals noch von der Arbeit mit den Grundorganisationen, ihrer Einbeziehung in die Bewältigung der massenpolitischen Aufgaben abdrängen lassen und nur mit einzelnen Genossen arbeiten.

Eine der entscheidenden Lehren aus den Aussprachen in den Grundorganisationen besteht also darin uns künftig mehr der Arbeit mit den Grundorganisationen zuzuwenden. In unseren Leitungen und in unserer gesamten Tätigkeit muß die Erkenntnis Platz greifen, daß die Gestaltung des politischen Lebens in den Grundorganisationen entscheidend ist für die Kampfkraft unserer Partei. Man muß erreichen, daß sich alle Grundorganisationen in ihrer täglichen Arbeit von den Dokumenten und Beschlüssen der Partei leiten lassen und selbständig auf aufgeworfene aktuelle Fragen Antwort geben. Von der Arbeit der Grundorganisationen hängt die Erweiterung unseres Ein-

flusses auf die Massen und die Stärkung der Partei ab. Die ideologische, politische und organisatorische Stärkung der Grundorganisationen, ihr Heranführen an eine selbständige Öffentlichkeitsarbeit, das ist jetzt das

A und O unserer auf die Festigung der Partei gerichteten Tätigkeit. Das ist die entscheidende Aufgabe, um die Kampfkraft der Partei zu erhöhen und das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit zu stärken.

Aus der Diskussion der 8. Tagung des ZK der KPD*

Genosse Leo:

Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Die Richtigkeit der Einschätzung, die Genosse Max Reimann in seinem Referat¹⁾ über die Lage nach dem SPD-Parteitag gegeben hat und die Realität der gestellten Aufgaben für die Partei wurde schon in der ganzen Periode des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen bestätigt.

An Rhein und Ruhr ist wirklich mehr geschehen, als selbst im Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. In der gesamten Presse spricht man von einem „politischen Erdutsch“. Wir aber wollen feststellen, daß das Wahlergebnis Möglichkeiten aufzeigte, mit dem Willen der Bevölkerung politische Veränderungen zu erzwingen.

Ohne Zweifel hat die Wahlniederlage der CDU ihre entscheidende Ursache in den Folgen der CDU-Politik vor allem für die Werktagen in den industriellen Ballungsgebieten. Die Sorge um ihre Existenz, um den Arbeitsplatz von heute und morgen, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie, die Empörung über Mietwucher und Preislawinen standen bei den Arbeitern und Angestellten und den Schichten des Mittelstands im Vordergrund für die Wahlentscheidung gegen die CDU.

Wollte man sich bei der Einschätzung aber nur auf diese Faktoren beschränken, dann würde man der wachsenden Erkenntnis über die Ausweglosigkeit und Gefährlichkeit der CDU-Politik nicht gerecht. Nicht zuletzt haben die vielen Gewerkschaftsversammlungen und Funktionärskonferenzen in Vorbereitung des DGB-Kongresses und die Beschlüsse des DGB-

* Aus begreiflichen Gründen sind die Diskussionsbeiträge stark gekürzt.

¹⁾ Auszug veröffentlicht in „Freies Volk“, August-Ausgabe 1966, Wortlaut im Sonderdruck.

Kongresses gegen die Notstandsgesetze, die provokatorischen Drohungen zahlreicher Vertreter der Unternehmerverbände von Bergbau und Metallindustrie in den sozialen Kämpfen der letzten Zeit, Erhard's Schimpfkanonaden und Drohungen auf fast allen Wahlversammlungen die Sorge um den Bestand der Demokratie wachsen lassen. Ich erinnere hier nur an die Wirkung der Panorama-Sendung kurz vor der Landtagswahl über die Notstandsgesetze. Sie wurde Gegenstand heftiger Diskussionen in den Betrieben und Wählerversammlungen.

Die Drohung Erhard's: „Wer nicht hören will, muß fühlen; wir werden noch ganz anders aufspielen, wenn es notwendig ist“ — hat den Feind der Arbeiter erkennen lassen.

Bei der Einschätzung des Wahlkampfes ist die Wirkung zu berücksichtigen, die der von der SED begonnene Dialog zur Lösung der Deutschlandfrage hätte. Das war in vielen Wahlversammlungen und Diskussionen sichtbar. Für die breitere Öffentlichkeit erschien die SPD als die Partei, die beginnt, eine selbständige Politik in der Richtung der Lösung der Deutschlandfrage zu machen, während die CDU in alter Sterilität verharrt. Die Teilnahme der SPD-Führung am Dialog wurde von der Bevölkerung teilweise als Beginn einer selbständigen SPD-Politik gegen die CDU gewertet; sie kam dem Wunsch der Bevölkerung nach Initiativen zur Wiedervereinigung entgegen.

Tatsachen wie die Notlage der Gemeinden, die von Bonn und Düsseldorf in wachsendem Umfang ausgeplündert werden, spielten ebenfalls eine Rolle. Auch die CDU-Politik des

Bildungsnotstandes bekam ihre Quittung. Es ist doch interessant, daß vor der Wahl in Essen eine Tagung der Lehrer und Leiter der Gymnasien von Nordrhein-Westfalen stattfand. Man hatte mit etwa 1500 Teilnehmern gerechnet. Es erschienen aber über 4000 Oberschullehrer. Sie saßen auf den Treppen und standen in den Gängen und gaben der CDU-Bildungspolitik eine vernichtende Quittung und rechneten mit dem CDU-Minister Mikat ab.

So wirkten eine Reihe von Faktoren, die bei der Wahlentscheidung eine Rolle gespielt haben. Es ist auch bemerkenswert, daß erstmalig in dem Brief der Bischöfe nicht mehr zur Wahl der CDU aufgerufen wurde. Ich glaube kaum, daß sie die SPD unterstützen wollten. Man kann auch nicht eine bestimmte Wirkung des Konzils abstreiten, aber ich überwerte diese

Der soziale Kampf und

Der ganze Prozeß der Ablehnung der CDU-Politik, die wachsende Sorge über die Auswirkungen dieser Politik wurden natürlich stark vertieft durch die in der Wahlperiode stattgefundenen Kämpfe der Berg- und Metallarbeiter, durch die Lohnbewegungen und die große Funktionärskonferenz der IG Bergbau in Bochum, die eindeutig auf die Wahl orientierte. Der Tenor der Diskussionsredner war so, daß für die Lage im Bergbau, die von den CDU-Regierungen in Bonn und Düsseldorf verschuldet wurde, am 10. Juli die Quittung gegeben werden mußte. Oder der Streik der 18 000 Stahlarbeiter des Bochumer Vereins — das war doch auch nicht nur eine Kampfaction um soziale Forderungen. Die Lösungen der Stahlarbeiter im Verlaufe dieses Streiks waren: „Nieder mit Krupp“, „Es hat keinen Zweck, Krupp muß weg“, „Den Nazi aus Essen, den hat man vergessen“. Diese Lösungen wirkten im Wahlkampf. Sie haben die Grundstimmung noch fundiert und die Wahlentscheidung stark beeinflußt. Bochum ist ein Beispiel dafür, daß, wenn wir die Poli-

Wirkung nicht. Bei den Folgen der CDU-Politik, vor allem im Revier, bei der Aussichtslosigkeit der Politik und der Stimmung unter vielen katholischen Werktätigen wollte es diesmal auch der Klerus nicht wagen, sich zu kompromittieren. Es ist doch sehr aufschlußreich, daß die CDU auch in den katholischen Gebieten wie im Münsterland und in der Eifel empfindliche Wahleinbußen zu verzeichnen hatte. Das zeigt deutlich, daß die Sorge um den sozialen Besitzstand, die Sorge um eine gesicherte Zukunft auch bei einer großen Zahl von Katholiken größer ist als die konfessionelle Bindung zur CDU. In Köln war das Wahlergebnis erstmalig seit dem Bestehen der Bundesrepublik so, daß mehr Frauen für die SPD ihre Stimme abgaben als für die CDU.

Die Wahlentscheidung

Wir verändern wollen, der beste Ausgangspunkt ist, Aktionen der Werktätigen zu unterstützen und zu organisieren.

Die Wahlkundgebungen, auf denen Erhard sprach, hatten ebenfalls entscheidenden Einfluß auf den Wahlverlauf. Erhard wurde auf diesen Wahlkundgebungen von der Bevölkerung des Reviers herausgefordert, und er hat provokatorisch geantwortet. Das hat ihn vor den Massen der Werktätigen als den Arbeiterfeind, als einen Vertreter der Konzerne, der nur Verachtung für die arbeitenden Menschen empfindet, entlarvt.

Diese Tatsachen und Entwicklungen müssen wir bei allen nächsten Aktionen beachten und unseren sozialdemokratischen Freunden diese Lehren des Wahlkampfes für die nächsten Aktionen und Entscheidungen übermitteln.

Man kann also, durch das Wahlergebnis bestätigt, von einer wachsenden Ablehnung der CDU-Politik sprechen. Das war die entscheidende Grundlage für das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen.

Wie weiter in Nordrhein-Westfalen?

Die Niederlage der CDU ist nicht das Ergebnis eines konsequenten Wahlkampfes der SPD mit einem Alternativprogramm zur CDU. Die

SPD steht auch heute ohne jegliche Konzeption zu den Fragen, die die Wähler gelöst sehen wollen. Bei der Stimmung der Bevölkerung wäre ein

von der SPD konsequent geführter Wahlkampf gegen die CDU die Grundlage für einen durchschlagenden Wahlsieg gewesen. Dazu kam, daß die CDU mit Duhues, Strauß und Meyers einen scharfen Wahlkampf gegen die SPD geführt hat, während die SPD in den Grundfragen einen Wahlkampf mit der CDU, aber nicht gegen die CDU geführt hat. Kühn und Brandt haben sich nicht gescheut, die CDU zu streicheln und zu loben.

Im Gegensatz zu der Haltung der SPD-Führer im Wahlkampf stand die große Aktivität zahlreicher SPD-Kandidaten, die Mitglieder der Gewerkschaften und Kommunalpolitiker sind. Nicht wenige von ihnen haben einen selbständigen Wahlkampf auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse geführt.

Der Wahlkampf bestätigt somit die Richtigkeit der Wahlpolitik und der Wahllinie unserer Partei, die auf der 6. ZK-Tagung erarbeitet wurde. In vielen Versammlungen unserer Grundeinheiten wurde schon unmittelbar nach der 6. Tagung Stellung genommen. Nicht genügend war allerdings die Orientierung auf das gemeinsame Handeln, auf die Führung eines in bestimmten Fragen gemeinsamen Wahlkampfes, ob getrennt oder gemeinsam, eines harten Wahlkampfes gegen die CDU. Die sozialen Bewegungen haben uns in der Überwindung solcher Schwierigkeiten entscheidend geholfen.

Die Landtagswahlen haben uns in bezug auf die Wirksamkeit der Politik der KPD und ihre Verbreitung in der Öffentlichkeit einen ganzen Schritt weitergebracht.

Ich möchte zu einigen Schlußfolgerungen kommen.

Die Schlußfolgerung der Wähler: Weg mit der CDU und ihrer Politik von der Regierungsverantwortung, ist klar. Das ist, wie die letzten Wochen gezeigt haben, in der Bundesrepublik auf keinen Fall nur mit der Abgabe des Stimmzettels erledigt. Eine neue, den Forderungen der Wähler entsprechende Politik wird in einem neuen Landtag, in einer neuen Landesregierung nur durchgesetzt werden, wenn starke außerparlamentarische Bewegungen und Aktionen entwickelt wer-

den. Wir tragen eine nicht geringe Verantwortung dafür. Wir haben — wenn auch unter Vorbehalten — die SPD mitgewählt. Wir tragen die Verantwortung dafür, daß die Erfüllung der Forderungen der Wähler nicht von der Haltung und den Absichten der im Landtag vertretenen Parteien und einer neuen Landesregierung, gleich, wie sie aussieht, abhängig gemacht wird.

Die Koalitionsverhandlungen zeigten, daß das Wahlergebnis allein die SPD in Nordrhein-Westfalen nicht von der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU abbringt. Man muß daher alles tun, die SPD-Führung auch in Nordrhein-Westfalen in eine Alternativposition zur CDU zu bringen. Die beste Gewähr dafür ist, daß die Gemeinsamkeitspolitik beendet wird. Jetzt müssen Bewegungen und Aktionen zur Durchsetzung der im Wahlkampf erhobenen Forderungen entwickelt und organisiert werden.

Jetzt kommt es z. B. darauf an, daß entsprechend der Forderung vieler Bergarbeiter die Durchsetzung der im Wahlkampf versprochenen Bezahlung der Feierschichten, Stopp dem Zechensterben, Erarbeitung eines Energieprogramms durch Landesregierung, Gewerkschaften und den dafür zuständigen Körperschaften durchgesetzt werden.

In der Metallindustrie steht die Forderung nach Erhaltung der Arbeitsplätze, die Forderung nach Mitbestimmung, nach Abwehr der Angriffe der Konzerne. Verwirklicht werden muß der § 26 der Landesverfassung über die Mitbestimmung.

Der Kampf geht um eine moderne Bildungspolitik, um die Überwindung des Bildungsnotstandes in Nordrhein-Westfalen, damit unsere Jugend im Zeitalter der technischen Entwicklung ihre Zukunft hat.

Wir müssen die SPD in all diesen Fragen in Widerspruch zur CDU bringen und sie bewegen, von ihrer bisherigen Politik abzurücken.

Die SPD muß und kann im Bundestag den Notstandspraktiken entgegentreten. Gepaart mit den Bewegungen können die Notstandsgesetze verhindert werden.

Unsere Partei im Wahlkampf

Die Wahlentscheidung in Nordrhein-Westfalen war zweifellos eine der größten Niederlagen der Bonner Politik seit der Bundestagswahl. Dieses Wahlergebnis ist ein Ausdruck des tiefen Unbehagens, welches in der Bevölkerung weit verbreitet ist. Um die ganze Tragweite zu sehen, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, wie sich die Stimmenverhältnisse in Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. In dem dreiviertel Jahr seit der Bundestagswahl hat die CDU 900 000 Stimmen verloren und die SPD 100 000 Stimmen gewonnen. Wenn man die Ergebnisse der letzten Landtagswahl gegenüberstellt, dann hat die SPD 750 000 Stimmen gewonnen und die CDU 96 000 Stimmen verloren. — Wir sehen also, welche zahlenmäßigen Veränderungen in dieser Landtagswahl vor sich gegangen sind. Das zeigt sich z. B. in solchen Entscheidungen, daß vier ehemalige Minister der Meyers-Regierung und zwar in Remscheid, Solingen, Krefeld und in Essen nicht wiedergewählt worden sind.

Wir müssen sagen, daß dieses Ergebnis trotz des lahmen Wahlkampfes der SPD zustande gekommen ist. Das zeigt die große Ablehnung der CDU-Politik in der Bevölkerung.

Wir sollten aber auch selbskritisch erkennen, daß wir selber von der Tiefe des Unbehagens überrascht waren, daß also viel größere Möglichkeiten bei der Entwicklung des gemeinsamen Kampfes gegen die CDU in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind.

Die Parteiorganisation in Nordrhein-Westfalen hat in drei aufeinander folgenden Jahren Wahlkämpfe geführt, 1964 den Kommunalwahlkampf, 1965 die Bundestagswahl und 1966 den Landtagswahlkampf. Wir haben in diesen Wahlen große Erfahrungen gesammelt und Lehren gezogen. Zweifellos war der Landtagswahlkampf von besonderer Bedeutung, weil er neue Anforderungen an die Partei stellte. Ich bin der Auffassung, daß gerade in diesem Wahlkampf die KPD unter Beweis gestellt hat, daß sie auch unter den Bedingungen des Verbots ihren Einfluß erhöhen kann.

Es ist doch sehr wesentlich zu erkennen, daß unsere Partei nach 10jährigem Verbot einen aktiven Wahlkampf geführt hat und auch einen wichtigen Einfluß auf den Ausgang dieser Wahl ausübt.

Wir haben, ausgehend von der 6. Tagung, eine breite Diskussion in unserer Partei über die politische Empfehlung geführt, die auf der 6. ZK-Tagung ausgearbeitet worden ist. Diese Diskussion war sehr kompliziert, aber sie hat dazu geführt, daß in der Partei eine ganze Reihe Probleme geklärt werden konnten, so daß wir in dieser Periode in den Grundfragen der Politik schneller vorangekommen sind, als in vielen Perioden vorher. Diese Diskussionen in den Grundorganisationen brachten viele Genossen zu der Erkenntnis, die Zusammenarbeit mit SPD-Genossen zu verstärken. Bei den Diskussionen haben wir nicht nur theoretisch Probleme der Herstellung der Aktions единheit der Arbeiterklasse, der Verbesserung des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten gestellt, sondern die Klärung dieser Fragen mit unserer Haltung zur Landtagswahl in Verbindung gebracht. Das zeigte sich dann in einer stärkeren Wahlaktivität unserer Genossen. In einigen Städten des Landes Nordrhein-Westfalen nahmen Genossen an Versammlungen vor allem der sozialdemokratischen Partei teil. Sie traten dort als Kommunisten auf. Es ist außerordentlich interessant zu wissen, daß unsere Genossen mit ihren Darlegungen gut angekommen sind. Sie fanden bei der Darlegung der Politik unserer Partei die Zustimmung der sozialdemokratischen Genossen und der Versammlungsteilnehmer in fast allen Fragen der Politik.

Das gute Verhältnis, das sich an vielen Orten zu Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei entwickelt hat, kam auch in einigen Städten in einer gemeinsamen Wahlkampfführung von Kommunisten und Sozialdemokraten zum Ausdruck. Gemeinsam haben die Mitglieder unserer Partei mit sozialdemokratischen Genossen Wahlmaterialien verteilt und auch an einigen Stellen eine gemeinsame Auswertung der Wahl vorgenommen.

Diese Beispiele zeigen, welche Möglichkeiten des gemeinsamen Zusammensegehens gegeben sind. Voraussetzung ist jedoch, daß unsere Partei offensiv auftritt und alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausnützt. Das Wichtigste ist jetzt, daß wir uns nach der Landtagswahl keinen Zentimeter von der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten abdrängen lassen. Mehr noch: Die Enttäuschungen

über das Auftreten der sozialdemokratischen Führung nach der Wahl und die Mißachtung des Wählerwillens macht diese Zusammenarbeit dringlicher denn je. Das praktische Leben wird zeigen, daß diese Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten die Kraft ist, die die reaktionäre Politik der CDU-Führung in Düsseldorf und Bonn überwinden kann.

Genosse Ewald:

Zur Entwicklung in der SPD nach dem Dortmunder Parteitag

Ich möchte einige Bemerkungen zur Entwicklung der SPD in unserem Lande machen. Es ist so, daß sich der gewerkschaftliche Einfluß innerhalb der SPD langsam bemerkbar macht. Nach der letzten Bundestagswahl gab es nicht nur in Westberlin, in Bayern und Schleswig-Holstein, sondern überall in den Gruppen der SPD, besonders in den Betrieben, kritische Stimmen gegen die Politik der SPD-Führung. Unsere Genossen berichten, daß es leichter möglich ist, mit Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen.

Genosse Reimann führte in seinem Referat einige Beispiele von Unklarheiten an, die es bei manchen Genossen noch gibt, und zwar in der Hinsicht, daß sie sagen: Es hat sich ja gar nichts geändert in der SPD, die da unten sind genauso wie die da oben. Wenn sie anders sind, dann kommt das in der Politik der Führung doch nicht zum Ausdruck. — Einige Erscheinungen und einige Beispiele bei uns zeigen jedoch die Richtigkeit der Linie im Referat des Genossen Max Reimann.

In der Vertreterversammlung einer Gewerkschaft, auf der die Berichterstattung über den DGB-Kongress stattfand, trat der Betriebsratsvorsitzende (SPD) eines größeren Betriebes auf und erklärte sinngemäß: Ich habe bisher die Notstandsgesetze befürwortet, und ich habe Leber große Sympathien entgegengebracht. Die Diskussion über die Fragen der Notstandsgesetzgebung in Berlin aber hat mich davon überzeugt, daß die Haltung der IG Metall richtig ist, und ich möchte nicht zu denen gehören, die eines Tages sagen müssen: Ich habe mich geirrt. Diese Verantwortung kann ich

nicht übernehmen. — So sprach ein sozialdemokratischer Genosse, mit dem wir in der Vergangenheit öfter große Schwierigkeiten hatten, besonders in Gewerkschaftsversammlungen.

In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, daß sein Auftreten in der Vertreterversammlung keine Eintagsfliege war, sondern daß er bei allen sich bietenden Gelegenheiten innerhalb der SPD sehr deutlich und entschieden gegen die Notstandsgesetze auftritt. Das war übrigens auch der Fall bei einer Zusammenkunft verschiedener Betriebsgruppen der SPD auf der über den SPD-Parteitag in Dortmund berichtet wurde. Auch dort trat dieser SPD-Genosse sehr deutlich in Erscheinung.

Im Vordergrund der Diskussion standen Fragen der Notstandsgesetzgebung und der Mitbestimmung. Ein SPD-Genosse diskutierte über die Notstandsgesetzgebung im Zusammenhang mit der Mitbestimmung und wies nach, daß Mitbestimmung nur möglich ist im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, daß man das eine nicht vom anderen trennen kann. Er erklärte: wenn die Notstandsgesetze zum Tragen kommen, sei an Mitbestimmung nicht mehr zu denken. Die Rede dieses Genossen kam sehr gut an und — von einem Diskussionsbeitrag abgesehen — haben alle Sprecher deutlich ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Der Versammlungsleiter, Betriebsrat eines großen Betriebes, faßte die Diskussion sinngemäß mit den Worten zusammen: Man kann feststellen, die anwesenden Betriebsräte, Funktionäre und Mitglieder der SPD sind einhellig gegen die Notstandsgesetzgebung und sie erwarten von ihren Genossen aus der

SPD-Leitung, daß sie diese Meinung in Bonn auch zum Ausdruck bringen.

Zu einer weiteren Frage der Diskussion in den Betrieben: Es ist so, daß wir mitunter mit unseren Argumenten nicht immer so ankommen, wie wir uns das vorstellen. Man muß auch die gefühlsmäßige Seite berücksichtigen, man muß aktuell sein in

der Diskussion, man muß auch auf die Argumente der „Bild“-Zeitung eingehen und man muß, wenn Erhard die Arbeiter als schamloses Gesindel bezeichnet, in der nächsten Zeit viel darüber diskutieren. — Wenn man diese Seiten in der Diskussion berücksichtigt, dann kommt man bei den Arbeitern an.

Genosse Otto:

Die sozialen Auseinandersetzungen und die wirtschaftliche Lage

Das Neue in den sozialen Auseinandersetzungen besteht gerade darin, daß die Monopole und ihre Regierung an breiter Front einen Angriff gegen den sozialen Lebensstandard eingeleitet haben und alle Tarifbewegungen dieses Jahres unter diesem Druck standen und sicher auch weiter stehen werden. Die Erfahrungen zeigen, daß unsere Einschätzung über die wachsende politische Bedeutung einer aktiven Lohnpolitik richtig ist, daß heute die Arbeiter und Angestellten, wenn sie ihren sozialen Besitzstand gegen die Angriffe der Unternehmer und der mit ihnen verbundenen Regierung verteidigen und um neue Forderungen kämpfen, nicht nur mit den Unternehmern, sondern mit dem gesamten Staatsapparat konfrontiert werden, daß im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus die sozialen Kämpfe im wachsenden Maße politischen Charakter erhalten.

Bei den Tarifauseinandersetzungen im Jahre 1966 zeigten sich einige generelle Tendenzen:

Es ist nicht nur der Widerstand der Unternehmer und der Bundesregierung gegen die berechtigten Forderungen härter und schärfer geworden. Gemeinsam verfolgen sie darüber hinaus das Ziel eines unbefristeten Lohnstopps bei rapide steigenden Preisen und der Forderung nach einer längereren Arbeitszeit. Die immer wieder erhobene Forderung Erhard's, zwei Stunden

mehr zu arbeiten, ist eine durchaus ernst gemeinte Forderung der Monopolverherren. Das wird auch dadurch bewiesen, daß Erhard hartnäckig die Öffentlichkeit bearbeitet und die Gewerkschaften beschuldigt, sie würden mit ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung die Wirtschaft an den Rand des Abgrundes bringen und so eine nationale Katastrophe heraufbeschwören.

Mit solchen Argumenten wollen die Unternehmer den staatlichen Eingriff und die Zwangsschliditung vorbereiten. Auch aus diesem Grunde sind sie an einer schnellen Verabschiedung der Notstandsgesetze interessiert.

Immer stärker wird in die Öffentlichkeit die Meinung lanciert, daß ein Streik etwas sei, was außerhalb von Recht und Gesetz stehe. Die Vorgänge im Saargebiet im Zusammenhang mit dem Verbot des Streiks der Holzarbeiter sind dafür bezeichnend, sie müssen als ein Vorgriff auf die Notstandsgesetze gewertet werden.

Alle diese Fakten unterstreichen, wie richtig es war, daß der DGB-Kongress auch von den sozialen Interessen der Arbeiter aus erneut jede Notstandsgesetzgebung abgelehnt hat. Sie zeigen auch, daß Aktionen zur Verhinderung der Notstandsgesetze gleichzeitig Aktionen sind zur Sicherung der sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Reallöhne

Was ist nun das bisherige Resultat der Lohntarifbewegungen dieses Jahres? Mit den durchgesetzten Lohn- und Gehaltserhöhungen wurde im wesentlichen nur ein Ausgleich für die gestiegenen Preise erreicht. Nach den

in Gefahr

offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes stiegen die Preise für die Lebenshaltung vom Januar 1965 bis Januar 1966 um 4,3 Prozent, die Brutto-Wochenverdienste stiegen um 6,3 Prozent, wovon ein nicht unbeacht-

licher Teil durch die Lohnsteuerprogression der Staatskasse zufloß. Dieses Halten der Reallohn ist zum Teil auch auf zusätzliche Überstunden zurückzuführen, die im Januar dieses Jahres in der gesamten Industrie je Arbeiter durchschnittlich 3,1 Stunden in der Woche betragen. So ist also auch nach der amtlichen Statistik im besten Fall der Reallohn gehalten worden.

In einzelnen Zweigen, so beispielsweise in der Eisen- und Stahlindustrie, ist ein absoluter Rückgang der Reallohn eingetreten. Im Januar 1966 lagen die Brutto-Wochenlöhne gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nur um 2,9 Prozent höher und blieben damit hinter den gestiegenen Preisen zurück. Auch unter diesem Gesichtspunkt muß der unbefriedigende Tarifabschluß in der Stahlindustrie bewertet werden.

Es ist zwar zu begrüßen, daß mit den kürzlich abgeschlossenen neuen Vereinbarungen die Arbeitszeit auf 40

Stunden verkürzt, ein größerer Teil der Effektivverdienste tariflich abgesichert und eine zeitweilige Lohngarantie bei Umstellungen gegeben wird. Der vereinbarte Lohnstopp für ein halbes Jahr aber ist alarmierend und zeigt, daß eine Senkung des Lebensstandards zu einer akuten Gefahr geworden ist. Anhand dieses Beispiels wird nochmals deutlich die richtige Lösung der 6. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei unterstrichen, daß es heute eine richtige Kampforientierung ist, das Erreichte zu halten und – davon ausgehend – neue Erfolge durchzusetzen.

Diese Tendenzen zeigen deutlich, daß die Reallohn der Arbeiter in Gefahr sind, sie signalisieren, was unser Zentralkomitee schon vor geraumer Zeit feststellte, daß die Zeit der relativ leichten Erfolge vorüber ist, daß für die Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards heute härter gekämpft werden muß.

Einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung

Bei den Vorbereitungen des weiteren Lohnkampfes ist es erforderlich, auch einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen.

Nach 1945 gab es auf Grund verschiedener Umstände u. a. auch der staatsmonopolistischen Regulierungen keine umfassende Überproduktionskrise, jedoch waren Konjunkturphasen zu beobachten, die sich darin zeigten, daß nach Entwicklung überdurchschnittlicher Zuwachsrate periodisch eine Abschwächung der industriellen Entwicklung eintrat. Das war der Fall in den Jahren 1952/1953, 1957/1958, 1962/1963.

Jetzt ist erneut ein Rückgang der Zuwachsrate festzustellen. Im Jahre 1964 betrug der industrielle Zuwachs 8,8 Prozent, 1965 = 6,6 Prozent. Im ersten Quartal 1966 betrug die Zuwachsraten gegenüber der Zuwachsraten im 1. Quartal des Vorjahrs nur 2,4 Prozent.

Diese Situation fällt zusammen mit einer Reihe weiterer Schwierigkeiten, die durch die Wirtschaftspolitik der Großunternehmer und der Bundesregierung hervorgerufen werden. Die wachsenden Rüstungslasten und andere Faktoren hatten das Kredit-

volumen unwahrscheinlich ausgeweitet, weit über den Zuwachs des Sozialproduktes hinaus. Zum Beispiel sind innerhalb von zwei Jahren die kurzfristigen Kredite um mehr als 24 Prozent gestiegen. Das hat zu einer seit 1950 nicht dagewesenen Preissteigerung geführt.

Eine wesentliche Ursache der Aufblähung des Kreditvolumens besteht unter anderem darin, daß den Rüstungsmonopolen in den USA zum Ankauf von Ausrüstungen für die Bundeswehr die enorme Summe von 5,4 Miliarden Mark zugesichert und erste Raten bereits bezahlt wurden.

Die angeführte Situation macht die großen Widersprüche und Schwierigkeiten, in der sich das Monopolkapital befindet, deutlich. Einerseits sind sie an einer weiteren Steigerung ihres ökonomischen Potentials interessiert und treten für hohe Zuwachsrate ein; andererseits besteht ohne die finanziellen Maßnahmen der Bundesbank die Gefahr einer noch stärkeren inflationären Entwicklung, die die Konkurrenzfähigkeit auf den Außenmärkten wesentlich einschränkt. Die Monopole reagieren angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten

durch die Auslösung einer neuen Konzentrationswelle.

Von der künstlichen Verteuerung der Kredite sind zum Beispiel vor allem die Klein- und Mittelbetriebe betroffen, die bei Stagnationserscheinungen oder nur geringfügigem Zuwachs der Produktion in Schwierigkeiten kommen

Die Aufträge gehen zurück; der Absatz wird schwieriger. Es stehen nicht genügend Finanzmittel zu Verfügung, den technischen Fortschritt schneller voranzutreiben. Nicht nur kleine Unternehmungen, sondern auch größere Firmen haben in der letzten Zeit ihre Betriebe an inländische und ausländische Großkonzerne verkauft. Während sich die Monopole auch in Zeiten einer rückläufigen Konjunktur Kredite besorgen können, teils aus dem Ausland, teils über Hausbanken, wird der Klein- und Mittelindustrie mehr oder weniger der Hahn abgedreht und vielen von ihnen bleibt nur noch der Weg, ihre Selbständigkeit aufzugeben.

Das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Stabilisierung der Wirtschaft soll die Maßnahmen der Bundesbank weiter treiben.

Die staatlichen Regulierungsmaßnahmen haben aber noch andere Ziele. Führende Unternehmerkreise verspre-

Für Steigerung der Massenkaufkraft und Wirtschaftswachstum

Die Maßhalteappelle des Kanzlers Erhard und das unverschämte Verlangen, zwei Stunden mehr zu arbeiten, müßten, wenn die Konzerne sich durchsetzen würden, zwangsläufig die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter verstärken. Daran zeigt es sich, daß die großen Monopole und die Bundesregierung nicht im Interesse einer sich stetig entwickelnden Wirtschaft handeln.

Für eine stabile Wirtschaft setzen sich die Gewerkschaften ein, wenn sie die preissteigenden Maßnahmen der Bundesregierung angreifen und für die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten — also für eine Verstärkung der Massenkaufkraft — aktiv eintreten.

Durch die Ausweitung der Massenkaufkraft weitet sich auch die Nachfrage aus, wodurch die Unternehmer veranlaßt werden, ihre Produktion zu

chen sich davon, daß durch eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung Hunderttausende von Arbeitskräften freigesetzt werden und eine industrielle Reservearmee entsteht. Sie bezeichnen den gegenwärtigen Zustand auf dem Arbeitsmarkt als anormal und sprechen von einer „Überbeschäftigung“. Nach ihrer Meinung müssen bei einer „normalen“ Vollbeschäftigung mindestens 2-3 Prozent der Arbeitnehmer arbeitslos sein.

Das Rezept der Großunternehmer und der mit ihr verbundenen Bundesregierung, um aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen, lautet: Unbefristeter Lohnstopp und mehr arbeiten; stärkere Kapitalkonzentration. So wird offensichtlich, daß der Rückgang der Zuwachsraten in der Industrie eine wichtige ökonomische Ursache für die Verschärfung der sozialen Konflikte ist. Damit zeigt sich erneut, wie unversöhnlich sich die Interessen der Arbeiter, Angestellten und des werk-tätigen Mittelstands und der Monopolherren entgegenstehen.

Die Antwort der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf diese Lage kann nur lauten: aktive Lohnpolitik, Ausweitung der Massenkaufkraft und Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft.

erhöhen und zurückgestellte Investitionspläne auszuführen. Außerdem werden die Unternehmer durch erhöhte Löhne und Gehälter zu Rationalisierungsinvestitionen veranlaßt, um die erhöhten Kosten auszugleichen und nach wie vor hohe Profite realisieren zu können. All dieses zeigt, daß der gewerkschaftliche Kampf für die berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen eine notwendige Bedingung für ein stetiges Wirtschaftswachstum ist.

Bei dieser Sachlage ist es grundsätzlich falsch, wenn die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation auf Lohnerhöhungen verzichten und mit den Unternehmern eine zeitweilige Lohnpause eingehen, wie das in der Stahlindustrie geschehen ist. Gerade in der jetzigen Situation ist es notwendiger denn je, zur Stärkung der Massenkaufkraft höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen.

Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich schon heute in diesem Sinne auf die Tarifauseinandersetzungen, die in den nächsten Monaten und Anfang 1967 bevorstehen, vorbereiten. Lohn- und Gehaltsforderungen von etwa zehn Prozent sind durchaus real und die Unternehmer sind auch in der Lage, diese zu zahlen. Es entspricht nicht den gewerkschaftlichen Beschlüssen für eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, wenn man sich bei Tarifauseinandersetzungen nur mit einem Ausgleich des Kaufkraftschwundes begnügt.

Eng verbunden mit der Schlußfolgerung bei zurückgehender Konjunktur oder – genauer bei rückläufigen Zuwachsraten – für eine Ausweitung der Massenkaufkraft einzutreten, steht vor den Gewerkschaften die Aufgabe, eine Politik der Abrüstung erzwingen zu helfen. Abrüstung dient ebenfalls einer Sicherung des Wirt-

schaftswachstums und der Vollbeschäftigung. Wenn z. B. allein die erwähnten 5,4 Milliarden Mark für Waffenkäufe in den USA, zu Investitionsvorhaben der Friedenswirtschaft, vor allem für die dringend notwendigen Aufgaben der Länder und Gemeinden verwandt würden, könnte ein Großteil der zur Zeit vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden werden.

Das scheinen mir einige Gedanken zu sein, die wir in den Betrieben, den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit diskutieren müssen, um die beschlossene aktive Lohnpolitik überzeugend zu begründen und zu beweisen, daß die Gewerkschaften der gesamten Bevölkerung einen Dienst erweisen, wenn sie aktiv auch mit Streikaktionen der Arbeiter und Angestellten ihre sozialen Forderungen durchsetzen.

Genosse Ferdinand:

Ein Notverordnungsgesetz gegen die Wirtschaft und Arbeiter, gegen Länder und Gemeinden

Im Bericht und Referat sind die Absichten der Erhard-Regierung mit dem neuen Ermächtigungsgesetz, dem Gesetz zur „Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ charakterisiert. Es ist Bestandteil des Formierungsprozesses im Zeichen immer größerer Machtkonzentration der Monopole und der Regierungsgewalt. Es ist ein Bestandteil des Bonner Kriegs- und Notstandskurses, ein „Handscheillengesetz“ gegen Wirtschaft, Länder und Gemeinden.

In einem Interview mit „Bild“ vom 8. Juli begründete Erhard das neue Notverordnungsgesetz mit „Entartungsercheinungen“. Er sagte, unsere Bevölkerung lebe über die Verhältnisse. Erhard will also die Bevölkerung zügeln, als sei sie verantwortlich für die finanziellen und wirtschaftlichen Mißstände. Entartungen zeigen sich in der einseitigen Besitz- und Vermögenskonzentration! Weit über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse steigen die Ausgaben für die Rüstung und den Notstandskurs.

Gefündert werden soll der Artikel 109 des Grundgesetzes, der bestimmt:

„Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig“. Dieser Artikel sichert den Ländern und den Gemeinden gemeinsam mit Artikel 28 das Recht der Selbstverwaltung. Die Erhard-Regierung will aber jederzeit in die Haushalts- und Finanzhoheit der Länder und Gemeinden eingreifen und z. B. durch einfache Rechtsverordnungen Vorschriften bei der Aufnahme von Krediten und Zuweisungen erlassen. Damit würden die Länder und Gemeinden noch stärker an die Kandare der Rüstungspolitik gelegt.

Erhard drängt auf einen langfristigen Bundeshaushalt, um die Rüstungsfinanzierung langfristiger zu planen.

Die Verschärfung des Artikels 113 des Grundgesetzes soll die Bundesregierung ermächtigen, Beschlüsse der Volksvertretung zu verhindern, die höhere Ausgaben vorsehen, als sie die Regierung in ihrem Haushaltsvorschlag vorgesehen hat. Beschlüsse des Bundestages, z. B. über die Erhöhung der Sozialausgaben, könnten in Zukunft von der Zustimmung der Bundesregierung und ihres Kanzlers abhängig

gemacht werden. Damit würde dem Bundestag das Recht beschnitten, souverän über den Haushalt zu beschließen. Der Bundestag würde zu einem Vollzugsorgan der Erhard-Regierung erniedrigt.

Am auffallendsten in den Gesetzesbestimmungen ist die Zentralisierungsabsicht. Was die Länder, Gemeinden und Parlamente an Rechten preisgeben sollen, will die Regierung an Zentralgewalt gewinnen. Dabei geht nicht nur der föderative Charakter der Bundesrepublik verloren, es werden auch neue zentrale Finanzquellen für die Rüstungspolitik geschaffen. Nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes soll eine **Konjunkturausgleichsrücklage** bei der Bundesbank geschaffen werden. Mit der Konjunkturausgleichsrücklage — unter normalen Regierungsbedingungen eine durchaus erwägswerte Maßnahme — sollen Finanzmittel gesammelt werden. Unter dem Kommando Erhards sollen sie im Auf und Ab der Konjunktur eingesetzt werden. Die Anlage und Absicht des Gesetzes läßt jedoch erkennen, daß vor allem eine neue Rüstungskasse entstehen soll. Die Rücklagen können nämlich auch „für Ausgaben verwendet werden, die nicht zu einer Ausweitung der inländischen Nachfrage führen — so heißt es in § 4. Was anders kann das bedeuten, als einen Freibrief für weitere Rüstungs-

käufe und weitere Kriegsbeiträge an den Kriegsdiktator in Vietnam?

Diese Absicht wird noch deutlicher durch die in § 20 des Gesetzes vorgesehene Anlagepflicht der Sozialversicherungsträger bei der Bundesbank — als Mobilisierungs- und Liquiditätsinstrumente — wie es sinnigerweise heißt. Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten soll bis zu 60 vH ihrer durchschnittlichen Monatsausgabe und die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung bis zu einem Drittel ihrer Rücklagen in Staats-Papieren anlegen. Damit soll die zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges von Dr. Schacht eingeführte Kriegsfinanzierungsmethode erneut auflieben. Damit ist höchste Gefahr für die Grundlagen der gesamten Sozialversicherung. Gleichzeitig plant die Bundesregierung einen Angriff auf die Bundeszuschüsse zur sozialen Rentenversicherung. Die Erhöhung der Beitragssätze der Sozialversicherung von bisher 14 auf 15 Prozent ist ab 1. Januar 1968 angekündigt. Sie sollen zukünftig alle vier Jahre neu festgesetzt werden — statt bisher alle zehn Jahre. Mit solchen Methoden wollen die herrschenden Kreise ihre Rüstungskasse noch mehr auffüllen.

Rainer Barzel sagte auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag offen: „Politik kostet Geld.“ Nun will man es sich unter der heuchlerischen Lösung der Konjunktursicherung beschaffen!

Konzernherren und Regierung in einer Front

Einige Unternehmerzeitungen haben die Preisgabe liberaler Wirtschaftsprinzipien beklagt. Keinesfalls aber sind die Konzerne prinzipielle Gegner des Gesetzes.

Auf der Jahrestagung 1966 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in München waren sich Erhard und Berg völlig einig. Erhard versprach den Konzernen, der Kapitalmarktmüsse unter allen Umständen von der übermäßigen Inanspruchnahme der öffentlichen Hand befreit werden, um der Wirtschaft zu helfen, die nicht mehr ausreichend über Selbstfinanzierung investieren könne. Berg sagte wörtlich: „Wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Parteien im Bundestag dem zustimmen.“

In unserer Bündnispolitik sollten wir eine weitere Absicht des Gesetzes beachten. Der Zentralverband des Handwerks macht darauf aufmerksam, daß die geplante Kreditrationierung besonders einschneidende Wirkungen für kleine Kreditnehmer haben wird. Ein Kreditlimit würde von manchen Banken wahrscheinlich in erster Linie zur Befriedigung der großen Kreditnehmer ausgeschöpft werden.

Bekanntlich hat die Bundesbank vor einiger Zeit den Diskontsatz mit der Absicht erhöht, die Aufwärtsentwicklung unter Kontrolle zu halten. Das veranlaßte das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften zu der Feststellung, „die Konjunktur wird abgewürgt“. Der Versuch, durch

eine Diskont-Erhöhung Einfluß auf die Preis- und Währungsentwicklung zu nehmen, ist gescheitert. Er mußte scheitern, weil die amtlich verordneten Preissteigerungen und Rüstungsausgaben weitergehen. Hinzu kommen die preistreibenden Wirkungen der Lückengesetze.

In der Zeitung „Metall“ hat Otto Brenner diese Tatsachen angeprangert. Er erklärte, so lange es die Bundestagsmehrheit und ein Teil der Unternehmer gemeinsam fertigbringen, das Preisniveau insgesamt hochzutreiben, werde jede Dämpfung der Konjunktur nur Produktion und Beschäftigung treffen. Die Leidtragenden wären dann die Arbeiter und Angestellten.

Otto Brenner stellt dem Erhard-Gesetz das im Grundsatzprogramm enthaltene Modell einer Stabilitätspolitik entgegen:

Langfristige Planung öffentlicher Investitionshaushalte;

gezielte Beeinflussung der privaten Investitionen;

Kontrolle der wirtschaftlichen Macht und Erleichterung der strukturbedingten Umstellung der Arbeitnehmer.

Diese Forderungen treffen in der Tat den gegenwärtigen Zustand und können mit echter Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft eine echte Alternative sein. Wir müssen jedoch noch einige andere Probleme sehen, die auch weitgehend in Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Beschlüssen sind.

Das Problem der Währung und der Preise hängt vor allem mit der Rüstung und ihren wirtschaftlichen Folgen auf das engste zusammen. Jedes Rüstungsgut muß bezahlt werden ohne echte wirtschaftliche Werte zu schaffen.

Wenn daher stabilisiert werden muß, dann ist es vor allem bei der Politik nötig, d. h., die Regierung muß von ihrer Aggressions- und Großmachtpolitik abgehen. Stabilität wird es nur geben, wenn die Ausgabenflut für die Rüstung und Rüstungskäufe und für die ausländischen Besatzer gestoppt wird.

Die Menschen wollen Stabilität und Sicherheit. Wir müssen daher bei der

Entlarvung des sogenannten Stabilisierungsgesetzes unsere eigenen Vorstellungen stärker propagieren. Nach meiner Meinung könnten das sein:

1. Maßnahmen für Preisstabilität, Unterbindung der staatlich verordneten Preiserhöhungen. Vielleicht wäre auch ein Preiskontrollamt unter Beteiligung der Gewerkschaften nötig.
2. Die Lücke-Gesetze mit ihren preistreibenden Wirkungen sind zu stoppen.
3. Der Bundesetat ist von allen Ausgaben zu befreien, die sich auf übersteigerte Ausgaben für Rüstung und den kalten Krieg beziehen. Also Rüstungsstop und Herabsetzung der Militärausgaben um 5 Milliarden Mark.
4. Wir sollten den gewerkschaftlichen Vorschlag unterstützen, die Wehrdienstzeit von 18 Monaten auf 12 Monate herabzusetzen. Das würde den Militäraushalt beträchtlich verringern und dem Arbeitsmarkt neue Kräfte und neue Steuerzahler zuführen.
5. Die großen Einkommen und Vermögen müssen höher besteuert und stärker zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen werden.
6. Eine demokratische Finanzreform ist erforderlich, um Ländern und Gemeinden einen größeren Anteil an den Steuern zu garantieren.

Nur ein wirklicher Wandel in der Politik im Sinne einer Entspannungs- und Friedenspolitik kann letztlich Grundlage für eine echte Stabilität auch bei den Finanzen und in der Wirtschaft schaffen.

Der DGB hat in einer Stellungnahme gegen die Teuerung in zehn Forderungen seine Vorstellungen zur Stabilisierung der Wirtschaft begründet. Leider hat er nicht die volle Wahrheit über die Ursachen der Preisentwicklung und der Entwertung der Währung gesagt. Der Motor der Teuerung ist die Rüstung und das Profitstreben! Es sind nicht die „wirtschaftspolitischen Alleingänge“ einzelner Ressorts der Bundesregierung, die die Teuerung hauptsächlich verschulden. Es ist der Rüstungs- und monopolistische Wirtschaftskurs, der die Preise treibt und die Währung ruiniert!

Die SPD hat in ihrer Stellungnahme — abgegeben von Prof. Schiller — zu diesen Grundfragen kein Wort gefunden. Sie will die Bestrebungen der Bundesregierung „grundätzlich“ unterstützen. Wie soll man den Standpunkt von Schiller verstehen, daß breite Teile des Erhardischen Gesetzes „pädagogischer Natur“ seien. Was ist das für eine „Pädagogik“, wenn man die sozialdemokratisch geführten Länder und Gemeinden unter Ermächtigungskuratel stellen will?

Schiller schlägt anstelle einer Grundgesetzänderung die Schaffung eines Staatsvertrages — offensichtlich zwischen den Ländern und Gemeinden — vor. Aber es kommt nicht auf die juristischen Finessen, sondern auf klare Verhältnisse an. Wenn in einem Staatsvertrag das erreicht werden soll, wie mit der Verfassungsänderung, dann läuft alles letztlich auf das gleiche hinaus: auf die Stärkung der Zentralgewalt, die unter der Erhard-Regierung eine Notstandsgewalt ist.

Wenn Prof. Schiller meint, im Gesetz seien die Wachstumsfragen nicht genügend berücksichtigt, so kann man dem zustimmen. Aber weiteres Wachstum hängt offensichtlich eng zusammen mit Rüstungsstop und Entspannungspolitik. Darüber schweigt sich

Prof. Schiller aus. Das aber sind genau die Fragen, die wir mit den sozialdemokratischen Genossen diskutieren müssen.

Wir haben über 25 000 Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik. Tausende sind von Sozialdemokraten geführt. Tausende haben sozialdemokratische Vertretungen. Zehntausende SPD-Abgeordnete tragen in diesen Städten und Gemeinden die Verantwortung. Sie können es nur, wenn die verfassungsmäßigen Selbstverwaltungsrechte erhalten bleiben. Wenn das geschehen soll, dürfen sie den neuen Verfassungsbruch nicht hinnehmen! Darum gilt es auch mit ihnen über die Konsequenzen dieses Gesetzes zu sprechen. Ihren Widerstand wecken — wird auch eine Antwort sein auf den gefährlichen Gemeinsamkeitskurs der Wehner und Erler.

Wir sollten darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften und die Organisationen des Mittelstands und der Bauern, daß die Abgeordneten der Länder- und Gemeindepalamente ihren Protest an den Bundesrat richten. In unserer Aufklärungsarbeit über die Notstandspolitik müssen die drohenden neuen Ermächtigungsgesetze für die Wirtschaft unbedingt beachtet werden.

Genosse Hubert:

Georg Lebers antigewerkschaftlicher Kurs

Auf einer internationalen Pressekonferenz mit Albert Norden wurde eine Dokumentation übergeben, in der auch die Enthüllung des „Grauen Plans“, des sogenannten „Forschungsbeirates über Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ enthalten ist.

Einführung der Erhardischen freien Marktwirtschaft, Umwandlung der Volkseigenen Betriebe zu „rechtlich wirtschaftlich selbständigen Unternehmen“ und Wiederherstellung der „privaten unternehmerischen Initiative“, Wiederzulassung privatkapitalistischer Banken, Wiederzulassung von Arbeitgeberverbänden, Zerschlagung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, Liquidierung der durch den

FDGB ausgeübten Selbstverwaltung der Sozialversicherung und der politischen, organisatorischen und finanziellen Leitung der Arbeitslosenversicherung, Auflösung der Lehrlingskombinate, Anpassung des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens an die neu entstehenden, sprich: monopolkapitalistischen Verhältnisse, Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in privatwirtschaftliche Betriebsformen, Rückgabe der Industriebetriebe und der Landwirtschaftsbetriebe an die ehemaligen Monopolherren und Großgrundbesitzer. Glaubt auch nur ein Gewerkschafter daran, daß sich eine solche Liquidierung der Arbeiter-Errungenschaften in der DDR friedlich, ohne Krieg, sozusagen als Schen-

kung der Arbeiter und Bauern an die Monopole und Großgrundbesitzer vollzieht? Ist dieser stockreaktionäre Plan im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms? Entspricht dieser Plan den gewerkschaftlichen Vorstellungen von einem künftigen wiedervereinigten Deutschland?

Wenn wir als Gewerkschafter solche Fragen an den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und an alle Gewerkschaften des DGB stellen, dann ist das mehr als berechtigt, denn die Zustimmung zum „Grauen Plan“ durch den Vertreter des DGB im „For-

schungsbeirat“ widerspricht auf der ganzen Linie dem Grundsatzprogramm des DGB.

Es gilt, klare Verhältnisse zu schaffen, denn der Widerstand der Monopole gegen das DGB-Grundsatzprogramm und der „Graue Plan“ bilden eine Einheit. In Verteidigung des Grundsatzprogramms des DGB sollte in den Betrieben und Gewerkschaften die Frage gestellt werden, welche Stellung der Vertreter des DGB im Plenum des „Forschungsbeirates“ zum „Grauen Plan“ der Monopole bezogen hat.

Leber und der Staat der Monopole

Leber z. B. bejaht in seinem Referat eindeutig und ohne Einschränkung den monopolkapitalistischen Staat. Er sagt:

„Wir wollen, daß der Staat unsere Sache ist, deshalb sagen wir auch unseren Kollegen, sie sollen nicht nur fragen, was der Staat für sie tut, sondern auch darüber nachdenken, wozu sie dem Staat gegenüber verpflichtet sind.“

Leber tritt sogar ein für die Einschaltung des Staates in die Tarifauseinandersetzung:

„Wir haben zuerst die Aufgabe, in der freien Auseinandersetzung mit den Unternehmern die Ordnung zu gestalten, um die es geht. Erst dann, wenn eine Lösung im Rahmen der sozialen Autonomie sich als nicht löslich erweist, weil ihre Grenzen überschritten würden, oder weil es an Möglichkeiten fehlt, sollten wir den Staat mit seinen Organen einschalten.“

Wie sein Verhältnis zu dem von den Monopolen beherrschten Staat, so ist auch sein Verhältnis zu den Monopolisten selbst:

„Er (der Unternehmer) hat in unserem Bild von einer freien Gesellschaft einen ebenso klaren und festen Platz wie wir ihn für uns selber darin beanspruchen.“

Weiter sagt er:

„Nur ein Wirtschaftszweig, der wirtschaftlich auf festen Füßen steht und nur ein Unternehmen, das er-

folgreich arbeitet, ist auch zu sozialen Leistungen fähig.“

Leber fordert das sogenannte freie Unternehmertum auf, den Willen aufzubringen, sich durch Leistung und im Wettbewerb zu bewähren. Trotz des Beispiels der DDR und anderer sozialistischer Länder und der Beispiele in der Bundesrepublik selbst kann sich Leber offensichtlich erfolgreiche Unternehmen ohne sogenannte „freie Unternehmer“ nicht vorstellen. Er ermuntert die Unternehmer sogar, kräftig Profite zu machen. Er ist sich auch seiner promonopolistischen Haltung voll bewußt, wenn er feststellt: „Man wird sagen, wir seien wieder der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.“

Leber will den Gewerkschaftern weismachen, daß es in der Bundesrepublik „persönliches Eigentum, das dem Gemeinwohl gegenüber verpflichtet ist, wie es unsere Verfassung vorschreibt, eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung, mit freien Unternehmern und freien Arbeitnehmern“ gibt. Und zu dieser dem Grundsatzprogramm des DGB widersprechenden Einschätzung bekennt sich Leber ausdrücklich Aussperrungen. Lohnstoppforderungen, Verleumdungsfeldzug gegen die Gewerkschaften, gewerkschaftsfeindliche Presse, promonopolistische Gerichtsbarkeit gibt es für Leber nicht bzw. sind seiner Auffassung nach auf der Basis seines „heuen Stils der Gewerkschaftsarbeit“ vermeidbar.

Dieses Treuebekenntnis zum monopolialistischen Staat, zur monopol-

kapitalistischen Wirtschaft, zum „freien Unternehmertum“, zur Profitmacherei mußte sich logischerweise dadurch ergänzen, daß Leber den Gewerkschaften faktisch das Recht abspricht, in politischen Fragen aktiv und initiativ zu werden. Eine solche Aufgabe bleibt seiner Meinung nach allein den politischen Parteien überlassen.

Das heißt doch nichts anderes, als die Gewerkschaften der Politik der Monopole und Banken zu unterordnen. Und zwar entweder direkt oder über die Gemeinsamkeitspolitiker im SPD-Parteivorstand. Das heißt, auf Forderungen zu verzichten, die den Bundestagsparteien nicht genehm sind; das heißt, ohne Rücksicht darauf, ob Wahlversprechungen gehalten werden oder nicht, die politische Einflußnahme der Gewerkschafter auf einen Wahltag alle drei oder vier Jahre zu beschränken.

Leber möchte den Unternehmern mit seiner Art von Vermögensbildung helfen. Sie sei deshalb so wichtig, „weil wir nicht wollen, daß die bestehenden Ungleichgewichte, die sich bei zunehmender Technisierung und Automatisierung noch verstärken, eines Tages zur revolutionären Entladung führen.“ Und er beschwört die Unternehmer mit den Worten:

„Die Lösung dieser Aufgaben sollte auch einem in die Zukunft denkenden Unternehmer wichtig sein.“

Zur direkten Fälschung greift Leber, wenn er behauptet, daß sein Vermögensplan vom 7. DGB-Kongreß bestätigt wurde. Im Antrag 176, der einstimmig, also auch mit der Stimme von Leber angenommen wurde, heißt es:

„Die Umwandlung von Lohnanteilen im Wege von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen liegt jedoch, falls sie im größeren Umfange Platz greift, nicht im Interesse der Arbeitnehmerschaft... Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand kann die herkömmliche Lohn- und Sozialpolitik nicht ersetzen... Sie ist nur sinnvoll neben wachsenden Löhnen und bei einem hohen Stand kollektiver sozialer Sicherung.“

Zum Schluß heißt es:

„Eine im Interesse der Arbeitnehmerschaft liegende Vermögenspolitik darf nicht den Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlich gebundener Unternehmen zuwiderlaufen.“

Leber verschiebt das Schwergewicht des gewerkschaftlichen Kampfes von aktiver Lohnpolitik, erweiterter Mitbestimmung und Ausdehnung des Gemeineigentums auf sein Allheilmittel: Vermögensbildung.

Für Leber existiert im ganzen Referat nicht einmal der Begriff Gemeineigentum und auch nicht der Begriff Mitbestimmung. Diesen Grundforderungen des DGB setzt er seine Vermögensbildungspläne entgegen und versucht unter dem Applaus der ganzen Monopolpresse, notwendige, im Grundsatzprogramm festgelegte gesellschaftspolitische Reformen mit den Mitteln einer Persil-Reklame über die Bedeutung seiner Vermögensbildungspläne zu verhindern. Für ihn steht an erster Stelle die Herauskehrung der Mitverantwortung für den Industriezweig seiner Gewerkschaft nach der allen Lebenserfahrungen hohnsprechenden Losung: Geht es den Monopolen gut, dann geht es auch den Arbeitern gut.

Das sind Grundfragen des Leber-Referats, die deutlich machen, daß Leber auf der ganzen Linie dabei ist, die gewerkschaftlichen Grundforderungen anzugreifen, die Rolle der Gewerkschaft zu verfälschen und zu verändern. Es geht Leber dabei nicht nur um die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, sondern um die Umorientierung des DGB im Ganzen. Leber stützt sich auf ökonomische und soziale Erfolge, die mit der Hochkonjunktur im Baugewerbe und mit seinem „neuen Gewerkschaftsstil“ zusammenhängen, also teils ökonomisch bedingt, teils politische Schützenhilfe seitens der Monopolherren darstellen. Kein Bauarbeiter sollte aber vergessen, daß z. B. die IG Metall bereits mehrmals in harter Auseinandersetzung mit den Monopolkapitalisten den versuchten Lohnstopp zerschlug, Urlaubsgeld

und Arbeitszeitverkürzung mit der Kraft ihrer 2-Millionen-Organisation durchsetzte, so daß dieser Kampf allen Gewerkschaften zugute kam.

Leber stützt sich bei seinem Vorhaben auf solche Führer im SPD-Parteivorstand, deren Gesamtkonzeption der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU der von Leber vorgetragenen antigewerkschaftlichen Konzeption zugrunde liegt. Die notwendige Auseinandersetzung mit Leber ist somit zugleich eine notwendige Unterstützung aller Sozialdemokraten, die eine Alternativpolitik zur CDU-Politik wollen und eine Annäherung der SPD-Politik an die gewerkschaftlichen Forderungen erstreben.

Leber stützt sich aber auch auf Kräfte in der DGB-Führungsspitze, die zwar die Annahme progressiver Gewerkschaftsbeschlüsse nicht verhindern können, aber ihre Durchsetzung nach Kräften hinternstreiben, wie das auf und nach dem 7. DGB-Kongress mit dem Beschuß gegen die Notstandsgesetze und auch bei der

Genosse Jörg:

Die neofaschistische NPD — ein Zwilling der CDU

Im Referat und im Bericht ist über neue Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns von Kommunisten und Sozialdemokraten gesprochen worden. Es ist auch über die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns in der Zusammenarbeit gegen die neofaschistische NPD gesprochen worden. Ich möchte zu dieser Partei, zu ihrem Zusammenhang mit der CDU und der CDU-Politik Stellung nehmen.

Es gab gegen die NPD großartige gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse, vor allem in Wuppertal und Karlsruhe. Ich möchte aber auf eine Gefahr aufmerksam machen. In den Gewerkschaften und auch bei zahlreichen sozialdemokratischen Genossen besteht die Vorstellung, daß die NPD sozusagen der einzige Vertreter faschistischer Tendenzen in der Bundesrepublik sei und, wenn man gegen eine faschistische Entwicklung in der Bundesrepublik vorgehen wolle, dann genüge es, gegen die NPD aufzutreten. Da liegt ein Fehler. Manche glauben auch, die NPD sei eine Konkurrenz

Mitbestimmung sichtbar wird. Sie unternehmen alles, die Mitbestimmung im sozialpartnerschaftlichen Rahmen zu halten und größere Bewegungen an der Basis nicht aufkommen zu lassen. Sie bremsen auch die Gestaltung des 1. September als Antikriegstag und sind bemüht, Aktionen gegen die atomare Gefahr, gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam und seine Unterstützung durch die Bundesregierung möglichst zu unterbinden.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung weiterkommen will mit dem Grundsatz- und Aktionsprogramm, wenn vor allen Dingen eine größere Aktivität in Richtung der Durchsetzung richtiger Beschlüsse erreicht werden soll, dann müssen sich die Gewerkschafter mit den aufgeworfenen Grundfragen in den Gewerkschaftsversammlungen beschäftigen. Es kommt darauf an, daß die Diskussion um die Leber-Konzeption nicht nur in den Spitzen der Gewerkschaften geführt wird, nicht nur von einzelnen Journalisten, sondern an der Basis und in allen Gewerkschaften.

zur CDU/CSU in dem Sinne, daß die NPD etwas wesentlich anderes wolle als die Führung der CDU/CSU. Dort liegt auch ein Fehler. Gemeinsames Vorgehen gegen die NPD ist ausgezeichnet, aber zugleich müssen wir Kommunisten uns bemühen, die Wurzeln dieser Partei aufzuzeigen. Bert Brecht sagte: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Die NPD konnte entstehen und sich entwickeln auf dem Boden des wütenden Antikommunismus, der Politik des Revanchismus, der Angriffe auf die Demokratie und die Arbeiterrichter, die von der Führung der CDU/CSU und den herrschenden Kreisen in der Bundesrepublik seit Jahren durchgeführt wird. Die politischen Kernforderungen, die die NPD vertritt, entsprechen den Forderungen, die von der Führung der CDU/CSU erhoben werden.

Häufig hören wir bei der NPD eine aggressivere Sprache. Ich möchte sagen: Die NPD ist in diesen Fragen um einen Phon lauter, damit die Bun-

desregierung die Möglichkeit hat, um einen Ton lauter zu werden. Was die NPD von der CDU/CSU abhebt, ist eine ausgeprägtere nationale und so-

ziale Demagogie. Ich will einmal die grundsätzliche Gemeinsamkeit politischer Kernforderungen von NPD und CDU/CSU aufzeigen.

Wie steht es mit der außenpolitischen Zielsetzung?

Ein Bundestagskandidat der NPD, E. v. Arndt, erklärte auf einer NPD-Versammlung in München folgendes: „Wir wollen kein verschwommenes Heimatrecht, daß etwa Deutsche wieder in der Tschechoslowakei wohnen dürfen. Wir stellen in Europa territoriale Forderungen und wollen ein System eigener Prägung.“¹⁾

Soweit also der Standpunkt der NPD. Und was sagt die Führung der CDU/CSU? Da ist die Forderung nach den Grenzen von 1937. Da ist aber auch die bekannte Forderung von Hassels, der erklärte: Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Welt werden.

Um deutlich zu machen, wie diese Politik praktiziert wird, nehme ich ein Beispiel aus der Bundeswehr. Der Bundeswehrsoldat Jürgen Weisheit teilte der Öffentlichkeit mit, daß auf der Schreibstube seiner Einheit eingeraumt folgendes Gedicht hängt. Er habe den Text auch in anderen Einheiten gefunden:

Niemals, Deutscher vergiß,
was blinder Haß Dir geraubt hat.
Harre der Stunde, der Sühne
blutender Grenze Schmach.
Danzig,
Graudenz, Kulm,
Thorp, Dierschau,
Preuß-Stargard,
Posen,
Bromberg, Gnesen,
Kolmar, Rawitsch,
Hohensalza, Lissa.²⁾

Eine Folge dieser „Erziehung“: in Wohnbezirken von Soldaten hatte die NPD sehr hohe Stimmenanteile. Zahlreiche junge Menschen werden durch die Beeinflussung in der Bundeswehr Anhänger der NPD.

Auch die SPD-Wochenzeitschrift „Vorwärts“ zeigte sich in der Nummer vom 22. 6. 1966 beunruhigt und schrieb nach dem Parteitag der NPD:

„Es ist leider in der Bundesrepublik 20 Jahre nach Kriegsende wieder möglich, ungestraft nazistische Phrasen zu dreschen.“

Aber man muß die Frage stellen — und ich glaube, wir müssen sie auch mit unseren sozialdemokratischen Genossen diskutieren —: Warum ist denn das möglich? Doch deswegen, weil eben diese Phrasen seit Jahr und Tag von der Führung der CDU/CSU in die Bevölkerung hineingetragen werden. Und auch deswegen, weil aufgrund der Politik der Gemeinsamkeit eben dieser politischen Zielsetzung der Führung der CDU/CSU nicht entgegentreten wird. Es ist doch lärmend für die Arbeiter und für die Gewerkschaften, wenn sie hören, daß solch ein Führer der SPD wie Jakob vertritt wie die Führung der CDU/CSU. Ich glaube, die Schlüffolgerung müssen wir auch mit unseren sozialdemokratischen Genossen ziehen: Wer mit faschistischen Erscheinungen und nazistischen Phrasen Schlüß machen will in der Bundesrepublik, der muß dafür eintreten, daß mit der Politik der Gemeinsamkeit mit der Führung der CDU/CSU Schlüß gemacht wird!

Gemeinsame Revancheziele

Eine zweite Frage: Wie soll die Politik der Revanche durchgesetzt werden? Was sagt die NPD und was sagen die ihr nahestehenden Gruppierungen?

¹⁾ Heinz v. Arndt am 6. 6. 1965 im „Mathäser am Hasenberg“ München.

²⁾ Deutsche Volkszeitung, 28. 1. 1966.

³⁾ „Die Tat“, 14. 5. 1966.

Die NPD sagt: „Die Tradition des deutschen Soldatentums in allen Zeiten muß Vorbild eines modernen deutschen Soldaten werden.“³⁾ Der Bundesführer der „Wiking-Jugend“ Wolfgang Narath erklärt in einem Grundsatzreferat, die Jugend sei bereit, Opfer für die Wiedereroberung ehemals deutscher Ge-

diete zu bringen: „So erhält der alte Spruch aus der Edda besonders für die nationale volkstreue Jugend seinen vollen Sinn: „Besitz stirbt, Sitten sterben, du selbst stirbst wie sie. Doch eines weiß ich —, wird ewig leben, —: der Toten Tatenuhm!“⁴⁾

Jetzt könnte man sagen: Nun gut, diese Wiking-Jugend ist eine kleine Gruppe, schließlich ist die Politik der Führung der CDU/CSU doch etwas anderes. Aber wie sieht die aus? Was sagt z. B. Eugen Gerstenmaier? In seinem Buch: „Neuer Nationalismus?“, erschienen Ende 1965, schreibt Gerstenmaier auf Seite 29:

„Denn die einfache, aber große Wahrheit ist noch immer die: „Und setzt Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein.“ Das ist mehr als ein schöner Soldatenspruch. Zum Geheimnis des wahrhaften und erfüllten Menschen wird er aber erst, wenn man weiß, wofür man dabei eintritt.“⁵⁾

Damit gar kein Irrtum entsteht, nennt Gerstenmaier die Reihenfolge der Werte in der Bundesrepublik, für die man eintreten und bereit sein müsse das Leben hinzugeben:

„Die Außenpolitik wird bestimmt

von einer klaren Rangordnung, in der die Freiheit und damit die Solidarität mit der freien Welt den ersten . . . der Friede . . . den zweiten und die nationale Einheit damit logischerweise den dritten Platz einnehmen.“⁶⁾

Damit auch klar wird, was er unter „Freiheit“, die den ersten Rang einnehmen muß, versteht, schreibt er:

„Das Nationalbewußtsein der Völker der freien Welt muß sich darauf einstellen, daß nicht mehr allein die nationale Unversehrtheit Volk und Staat in Anspruch nehmen, sondern vorrangig die Verpflichtung zur kollektiven Sicherheit des gesamten Integrationsverbandes. Das heißt zum Beispiel praktisch, daß die Frage Berlin die Loyalität der mit uns verbündeten Nationen sehr unmittelbar engagiert, umgekehrt aber auch wir uns in Fällen engagiert wissen müssen, die uns früher nichts oder nicht viel angegangen wären.“⁷⁾

Hier liegt die theoretische Begründung für die Unterstützung des schmutzigen Krieges in Vietnam durch die Bundesregierung und die Begründung für den Einsatz von Truppen in Vietnam, der bereits vorbereitet wird.

Gemeinsame Feinde der Verfassungsordnung

Wie soll die innere Staatsordnung aussehen, um diese Politik durchsetzen zu können? Was sagt die NPD? Auf dem Parteitag der NPD sagte Professor Antrich in der Abschlußkundgebung, daß der Staat, wenn „seine Souveränität und Befehlsgewalt über die Menschen schwindet“, besiegt werden müsse. „Der Umsturz dieser leeren Hülle ist dann unter Umständen sittliche Pflicht.“⁸⁾ Also mit anderen Worten: Wenn die im Grundgesetz fixierte Ordnung der Bundesrepublik für die Problematik

der Kriegsvorbereitung nicht mehr ausreicht, muß die Diktatur her.

Was sagt die CDU? Erhard erklärt im Rahmen seiner Ausführungen über die formierte Gesellschaft:

„Wir können es uns nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten.“⁹⁾

Und sein Theoretiker Altmann sagt:

„Dieses Modell ist nicht mehr der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischen System.“¹⁰⁾

Aber was? Etwas demokratisches? Erweiterung der Demokratie vielleicht? Natürlich nicht! Dafür sprechen ja schon die Notstandsgesetze. Aber lassen wir einmal Interpreten der Ansichten des Monopolkapitals zu eben dieser Frage zu Wort kommen.

Prof. Erik Voegelin schreibt über „Die dritte Phase der Industriegesellschaft“ in „Gesellschaftspolitische

⁴⁾ „Blinkfuhr, 23. 6. 1966.

⁵⁾ Gerstenmaier, „Neuer Nationalismus?“, S. 40.

⁶⁾ Ebenda

⁷⁾ Ebenda, S. 9.

⁸⁾ „Konkret“, Juli-Ausgabe 1966.

⁹⁾ Erhard auf dem 13. Parteitag der CDU in Düsseldorf am 31. 3. 1965

¹⁰⁾ Rüdiger Altmann, „Das Erbe Adenauers“, München 1963, S. 138.

Kommentare“ und vergleicht dort die Gesellschaft mit einem Großunternehmen. Er erklärt:

„Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilunternehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert . . . dann bleibt als Alternative nur die Einstellung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb — und das heißt Übergang von der politischen Demo-

kratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes“¹¹⁾

Und damit die Sache ganz klar wird, noch ein Zitat aus „Capital“. Dort erklärt der Chef der Werkzeugfirma Beizer in Wuppertal: „Ein integerer Diktator wie Franco ist uns lieber als korrupte Demokraten, die nur ihre eigenen Taschen voll haben.“¹²⁾

Das ist die Fratze des Faschismus, und es ist typisch, daß ein Vertreter des Monopolkapitals sie zeigt.

Die NPD kein Außenseiter

Die Tatsachen beweisen also: Die NPD ist kein Außenseiter, sondern bewußt herangezüchtet als wichtiger Teil der „formierten Gesellschaft“ Als Auffangbecken für solche, die von der Politik der CDU/CSU enttäuscht oder auch wirtschaftlich betroffen sind. Als Terrorgruppe. Als Einpeitscher einer nationalistischen und revanchistischen Politik. Der Beweis ist auch hier wieder da. Ich erinnere daran, daß „Der Arbeitgeber“, die Zeitung des Vereinigten Arbeitgeberverbandes, seine Mitglieder aufforderte, die NPD finanziell zu unterstützen. Das Bundesinnenministerium erklärte in seinem Informationsdienst sinngemäß: Laßt die Leute doch in Ruhe. Wenn ihr Demonstrationen gegen die NPD macht, dann spielt ihr die nur hoch und stärkt sie. Selbst das Organ des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Stimme der Freiheit“ beschäftigt sich in seiner April-Nummer damit und schreibt folgendes: „Es wird Zeit, daß wir aufhören, die NPD zu verteufeln. Übersehen wir nicht, das große Ausmaß des guten Willens, das auf der rechten Seite unserer politischen Landschaft vorhanden ist. Es darf nicht länger

unangehört bleiben und enttäuscht werden.“¹³⁾

Das sind die Tatsachen. Ich möchte daraus folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1 Es ist richtig und von großer Bedeutung, gemeinsam mit den Gewerkschaftskollegen, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Genossen, gestützt auf entsprechende gewerkschaftliche Beschlüsse gegen die NPD vorzugehen.

2 Zugleich müssen wir klar machen, daß die Politik der Führung der CDU/CSU des Nährboden für die NPD ist. Wer die NPD, wer eine faschistische Entwicklung in der Bundesrepublik bekämpfen will, muß zugleich die Politik der Führung der CDU/CSU-Regierung bekämpfen. Sonst wird den Wurzeln nicht zu Leibe gegangen.

3 Wir Kommunisten müssen unsere nationale Politik der antinationalen Politik der herrschenden Kreise entgegenstellen. Wir müssen vor allen Dingen der Jugend zeigen, was es heißt, wirklich für die nationalen Interessen, für Deutschland einzutreten!

Genosse Karl:

Die Wurzeln eines neuen Faschismus erkennen

Ich möchte einiges zum Thema: Nation und Nationalismus sagen. Die CDU ist die Partei des Finanz- und Monopolkapitals, und sie übt die Macht aus, und sie macht das mit aller Brutalität und wird nicht daran denken, sie abzu-

geben. Ich bin dennoch der Meinung, daß die CDU im Sumpf des Bonner Klimas die NPD hochpäppelt. Sie tut das gewissermaßen mit CDU-Amtshilfe. Das ist auch hier gesagt worden, und ich könnte das noch durch viele Tatsachen beweisen. Innenminister Lücke hat diese Linie, der Bundesverband der Industrie ebenfalls und von vielen Seiten kommt ebenfalls poli-

¹¹⁾ Gesellschaftspolitische Kommentare Nr. 11/65.

¹²⁾ Capital, I, 1966, S. 33.

¹³⁾ Stimme der Freiheit, April 1966.

tische und finanzielle Unterstützung. Ich möchte daher noch auf einige weitere Tatsachen hinweisen, die mir erscheinen, daß wir uns damit befassen.

Bei der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entfaltung und des sich abkühlenden Wirtschaftsklimas geraten zuerst die Mittelschichten auf dem Land und in der Stadt in Gefahr. Aus ihnen, so wie vorher im Nazi-Faschismus, rekrutieren sich die ersten Anhänger der NPD, darunter ein sehr beachtlicher Teil der Jugend, junge Menschen, von denen ich überzeugt bin, daß sie ehrlich glauben, daß man keine Partei wählen kann, die amerikanisch oder englandfreudlich ist. Sie erkennen keine Partei, die die nationalen Interessen vertritt. Uns Kommunisten kennt diese Jugend zu wenig; wir müssen uns daher mit unserer nationalen und sozialen Alternativpolitik dieser Jugend stellen.

Genosse Horst:

Grundfragen einer Agrarpolitik der Arbeiterklasse

Im Rechenschaftsbericht wird festgestellt, daß sich auf dem Parteitag der SPD in Dortmund die Kräfte durchgesetzt haben, die für eine Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU eintreten. Das spiegelt sich auch in den Beschlüssen des Parteitages wider. In der Aussage der SPD zur Agrar-Politik kamen dabei folgende Gedanken zum Ausdruck:

1. Die SPD tritt ein für einen sinnvollen Verlauf des Strukturwandels unter Vermeidung sozialer Härten.
2. Bis zum vollen Inkrafttreten des Europäischen Marktes müssen alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um der Landwirtschaft den Übergang in die EWG ohne besondere Härten zu erleichtern.

Die SPD-Führung tritt somit für die Fortführung der CDU-Politik des reaktionären Strukturwandels auf dem Lande ein. Mit der „Ausklammerung sozialer Härten“ will sie erreichen, daß der soziale Konflikt zwischen den Bauern und der Erhard-Regierung und den Monopolen nicht stattfindet. Der Parteitag machte daher keine Aussage zur antinationalen Agrarpolitik der CDU/CSU. Einem Teil der Führung der SPD geht es noch zu langsam mit

Die alten NPD-Anhänger sind zu meist Faschisten alten Wassers. Die Wurzeln sitzen bei ihnen so tief, wie sie damals saßen. Sie setzen die alten Traditionen fort, und das schlimmste ist, sie haben in der Bundeswehr Fuß gefaßt. Das läuft parallel mit den Bestrebungen eines Barzel, der sagte, wir sind wieder wer. Das sind die Bestrebungen der extremsten Kreise des deutschen Finanz- und Monopolkapitals, die ihre Macht in Europa durchsetzen wollen. Sie halten mit der NPD ihr zweites Eisen im Feuer. Ich meine, daß wir diese Lage sehr ernst nehmen müssen, daß wir eine Untersuchung vornehmen und einmal feststellen, was sich hier entwickelt und wie wir unsere nationale Politik besser unter der Jugend verbreiten. Wir müssen sie der nationalistischen Demagogie und der militaristischen Verhetzung entschlossener entgegenstellen.

der Durchsetzung der CDU/CSU-Agrarpolitik. Um sie zu beschleunigen, kommt sie zu solchen Vorschlägen wie: Prämienzahlung für die Aufgabe bürgerlicher Betriebe; vorzeitige Rentenzahlung bei der Aufgabe bürgerlicher Betriebe; großangelegte Umschulung von Bauern, um auch auf diesem Wege Bauern zur Aufgabe zu bewegen.

An einer solchen Politik können die Bauern und auch die Arbeiter nicht interessiert sein. Sie sind enttäuscht über diese Linie der SPD auf dem Parteitag zur Agrarpolitik, wie die Arbeiterklasse darüber enttäuscht ist, wie Fragen der Notstandsgesetzgebung und der Mitbestimmung auf dem Parteitag behandelt wurden. Aber auch sozialdemokratische Genossen — und das müssen wir auch erkennen — sind mit dieser Politik ihrer Führung nicht einverstanden. In vielen Äußerungen von Sozialdemokraten kommen andere Gedankengänge über eine eigene Agrarpolitik der SPD zum Ausdruck. So schreibt zum Beispiel der SPD-Abgeordnete des niedersächsischen Landtages Peter Bruns im „Vorwärts“ vom 11. Mai 1966:

„Es gibt mancherlei Gründe, die dazu führen, daß es den Sozialdemokra-

ten vor dem 1. Weltkrieg nicht gelang, das autoritär regierte deutsche Kaiserreich in einen demokratischen Staat umzuwandeln, daß die Weimarer Republik und in der Folge auch unser Vaterland von den antidemokratischen, nationalistischen Kräften zerstört wurde, und daß nach dem 2. Weltkrieg wiederum die rechtsgerichteten Parteien die Entwicklung und die Politik unserer Bundesrepublik maßgeblich bestimmten.“

Brunns sieht den Grund dafür im Fehlen einer klaren Agrarkonzeption:

„Ein entscheidender Grund dieser für Deutschland unglücklichen Entwicklung ist, daß weder vor noch nach dem ersten Weltkrieg noch nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches die Masse der bäuerlichen, ländlichen Bevölkerung in der Sozialdemokratie ihren Bundesgenossen und die zuverlässige, bessere politische Kraft erkannte. Dabei war es zu jeder Zeit für den nüchtern abwägenden Politiker klar, daß Sozialdemokraten und Bauern sehr viel mehr gemeinsame Sorgen und Interessen als trennende hatten. Spätestens nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches hätten wir in der Bundesrepublik aus diesen Erfahrungen unsere Lehren ziehen sollen.“

Er folgert daraus:

„Um unserer Demokratie, um der Zukunft Deutschlands und Europas

wollen, um der Landwirtschaft willen sollte die SPD daher eine aktive, klare Agrarpolitik betreiben.“

In dieser Darlegung sind wichtige und richtige Vorstellungen enthalten. Aber ich bin der Auffassung, daß auch Peter Bruns um die Hauptfragen herumredet. Er entwickelt keine Alternative, bringt keine Lösungsgedanken. Ich meine, wir sollten mit den Sozialdemokraten über diese Fragen diskutieren.

Genosse Reimann hat in seinem Rechenschaftsbericht dargelegt, daß die Zukunft Deutschlands davon abhängt, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, daß die Zukunft davon abhängt, wie die demokratischen Rechte und Freiheiten vor dem Zugriff der Monopole und der Erhard-Regierung geschützt werden, die Macht der Monopole zurückgedrängt und wirtschaftliche und soziale Sicherheit geschaffen werden.

Das sind die Grundfragen, die gelöst werden müssen, denn nur auf ihnen läßt sich eine aktive, klare Agrarpolitik aufbauen. Bei der Klärung dieser Grundfragen müssen sich Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenfinden, um alle demokratischen Kräfte zu einem und zum gemeinsamen Handeln zu organisieren. Dabei werden Kommunisten und Sozialdemokraten erkennen, daß sie in der Bauernschaft einen echten Bündnispartner vorfinden.

Genosse Rudolf:

Bauern, NPD und unsere Bündnispolitik

Genosse Horst hat darauf hingewiesen, daß die SPD-Führung seit Jahrzehnten keinerlei Programm für die Bauern hat, von einigen Ansätzen abgesehen. Daraus ergibt sich aber für uns eine Aufgabe im Rahmen des heute im Mittelpunkt stehenden Themas. Wenn wir die Aktionseinheit der Arbeiterklasse durch eine enge Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen herstellen wollen, so spielt dabei eine wichtige Rolle, daß wir auch den Gedanken einer richtigen Bündnispolitik mit unseren sozialdemokratischen Freunden diskutieren.

Nun wird man sagen: darauf werden sich die Sozialdemokraten aber

nicht einlassen. — Sie werden sich schon darauf orientieren, weil die auf uns zukommenden Ereignisse und die Verschärfung der Widersprüche und Gegensätze dieses Themas unabweisbar auf die Tagesordnung stellen werden. Wir werden auch deshalb Gehör finden, weil es für uns in den ländlichen Gebieten keinen anderen Weg gibt, als in die Masse der heute noch unter dem Einfluß der Reaktion stehenden Bauern einzubrechen.

Oft hört man: Rehwinkel hat doch auf Kundgebungen eine Reihe von Forderungen erhoben, die eigentlich unsere Forderungen sein könnten. — Rehwinkel hat eine Reihe richtiger

Forderungen aufgestellt. Er hat sich gegen das große Kapital ausgesprochen. Er hat aber auch mit einer politischen Neuorientierung der Bauern gedroht, die der Bauernverband nicht aufhalten könne, wenn die Bundesregierung weiter die Interessen der Bauern vernachlässige. Das bedeutet aber — aus diesem Munde und unter dieser Führung — nicht, daß sie etwa die Bauern nach links oder auf die Arbeiterklasse orientieren wollen, sondern ich glaube vielmehr, daß das die Drohung ist: Wir orientieren uns auf die NPD. — Diese Gefahr muß man schen! Wenn hier nicht eine Kraft gezeigt wird, auf die sich die Bauern orientieren können, wenn wir nicht die nationale Politik, die wir vertreten, den Bauern zum Bewußtsein bringen, dann gehen sie einen anderen Weg. Der Rückgang des Einflusses der CDU/CSU wird sich dann nicht in einer Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik auswirken, sondern er wird sich in der Richtung auswirken, in der das Monopolkapital mit der NPD schon vorgebaut hat.

Nun sagte Genosse Jörg — ich gebe ihm im Prinzip recht — man solle nicht wegen dieser NPD den Hauptgegner, nämlich die CDU/CSU als die Partei des Monopolkapitals aus dem Auge verlieren, man solle auch nicht in den kommenden Wahlkämpfen in den anderen Ländern den Schwerpunkt verlagern und etwa so orientieren, als wäre der Hauptfeind diese noch kleine NPD. Wir müssen hier das richtige Gewicht finden wenn wir in der Sache angreifen. Wir dürfen aber auf keinen Fall übersehen, daß der Zeitpunkt, da diese Partei etwa ein Nichts war, schon lange hinter uns liegt. Sie hat bereits bei den Wahlen in solchen Gebieten wie Erlangen 6 Prozent der Stimmen erhalten. Wenn nicht energisch dagegen aufgetreten wird, dann überspringt die NPD in Bayern die 10-Prozent-Klausel und zwar gerade vom Lande her.

Es wurde hier von Genossen, die über die wirtschaftliche Entwicklung gesprochen haben, nachgewiesen, daß wir eine Verlangsamung der Zuwachsrate feststellen können. Damit wird auch für die Bauern eine neue Situa-

tion eintreten. Das ist schon jetzt dadurch sichtbar, daß die 20 Milliarden kurzfristiger Kredite, die sie belasten, durch die Diskonterhöhung wesentlich schwerer zu tragen sind. Das trifft alle: Kleingewerbetreibende und auch die Bauern. Außerdem tritt die EWG in ihre dritte Stufe ein. Die Bauern werden zwar 1966 noch den alten Getreidepreis bekommen, 1967 aber bekommen sie ihn nicht mehr. Das sind dann 1,2 bis 1,5 Milliarden Mark weniger für die Bauern.

Wenn bei der Milch die bisherigen Subventionen in Höhe von 6 Pfennig gestrichen werden, macht das im ganzen ebenfalls 1 Milliarde Mark aus, d. h. 1 Milliarde Mark müßten die Verbraucher mehr zahlen.

Ebenso wird der Rübenpreis jetzt durch eine neue Regelung von 7,25 auf 6,60 gesenkt. Das sind nur einige Beispiele! Aber ein Mann wie Landwirtschaftsminister Höcherl stellt sich hin und sagt, sein Agrarprogramm könne er in zwei Worten zusammenfassen, nämlich: Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe. In Wirklichkeit tritt er dafür ein, daß die EWG noch mehr Bauern ruiniert.

Diese ganze Politik der Verdummung und des Betruges, die seitens der monopolhörigen CDU/CSU gegenüber den Bauern betrieben wird, kann bei einer weiteren Verschärfung dazu führen, daß die Bauern zu solchen radikal-faschistischen Gruppierungen abwandern, wie wir sie heute mit der NPD schon organisiert in der Bundesrepublik haben. Schon heute wird auf den Dörfern in Richtung einer nach rechts orientierten Radikalisierung geredet. Daher müssen wir auch unsere Genossen von der SPD besser als bisher über diese Gefahren aufklären. Das können wir natürlich nur dann, wenn wir selbst entschlossen sind, auf dem flachen Lande diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Zeit, Genossen, die uns zur Verfügung steht, ist nicht unbegrenzt. Wenn sich die Gegensätze verschärfen, dann beschleunigt sich bekanntlich auch das Tempo der Entwicklung. Das ist den Älteren unter uns bekannt, die wir das Ende der zwanziger Jahre und den Übergang zu den dreißiger Jahren erlebt haben.

Wir können als Kommunisten nicht ohne Stolz sagen, daß wir uns in der Bündnisfrage in der deutschen Arbeiterklasse aktiv und klarend bemüht haben. Den richtigen Gedanken einer nationalen Agrarpolitik, den richtigen Gedanken der Verteidigung der Bauernhöfe gegen Monopolkapitalismus haben wir in die Massen getragen. Wir haben dabei ein Beispiel für die Zukunft und dieses Beispiel zeigt, was die Arbeiterklasse den Bauern zu bieten vermag. Dieses Beispiel ist die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik mit ihrer Landwirtschaft und mit ihren Produktionsgenossenschaften. Diese Produktionsgenossenschaften sind nämlich jetzt auf einem Weg nach oben.

Als Kommunist und Sozialdemokrat, als Vertreter der Arbeiterbewegung kann man sehr wohl eine gesunde Agrarpolitik entwickeln, die auf dem Lande Boden gewinnt. Sie muß Boden fassen; denn wenn die Bauern sich auf die rechtsradikale Seite orientieren — darüber müssen wir uns klar sein —, dann geht das halbe Dorf mit, und durch die Verwandten und Pendler wird das faschistische Gift wieder in Teile der Arbeiterklasse hineingetragen.

Es wird also unsere Aufgabe sein, im Zuge des Ringens um die Aktions-einheit auch den Gedanken der Bünd-nispolitik stärker mit den sozialdemo-kratischen Genossen zu diskutieren.

Die Ereignisse in der Volksrepublik China erreichen eine neue Stufe

von JOHN GOLLAN, GENERALSEKRETÄR
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI GROSSBRITANNIENS

In der internationalen Presse erschienen in der letzten Zeit Meldungen und Beiträge über Vorgänge in der KP Chinas. Von Umbesetzungen in Partei- und Kulturinstitutionen, Zeitungen und Zeitschriften wurde und wird berichtet. Nach diesen Meldungen schrieb die chinesische Presse in diesem Zusammenhang von einer großen „Kulturrevolution“ und vom Kampf gegen „revisionistische“ und „reaktionäre“ Elemente usw. Leser von „Wissen und Tat“ baten uns um Aufklärung über diese Vorgänge. Ein Beitrag von John Gollan, veröffentlicht im „Morning Star“, erscheint uns besonders geeignet, auf die Fragen unserer Ge-nossen eine Antwort zu geben. Der nachstehend veröffentlichte Beitrag ist gekürzt; Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Als die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung aufkamen, nahmen wir eine unterschiedliche Haltung zu dem negativen Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas in bezug auf Hauptprobleme ein, die betrafen: die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen und das Verhältnis zur nationalen Befreiung, die Möglichkeit der Verhinderung eines dritten Weltkrieges, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus in einer Reihe von Ländern.

Unsere Haltung ging bis auf die Zeit vor dem XX. Parteitag der KPdSU zurück, der einen lebenswichtigen positiven Standpunkt zu diesen großen Problemen unserer Zeit einnahm. Sie (unsere Haltung) entstammt unserem

Programm „Der britische Weg zum Sozialismus“, das im Jahre 1951 veröffentlicht wurde.

Was uns zu der Zeit, als sich die Meinungsverschiedenheiten entwickelten, Rätsel aufgab, war der offensichtliche Widerspruch der Haltung, die die Kommunistische Partei Chinas damals einnahm zu der früher vom VIII. Parteitag der KP Chinas 1956 angenommenen Politik, die mit der allgemeinen Haltung der kommunistischen Weltbewegung übereinstimmte.

In den Hauptberichten und Resolutionen und im neuen Statut der KP Chinas, dem der Parteitag zustimmte, wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit gelegt, die friedliche Koexistenz — einschließlich der USA — zu verfechten. Liu Shao-chi stellte dazu im Bericht an den Parteitag fest, daß unter ihrer herrschenden Klasse

(USA d. Red.) „eine Sektion nüchternen denkender Menschen existiert, die sich dessen mehr und mehr bewußt werden, daß die Politik des Krieges schließlich nicht zu Amerikas Vorteil gereichen mag“.

In der Eröffnungsansprache wurde von Mao Tse-tung eine positive Einschätzung des XX. Parteitages der KPdSU gegeben. Der Personenkult und die Gefahren einer übermäßigen Verehrung einzelner Führer wurde durch Teng Hsiao-ping in seinem Bericht zum neuen Parteistatut verurteilt.

Die Resolution, die diese Gedanken enthielt, unterstrich auch die Wichtigkeit des Kampfes für den Frieden und stellte fest, daß „eine Möglichkeit des dauerhaften Friedens jetzt begonnen hat. Wirklichkeit zu werden“

Der Disput trat ans Tageslicht, als die kommunistische Weltbewegung, die sich aus unabhängigen autonomen Parteien zusammensetzt, einen Stand ihrer Entwicklung erreicht hatte, der bedeutete, daß keine Partei — wie erhaben auch ihre Vergangenheit sei — einseitig die Generallinie der Richtung der kommunistischen Bewegung festlegen konnte.

Während wir in diesem Disput fest zu der Politik hielten, die wir für rich-

tig erachteten, befürworteten wir Behutsamkeit bei der Behandlung der Probleme. Wir suchten harte Polemiken und eine Spaltung in der internationalen Bewegung zu verhindern.

In diesem Geiste sandten wir 1963 unsere Delegation nach Peking und führten unsere Diskussion mit Liu Shao-chi und Teng Hsiao-ping.

Später hatten wir nach der Absetzung Chruschtschows als Erster Sekretär der KPdSU bei den Novemberfeierlichkeiten 1964 formlose Diskussionen mit der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas unter Leitung von Tschou En-lai.

Wir waren uns genau der Lage Chinas, umkreist vom USA-Imperialismus bewußt. Wir stellten auch fest, daß die Außenpolitik Chinas, im Unterschied zum Ton der „Volkszeitung“, eine nichtaggressive Politik war.

Jetzt haben die Ereignisse in der Volksrepublik China eine neue Stufe erreicht, die bei allen Freunden der chinesischen Revolution beträchtliche Besorgnis wegen der Rolle Chinas in internationalen Angelegenheiten und für die Zukunft des Kommunismus hervorrufen muß.

Der Verlauf der Angelegenheiten

Soweit wir den Ereignissen anhand öffentlicher Erklärungen folgen können, scheint der Verlauf der Angelegenheiten wie folgt zu sein:

Die Veränderungen in der sowjetischen Führung im Jahre 1964 schufen eine Lage, wo ein neuer Ausgangspunkt für die chinesisch-sowjetische Wiederannäherung möglich schien. Die Führung der KPdSU wünschte und arbeitete sicherlich für eine Verbesserung der Situation. Darin wurde sie von Kommunisten in aller Welt unterstützt. Die Weltlage erforderte solche Schritte.

Indem er die Spaltung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung ausnutzte, hat der USA-Imperialismus seinen Aggressionskrieg in Vietnam vorangetrieben. Schon allein dieser Grund macht den Zusammenschluß unserer Reihen zu einer dringenden Notwendigkeit.

Die chinesische Delegation, die an den Diskussionen im November 1964 teilnahm, schien die Lage völlig falsch zu deuten. Sie schienen zu erwarten, daß nach dem Wegang Chruschtschows die Generallinie des XX. Parteitages durch die sowjetische Führung bestätigt werden würde.

Das war für die KPdSU nicht möglich und dem wäre auch durch jede kommunistische Partei außer durch die wenigen, die die KP Chinas unterstützen — äußerster Widerstand entgegengesetzt worden.

Die chinesische Reaktion darauf — als das nicht eintrat — bestand darin, ihre Kampagne gegen die Sowjetunion auf ein hysterisches und absurdes Ausmaß mit „Beschuldigungen“ der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, der „Verschwörung“ der USA und der UdSSR zur „Beherrschung“ der Welt zu erweitern.

Solche offenkundigen und lächerlichen Anschuldigungen brachten China um die Unterstützung in der kommunistischen Welt. Die Versuche der chinesischen Führer, andere kommunistische Parteien zu spalten, erwiesen sich fast überall als erfolglos. Es scheinen aber jetzt akute politische Spaltungen in China selbst ausgebrochen zu sein. Das geht aus offiziellen öffentlichen Artikeln hervor, und Berichte in der chinesischen Presse machen deutlich, daß der Konflikt Schriftsteller, politische Funktionäre, Redakteure von Parteizeitungen, Universitätskreise und andere betrifft. Zusammen mit Peng Chen scheinen Teng To — Direktor der Pekinger Tageszeitung — Wu Han, stellvertretender Bürgermeister Pekings, Lu Ping, Rektor der Pekinger Universität von ihren Ämtern entfernt worden sein.

Die Hauptanklagen gegen diejenigen, die als parteifeindliche Gruppe beschrieben werden, folgen den bekannten und diskreditierenden Anschuldigungen gegen die KPdSU, die in den gleichen Zeitschriften veröffentlicht wurden, aus denen jetzt die Redakteure entfernt wurden.

Sie schließen ein Beschuldigungen auf Wiederherstellung des Kapitalismus, der Konterrevolution, des Chruschtschow-Revisionismus und Anklagen, daß die Beschuldigten erklärt haben, daß die Politik der Führung der KP China isoliert hat.

Die Ursachen werden durch eine Reihe von Fakten, die vom kommunistischen Standpunkt unhaltbar sind, sogar wenn man die imperialistische Kampagne gegen Volkschina im Auge behält, kompliziert.

Die innere Lage der KP Chinas

Seit dem VIII. Parteitag im Jahre 1956 hat kein Parteitag stattgefunden. Mit anderen Worten, die oberste politische Parteidemokratie ist seit 10 Jahren unter Verletzung des Parteistatuts, das einen Parteitag alle 5 Jahre festsetzt, nicht zusammengetreten. Es gibt keine öffentliche Information in bezug auf die Tätigkeit oder die Häufigkeit von Sitzungen des Zentralkomitees.

Kein Kommunist kann eine solche Haltung nach den bitteren Erfahrungen der sowjetischen Kommunistischen Partei während der letzten Lebensjahre Stalins verteidigen.

Anstelle der ordentlichen Arbeit der obersten demokratischen Organe der Partei haben wir dem Wesen nach eine Vergötterung Mao Tse-tungs und den Versuch, alle Probleme einfach mit einem Studium der Schriften Maos zu beantworten. Es gibt die Erklärung, daß Maos Schriften sowohl die Enzyklopädie der chinesischen Revolution als auch der Weltrevolution und den Gipfel des Marxismus-Leninismus in unserer Epoche darstellen.

Wir hatten alle genug Erfahrungen, um jetzt zu zeigen, daß solche abnormen Bedingungen in irgendeiner kommunistischen Partei nicht andauern können. Die Tatsachen des

Lebens werden die Wiederherstellung dieser lebenswichtigen Aspekte der Parteidemokratie in China erzwingen. Gewiß müssen Maos Schriften studiert werden. Aber jeder Versuch, den Marxismus auf ein Studium der Schriften Maos zu beschränken, kann nur die Verdummung des Denkens bedeuten und Chinas schöpferischen Beitrag zum Marxismus begrenzen.

Die Kommunisten werden überall den jüngsten Ereignissen in China mit Besorgnis folgen. Die Kommunistische Partei Chinas wird sie lösen, denn sie müssen und werden gelöst werden.

Wir Kommunisten haben immer behauptet, daß das, was uns in der kommunistischen Bewegung vereint, der objektive Kampf für den Sozialismus gegen den Imperialismus, größer ist, als irgendetwas, was uns trennt. Die Ereignisse werden zeigen, daß das für China wie für andere zutrifft.

In der Zwischenzeit werden die Kommunisten überall ihren Druck für vereinte Aktionen der internationalen kommunistischen Bewegung und besonders die Koordinierung der Hilfe der sozialistischen Staaten zur Niederschlagung der amerikanischen Aggression in Vietnam fortsetzen. Das ist nicht nur lebenswichtig in Vietnam,

sondern auch, um die USA-Bedrohung von Chinas Grenzen zu beseitigen. Wir britischen Kommunisten müssen die Bewegung gegen die Politik „östlich von Suez“ ankurbeln.

Die Kommunisten in Europa und den europäischen sozialistischen Staaten werden den Kampf gegen die NATO und den westdeutschen Militarismus ankurbeln. Wir hoffen, daß die KPdSU auf ihrem von Leonid Breschnew auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU unterbreiteten Vorschlag, für eine Gipfeldiskussion mit China,

ungeachtet aller Hindernisse, beharren wird.

Wir müssen alle noch stärker für den rechtmäßigen Platz Chinas in den Weltangelegenheiten und den Vereinten Nationen eintreten.

Wir müssen hoffen, daß die chinesischen Kommunisten den Weg finden werden, um ihre Probleme zu lösen und ihre Partei zurückbringen auf den Weg der kollektiven Führung und der vereinten Aktionen mit anderen kommunistischen Parteien gegen den Imperialismus.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Schutz- oder Diktaturgesetze?

Wozu dienen in Wirklichkeit die Notstandsgesetze?

In der letzten Nummer veröffentlichte „Wissen und Tat“ in dieser Rubrik einen Beitrag über die alliierten Vorbehaltsrechte. Junge Genossen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß jetzt in der Diskussion auch über die Meinung der Befürworter der Notstandsgesetze in der SPD-Führung gesprochen wird, die auf dem SPD-Parteitag in Dortmund die Notstandsgesetze als angeblich notwendige Schutzgesetze bezeichneten, die nur demokratisch gestaltet werden müßten und auch unter Hinweis auf die Ereignisse in Vietnam das Argument von der Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte vertreten. Was ist dazu zu sagen?

Das Argument von den angeblichen Schutzgesetzen ist das alte demagogische Argument, mit dem seit eh und je die CDU/CSU ihre Notstandsgesetze der Bevölkerung schmackhaft machen will. Sie spekulieren dabei auf die leider tatsächlich noch vorhandene Unkenntnis breiter Kreise über den Inhalt der geplanten oder bereits verabschiedeten Notstandsgesetze.

Wer den Schutz der Bevölkerung will, muß den Frieden sichern und darf nicht den Krieg vorbereiten. In-

halt und Zielsetzung der Notstandsgesetze dagegen beweisen: Mit diesen Gesetzen wird Kriegsrecht in Friedenszeiten geschaffen. Statt alles zu tun, um den sog. Ernstfall zu verhindern, dient jedes der einzelnen Notstandsgesetze, wie auch die Gewerkschaften sagen, zur totalen Mobilisierung aller personellen und materiellen Reserven für einen totalen Krieg. Mit Recht hat erst vor kurzem Nobelpreisträger Born noch einmal darauf hingewiesen, daß die Notstandsgesetze „keinen anderen Zweck haben, als die Volksmassen in die Hand zu bekommen, um eine Militärdiktatur und einen Krieg vorzubereiten“. Und Verteidigungsminister v. Hassel sagte selbst klar und deutlich, als er am 24. Juni 1965 im Bundestag die Notstandsverfassung forderte, daß es der Regierung bei der Notstandsgesetzgebung um „die rechtlichen Instrumente“ geht, „die uns erst in die Lage versetzen, unseren militärischen Auftrag zu erfüllen“.

Sicherheit für die Bevölkerung ist notwendig, aber echte Sicherheit. Gesetzliche Bestimmungen, wie immer sie auch genannt und formuliert werden, nutzen bei einer atomaren Kata-

strophe ohnehin nichts. Echte Sicherheit gibt es nur durch eine konstruktive Friedenspolitik, die jedes Risiko eines bewaffneten Konflikts ausräumt. Dazu aber ist notwendig, daß Schluß gemacht wird mit dem Streben nach Atomwaffen und den Forderungen nach einer Revision der bestehenden Grenzen in Europa. Dazu ist auch notwendig, daß die Notstandsgesetze der CDU/CSU verhindert werden, die uns entmündigen und die gesamte Öffentlichkeit für einen Krieg mobilisieren sollen. Eine Notwendigkeit und ein Bedürfnis für die Notstandsgesetze besteht nur für die großen Monopole und ihrer Erhard-Regierung, die sie zur Absicherung und Durchsetzung ihres aggressiven und sozialreaktionären Kurses und zum Ausbau ihrer formierten Gesellschaft brauchen. Im Interesse des Volkes aber liegt eine Politik des Friedens, der Entspannung und der Verständigung in Deutschland und in der Schaffung eines Sicherheitssystems für ganz Europa.

Wenn Wehner und Erler auf dem Dortmunder Parteitag eine grundsätzliche Bejahung der Notstandsgesetze der CDU/CSU durchsetzten und behaupteten, für eine „demokratische Notstandsverfassung“ sorgen zu wollen, deren Handhabung unter parlamentarischer Kontrolle steht, so ist dazu zu sagen: Es gibt keine Möglichkeit, einen Mißbrauch des von der Erhard-Regierung geforderten Notstandsdiktatursgesetzes zu verhindern. Nicht zu Unrecht wird in den Gewerkschaften und auch von Wissenschaftlern die geplante Notstandsverfassung als Zeitzünder bezeichnet, der, einmal in die Verfassung eingebaut, jederzeit den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung sprengen kann. Die Notstandsverfassung beseitigt ja gerade jede demokratische Kontrolle und schafft der Regierung und den Militärs die Ermächtigung, unter Ausschaltung des Parlaments mit dem Ausnahmezustand zu regieren. Völlig treffend hat deshalb auch Karl Jaspers in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ darauf hingewiesen „... es gibt keine Möglichkeit, einen Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verbieten. Denn in ihrem Prinzip liegt die Ausschließung der Kontrolle. Das Prinzip der totalen

Gewalt kommt am Ende hinter allen Einschränkungen und Klauseln doch wieder zum Vorschein“ (S. 166). Und was die Initiatoren der Notstandsgesetze in der Bundesregierung von parlamentarischer Kontrolle halten, das beweisen die Drohungen Lückes vom 5. Mai 1966 mit bereits fix und fertigen Schubladengesetzen, mit denen von der Regierung über Nacht die verfassungsmäßige Ordnung aus den Angeln gehoben werden könnte. Hier muß doch die Frage gestellt werden, warum schweigt die SPD-Führung zu derartig offensichtlich verfassungswidrigen Praktiken der Erhard-Regierung?

Ebenso bedrohlich ist es, wenn Führer der SPD, was das Argument von der angeblich notwendigen Ablösung alliierter Notstandsgesetze anbetrifft, mit der CDU/CSU in die gleiche Kerbe hauen und dabei die Gegner der Notstandsgesetze mit den Maßnahmen der amerikanischen Militärs in Vietnam schrecken wollen. Wenn Erler auf dem Dortmunder SPD-Parteitag erklärte: Wer gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam ist, muß auch dafür sein, daß die alliierten Vorbehaltstrechte abgelöst werden, so ist das ein demagogisches Argument. Diejenigen, die als einzige Regierung in Europa den amerikanischen Krieg in Vietnam vorbehaltlos unterstützen und bisher nie ein Wort der Kritik an den Terrormaßnahmen der amerikanischen Militärs in Vietnam verlauten ließen, sind doch gerade die Initiatoren der Notstandsgesetze. Vietnam mahnt und verpflichtet gerade zur Verhinderung der Notstandsgesetze; denn sie würden den herrschenden Monopolgruppen und ihrer CDU/CSU-Regierung die Handhabe schaffen, gestützt auf eigene und fremde Bajonette. Ihre volksfeindliche Politik gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Außerdem beweist Vietnam, daß die Amerikaner ihre Machtpolitik und Gendarmenrolle unter Mißachtung des Völkerrechts und internationaler Abkommen mit barbarischen Kriegsmethoden (Bombenangriffe, Gas und Napalm) durchzusetzen suchen. Wir sind für die Auflösung der alliierten Vorbehaltstrechte und gegen Notstandsgesetze, die faktisch neues Kriegsrecht für die inländischen Mili-

taristen und die amerikanischen Besatzer schaffen. So erweist sich auch in diesem Zusammenhang das Argument von der Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte als ein Versuch der Erpressung. Wer für die Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte ist, müßte doch in erster Linie am Abzug der ausländischen Truppen interessiert sein. Die Notstandspolitiker in der CDU/CSU und in der Regierung aber sind diejenigen, die am heftigsten gegen den Abzug und gegen jede Verringerung ausländischer Truppen zettern, und wenn es nach ihnen ginge, würden wir bis zum Jahre 2000 besetzt bleiben.

Es deshalb kein Argument, das die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen rechtfertigen könnte, aber unzählige Gründe und Erfahrungen, die dagegen sprechen. Viele Arbeiter haben bei den Streiks in der saarländischen Holzindustrie, bei den Aktionen der Kumpel gegen Zechenstilllegungen und bei den Kampfaktionen der Bochumer Stahlarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze angesichts der Zwangsmäßignahmen und Drohungen der Unternehmer und deren Erhard-Regierung die Frage gestellt: Was würde erst geschehen, wenn bereits die Notstandsgesetze verabschiedet wären. Die Antistreikmanöver des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei haben darauf eine Antwort gegeben. Deshalb kann es nur eine Alternative zu den Notstandsplänen der Monopolregierung geben, nämlich die der Gewerkschaften und die heißt: Schutz des Grundgesetzes und die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen durch die Verhinderung jeglicher Notstandsgesetze und die Durch-

setzung eines erweiterten Mitbestimmungsrechts.

In der Frage der Notstandsgesetzgebung ist kein Kompromiß möglich. Es geht auch nicht darum, wie die Gesetze aussehen sollen, sondern die Frage lautet: entweder mit der CDU/CSU für die Diktaturvolimachten der Monopole und ihrer Regierung oder gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen anderen demokratischen Kräften für die Verteidigung des Grundgesetzes und die Verhinderung der Notstandsgesetze. Darüber müssen wir auch mit den sozialdemokratischen Genossen sprechen, wenn wir die gemeinsamen Aktionen gegen die Notstandspläne der CDU/CSU verstärken wollen.

In der Frage der Notstandsgesetzgebung ist auch kein Kompromiß notwendig. Der 7. DGB-Kongress hat sich erneut in einem Beschuß gegen jegliche Notstandsgesetzgebung ausgesprochen. Der erneute Antinotstandsbeschuß, der dem Willen der Mehrheit der Gewerkschafter entspricht, ist eindeutig. Er ist bindend für alle Mitglieder und Funktionäre des DGB. Jetzt kommt es darauf an, daß die Arbeiter gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft, mit Pfarrern, Studenten- und Jugendorganisationen und allen anderen, die sich gegen die Notstandsgesetze aussprechen, zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden. Wenn die außerparlamentarischen Aktionen verstärkt werden, werden sich auch im Bundestag verantwortungsbewußte Abgeordnete finden, die den Diktaturplänen der CDU/CSU entgegentreten. Die kurfristigen Pläne des Innenministers Lücke zur Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze und der Notstandsverfassung selbst mahnen: es ist höchste Zeit dazu.

Was ist „formierte Gesellschaft“?

Was steckt hinter diesem Begriff? Ist es nur ein politisches Modeschlagwort oder verbirgt sich dahinter mehr? Junge Genossen baten „Wissen und Tat“ um Erläuterung des jetzt so oft gebrauchten Ausdrucks.

Der Plan „formierte Gesellschaft“ ist das politische Leitbild der gegen-

wärtig herrschenden und führenden Gruppe in der CDU/CSU. Stammvater dieses „Gesellschaftsbildes“ ist Ludwig Erhard. Die Erhard-Gruppe in der CDU/CSU setzt sich darin für die Unterordnung aller Volksschichten und ihrer Verbände sowie Organisationen unter das heutige Herrschaftssystem der Bundesrepublik ein,

ihre Gleichschaltung mit der Politik der führenden Großkapitalisten.

Das ist der Kern dieser politischen Konzeption. Dabei soll es sich, wie der Bundeskanzler das Vorhaben erläuterte, bei der „formierten Gesellschaft“ nicht um „eine neue“ Gesellschaftsform handeln, sondern darum, daß wir die Gestalt, die unsere Gesellschaft zunehmend gewinnt, bewußt weiterentwickeln, daß wir diese unsere Gesellschaft in die Lage versetzen, ihre volle Leistungskraft zu entwickeln.“¹⁾

Welche Gestalt soll die „formierte Gesellschaft“ erhalten? Wie will die Erhard-Gruppe der CDU/CSU die „volle Leistungskraft“ der Bundesrepublik erreichen?

Sie strebt erstens eine **erhebliche Stärkung der bundesdeutschen Wirtschaftsmacht** an. Sie will dieses Ziel durch eine weitgehende Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte, durch noch stärkere Zusammenballung der Konzerne, schließlich durch die maximale Ausnutzung von Wissenschaft und Technik erreichen.

Der Plan der „formierten Gesellschaft“ sieht zweitens die **politische und ideologische Unterwerfung aller antimonopolistischen und demokratischen Kräfte unter das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der Bundesrepublik** vor. Das ist das Hauptangriffsziel. Vor allem sollen die Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterklasse mit der Politik und den Interessen der herrschenden Klasse von Großkapitalisten gleichgeschaltet werden. Die antimonopolistischen und demokratischen Kräfte sollen ihre politische Eigenständigkeit zugunsten nebelhafter „Gesamtinteressen“ aufgeben und sich sogar den „gesamtgesellschaftlichen Zielen“ der bundesdeutschen Großkapitalisten und Bankiers restlos unterwerfen.

Erhard und sein Anhang wollen drittens durch eine „Reform der deutschen Demokratie“ das heutige parla-

mentarisch-demokratische System zugunsten einer autoritären und diktatorischen Herrschaftsform verändern. Angeblich gefährde ein „überentwickelter Pluralismus“ die bisherigen Erfolge der Bundesrepublik.²⁾ Bisher wurde unsere gesellschaftliche Wirklichkeit „Pluralismus“ genannt.

Der Begriff des Kapitalismus wurde und wird gemieden wie die Pest. Mit dem Begriff vom „Pluralismus der Verbände“ wird recht farblos die Tatsache bezeichnet, daß in einem System mit gewissen bürgerlich-demokratischen Rechten die Gewerkschaften, Bauern-, Verbraucher-, kommunale und sonstige „Verbände“ der Volkschichten gegenüber den schwergewichtigen, tonangebenden Verbänden der Großkonzerne und Hochfinanz nicht völlig rechtlos sind. Sie können innerhalb bestimmter „Spielregeln“ (z. B. Streiks, bei „Verbot“ des politischen Streiks und „Zulässigkeit“ der Aussperrung) ihre Forderungen anmelden und verfechten. Damit soll nun Schluß sein.

Es sollen vor allem die Rechte des Parlaments und ihrer Ausschüsse sowie der Länderparlamente und -regierungen stark eingeschränkt und im gleichen Maße die Machtbefugnisse der Bundesregierung erweitert und erheblich ausgebaut werden. Gegenwärtig versucht Erhard dieses Ziel u. a. mit dem sogenannten Stabilisierungsgesetz zu erreichen, ein Gesetz, das der Regierung Notverordnungsbefugnisse über die Wirtschaft, die Finanzen der Länder und Gemeinden und über die Gelder der Sozialversicherung zur zentralen Lenkung der Rüstungsfinanzierung geben soll. Die Zentralgewalt mit ihrem staatlichen Zwangssapparat soll nach den Vorstellungen der Väter der „formierten Gesellschaft“ anstelle der demokratischen Einrichtungen treten und sie voll und ganz ersetzen. Die Bundesrepublik soll also nach dem Willen der CDU/CSU unter dem Kommando der Großkapitalisten und ihrer politischen Manager und zu ihrem Nutzen im Gleichschritt marschieren. „Der Weg in die „formierte Gesellschaft“ ist“, nach dem Urteil eines bekannten Journalisten, „ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus.“³⁾ Entscheidende

1) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 95 vom 2. 6. 1965, Seite 762

2) Ebenda, Nr. 125 vom 22. 7. 1965, Seite 1013

3) Reinhard Opitz, „Der große Plan der CDU: Die „formierte Gesellschaft““, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, 1966, Seite 196

Bestandteile dieser „Reform“ bilden Notstandsgesetze und Notstandsverfassung. Bonn will sich mit ihnen den Weg in die „formierte Gesellschaft“ ebnen.

Schließlich wird — viertens — die Entwicklung eines „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins“ als notwendiger Schritt zur „Formierung“ der Bundesrepublik angestrebt.⁴⁾ Hier sollen die Werktätigen mittels raffinierter Steuerung der „öffentlichen Meinungsbildung“ veranlaßt werden, zugunsten des „Gemeinwohls“ auf die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen zu verzichten. Die CDU/CSU verleugnet den grundlegenden Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und möchte jedes Klassendenken aus den Hirnen und Herzen der arbeitenden Menschen verdrängen und durch ein „Volksgemeinschaftsdenken“ wie bei Hitler ersetzen. Was das „Gemeinwohl“ ist, ergibt sich daraus, daß ausdrücklich erklärt wird, die „Wirtschaft“ solle nicht formiert werden. Das heißt, daß die Großkonzerne frei bleiben und die anderen formieren! Das „Gemeinwohl“ ist das Wohl der Großkonzerne.

Wozu will Erhard und mit ihm einflußreiche Kreise der CDU/CSU und führende Kreise der Monopolwirtschaft die „volle Leistungskraft“ der Bundesrepublik entwickeln?

Rainer Barzel erläuterte das so: „Die Politik bisher, wie das, was wir vor-

①) Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn 1965, Nr. 13/14, Thesen zur formierten Gesellschaft, These 9

②) Süddeutsche Zeitung, München, 30. II. 1965

③) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 179 vom 11. II. 1965, Seite 1438

haben, setzt zwingend voraus, daß unsere Wirtschaft wächst.“⁵⁾ Erhard umriß das Ziel dieser CDU-Politik noch schärfer. „Wirtschaftliche Kraft“, so verkündete er in seiner Regierungserklärung, „münzt sich um in politische Stärke“.⁶⁾ Erhard hat mit diesem Ausspruch die Katze aus dem Sack gelassen. Tatsächlich ist „Politik der Stärke“ das wahre Motiv für das politische Leitbild der CDU/CSU und des Plans von der „formierten Gesellschaft“. Die aggressiven Kreise in der Bundesrepublik suchen nach einem Weg, ihre Eroberungsziele wirksamer als bisher zu verfolgen. Sie glauben, dafür mit der „formierten Gesellschaft“ das Allheilmittel gefunden zu haben. Die „Formierung“ aller gesellschaftlichen Kräfte und Reserven der Bundesrepublik soll nach dem Willen der CDU/CSU die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Einverleibung der DDR und die Revision der Ostgrenzen schaffen.

Da die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik sich den Ritt gen Osten allein nicht zutrauen, wollen sie — durch Steigerung der eigenen Macht — sich den anderen großkapitalistischen Staaten als begehrswerter Bündnispartner empfehlen, um sie zugleich an die politischen Ziele des bundesdeutschen Großkapitals zu binden.

Der Begriff „formierte Gesellschaft“ ist also kein Modeschlagwort, sondern hinter ihm verbirgt sich der Plan sehr einflußreicher Kräfte der CDU/CSU und ihrer Geldgeber, auf neuem Wege und mit gesteigerten Anstrengungen ihre alte, unheilvolle Machtpolitik durchzusetzen.

Verteidigen wir gemeinsam das Grundgesetz, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik, gegen jeden Anschlag der Monopole und ihrer Regierung.

Weil Notstandsverfassung und Notstandsgesetze der Kriegspolitik der Bundesregierung dienen, ist es oberste Friedenspflicht, durch gemeinsame Aktionen diese Diktaturgesetze zu verhindern. Da der Abbau der Demokratie stets der Vorbote war für Diktatur und Krieg, müssen wir gemeinsam das Volk über die ganze Gefährlichkeit der Notstandsgesetze aufklären. Der Plan Lückes, das Volk irrezuführen, muß durch gemeinsame Anstrengungen durchkreuzt werden. (Aus der Rede Max Reimanns auf der 8. ZK-Tagung)

Für die Mappe des Propagandisten

Kapitalkonzentration größer als je zuvor

Auf 25 Konzerne entfallen gegenwärtig 40 Prozent des gesamten westdeutschen Industrieumsatzes.

Die größten Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 100 Millionen Mark und darüber hatten 1953 noch 34 Prozent, 1965 bereits 57 Prozent des gesamten westdeutschen Aktienkapitals auf sich vereinigt (ohne Tochter- und Beteiligungsgesellschaften). 1938 gab es in Deutschland nur 3 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von mehr als 300 Millionen Mark, Ende 1965 waren es 30, davon 9 mit über 700 Millionen und 2 mit über einer Milliarde DM Aktienkapital.

Amerikanische Kapitalanlagen und Verflechtungen

Befanden sich im Jahre 1950 nur etwa 1,7 Prozent aller privaten amerikanischen Auslandsanlagen in Westdeutschland, so waren es 1964 bereits 4,7 Prozent. Seitdem geht die Infiltration mit amerikanischem Kapital in noch schnellerem Tempo weiter.

Das Eindringen des USA-Kapitals in die westdeutsche Wirtschaft zeigt sich besonders deutlich bei den direkten privaten Kapitalbeteiligungen. Die USA-Anlagen im Ausland haben sich zwischen Ende 1957 und Ende 1964 (in Millionen Dollar) folgendermaßen entwickelt:

	Ende 1957	Ende 1964	Steigerung in %
Alle Länder	2 5394	44 343	175
Westeuropa	4 151	12 067	291
Westdeutschland	581	2 077	358
Frankreich	464	1 437	310
Großbritannien	1 974	4 550	231

Die ausländische Kapitalbeteiligung in der westdeutschen Wirtschaft belief sich nach einer Berechnung der Bundesbank etwa Ende 1964 auf 11 135,1 Millionen DM. Davon entfielen auf:

	Millionen DM	Anteile in Prozent
USA	3 801,2	(34,1)
Niederlande	1 941,4	(17,4)
Schweiz	1 780,7	(16,0)
Großbritannien	1 094,4	(9,8)
Frankreich	788,5	(7,1)

Rüstung, Rüstung über alles

Effektive Bonner Rüstungsausgaben von 1955 bis 1966 in Mill. Mark

Rechnungs-jahr	Bundeswehr	Zivile Kriegsvorbereitung	Besatzungskosten	Westberlin-zuschuß	Summe
1955	95,4	18,0	6 009,8	832,9	6 956,1
1958	7 974,2	81,9	850,0	1 127,7	10 033,8
1961	12 404,4	396,2	496,8	1 141,6	14 438,9
1964	18 306,4	612,4	507,1	1 912,7	21 338,6
1965	17 000,0	562,5	499,8	2 023,1	20 085,2
1966	17 500,0	571,7	535,0	2 216,0	20 816,7

Bemerkung: Von 1950 bis 1965 Ist-Ziffern, 1966 Plan-Ziffern

(„Finanzbericht 1966“, Bonn, hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen, S. 406 bis 409)

Schätzung der Ausgaben allein für die Bundeswehr 1967 bis 1970 vom Bundesfinanzministerium

1967	19,0 Milliarden DM
1968	19,8 Milliarden DM
1969	20,7 Milliarden DM
1970	21,5 Milliarden DM

(Ebenda, S. 98/99)

Diese Ziffern wurden vom Finanzministerium kalkuliert, ohne den Devisenausgleich an die USA und Großbritannien in Höhe von jährlich 3,3 Milliarden DM zu berücksichtigen.

Vergleich des Wachstums des Brutto-Sozialproduktes und der Rüstungsausgaben

	1953—1961 durchschnittliches Wachstum	1961—1965 jährliches Wachstum
Bruttonsozialprodukt	14,3%	9,4%
Rüstungsausgaben	10,0%	15,2%

Alle Angaben aus: „Dokumentation über Ursachen, Zielsetzung und Methoden der friedensgefährdenden Politik des westdeutschen Staates“. Herausgeber: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, verteilt auf der Pressekonferenz mit Albert Norden, Mitglied des ZK der SED, am 29. Juni 1966 in Berlin.

Tatsachen aus der DDR

20 Jahre volkseigene Betriebe

Die volkseigenen Betriebe in der DDR entstanden 1946 im harten Klassenkampf. In Sachsen hatten sich 77,62 Prozent der Teilnehmer eines Volksentscheides für ein Gesetz ausgesprochen, wonach die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis enteignet und Eigentum des Volkes werden sollten. In den westlichen Besatzungszonen hatten sich gleichfalls bei einer Abstimmung in Hessen 71,9 Prozent der Wahlberechtigten für einen Wandel der Macht- und Besitzverhältnisse ausgesprochen. Die amerikanische Besatzungsmacht verbot jedoch die Verwirklichung dieses Volkswillens, der sich auch auf einen Verfassungsartikel in der Landesverfassung stützte.

Im Vollzug der demokratischen Revolution wurden von 1946 bis 1948 in der sowjetischen Besatzungszone 9281 gewerbliche Unternehmen, darunter 3848 Industriebetriebe, volkseigen. Der

Anteil des volkseigenen Sektors an der gesamten Industrie der DDR betrug 1964 nach der Anzahl der Betriebe 29,8 Prozent, nach der Zahl der Arbeiter und Angestellten 83,3 Prozent und berechnet auf die industrielle Bruttoproduktion 88,1 Prozent. Somit werden zwei Drittel der gesamten industriellen Produktion in der DDR in volkseigenen Betrieben erzeugt.

75 VVB als Führungsorgane

Die volkseigene Wirtschaft der DDR untersteht 75 Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB). Sie sind die ökonomischen Führungsorgane der Industriezweige und unterstehen wiederum acht Industrieministerien.

Acht VVB sind dem Ministerium für Grundstoffindustrie unterstellt, fünf dem Ministerium für Metallurgie, Erzbergbau und Kali, neun dem Ministerium für chemische Industrie, 14 dem Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau, zehn dem Ministerium für Verarbeitungsmaschinen und Fahrzeugbau, elf dem Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, 22 dem Ministerium für Leichtindustrie und sechs dem Ministerium für Bezirks-

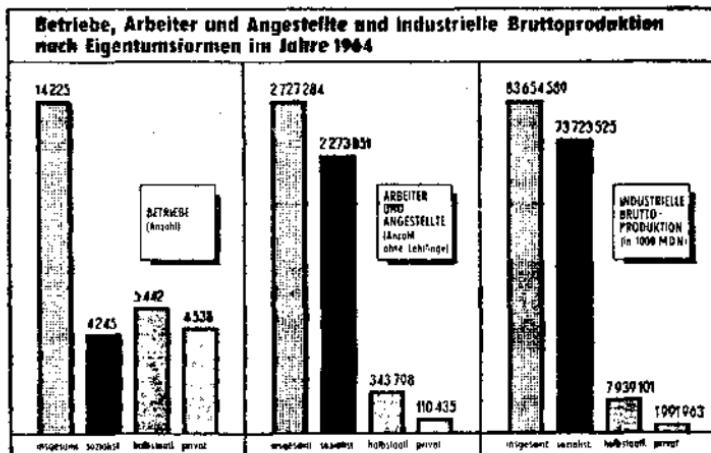
geleitete und Lebensmittelindustrie. Sieben VVB der Baumaterialienindustrie bestehen im Bereich des Ministeriums für Bauwesen.

Gewerkschaftliche Mitbestimmung

Die seit 1951 abgeschlossenen Betriebskollektivverträge verpflichten Werkleiter und Gewerkschaftsleitung gemeinsam, die Interessen der Belegschaft und Gesellschaft zu wahren, den Plan zu erfüllen und zwar bei bestmöglicher Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft. In diesem Zusammenhang entwickelten sich viele Formen der demokratischen Mitbe-

triebung, die Persönlichkeit mit der Demokratie. Das zeigen u. a. folgende Zahlen:

Während die Zahl der Personen die Neuerervorschläge machten, insgesamt von 1961 bis 1965 um 23 Prozent anstieg, nahm die Zahl der Frauen unter den Neuerern um 68 Prozent zu. Kollektive Neuerervereinbarungen, die im Bereich des „Planes Neue Technik“ eingereicht wurden, hatten 1963 einen Anteil an der Zahl der eingereichten Vorschläge von 1,69 Prozent, 1964 von 2,35 Prozent und im ersten Halbjahr 1965 3,2 Prozent. Dieser Anteil erscheint gering, aber er wird erst dann



stimmung der Werktagen an der Leitung der Betriebe. So sind die Arbeiter beteiligt an der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans. Träger der Plandiskussion waren schon ab 1955 die Gewerkschaften. 1959 wurden die ständigen Ausschüsse für Produktionsberatungen geschaffen. Es sind gewählte Organe der Gewerkschaften, die der Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe dienen. Diese Gesetze und viele andere Maßnahmen sichern ein umfassendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

Demokratie und technische Revolution

Die neue Entwicklung der Technik führt nicht wie in kapitalistischen Betrieben zur Entwertung der Persönlichkeit. In den volkseigenen Betrieben

in seiner wahren Bedeutung klar, wenn man ihn am Jahresnutzen aller Neuerervorschläge berücksichtigt. Dieser Anteil stieg von 18,7 Prozent im ersten Halbjahr 1964 auf 26,7 Prozent im ersten Halbjahr 1965. Der durchschnittliche Nutzen eines kollektiven Neuerervorschlags betrug 1963 bis 1964 mit 20 000 Mark mehr als das Zehnfache eines individuellen Vorschlags, der sich auf 2000 Mark belief. Der durchschnittliche Nutzen eines kollektiven Vorschlags betrug im Bergbau, in der Metallurgie und chemischen Industrie 57 000 bis 135 000 Mark.

Wirtschaftswunder

Das Volkseigentum in der DDR entwickelte sich zur festen Grundlage der gesamten Wirtschaft. Die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse vollzog sich

nicht nur als juristischer Akt, es ist vielmehr auch ein gesellschaftlich-praktischer Akt. In den 3848 volkseigenen Betrieben wurde die Grundlage für eine Wirtschaft des Volkes geschaffen.

Die DDR gehört heute zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt. Das Nationaleinkommen betrug im Jahre 1965 84,2 Milliarden Mark. 1950 waren es 29,6 Milliarden. Die Investitionsmittel erhöhten sich von Jahr zu Jahr. Waren es 1950 etwa 3,6 Milliarden Mark, so 1965 fast 20 Milliarden Mark. Seit 1950 wurden insgesamt 184 Milliarden Mark investiert.

Von 1950 bis 1965 erhöhte sich die industrielle Bruttoproduktion der DDR auf 391 Prozent. Seit 1964 ist die jährliche Produktion in der DDR größer als die von 1936 im ganzen deutschen Reich, obwohl die DDR nur etwa ein Viertel von dessen Territorium ausmacht.

Seit 1949 wurden in der DDR folgende Industriezweige neu geschaffen: Energiemaschinenbau, Chemieanlagenbau, Schiffbau, Plastverarbeitung, Halbleitertechnik, Regelungstechnik, Fernsehgeräteindustrie, Erdöl- und Erdgasförderung und Hochseefischerei.

DDR-Volkswirtschaft im Halbjahr 1966

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR gab in ihrer Mitteilung über die Entwicklung der Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 1966 interessante Angaben über die Erfolge der sozialistischen Volkswirtschaft. Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse:

● Das produzierte Nationaleinkommen wuchs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nach vorläufigen Angaben um fast zwei Milliarden Mark auf 105 Prozent.

● In der Industrie nahmen die Warenproduktion um 6,8 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 6,6 Prozent zu. Der Gewinn wurde bedeutend gesteigert.

● Die Rentabilität der Grund- und Umlaufmittelfonds erhöhte sich um zehn Prozent, die Selbstkosten der Warenproduktion sanken in der zentral geleiteten Industrie (ohne Lebensmittelindustrie) um 2,1 Prozent.

● Die Produktion wichtiger Rationalisierungsmittel wurde gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gesteigert.

● 7,7 Milliarden Mark wurden im ersten Halbjahr investiert (ohne Generalsanierungen). Das sind acht Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Investitionen zur komplexen Rationalisierung bestehender Betriebe wurden wesentlich erhöht.

● Der Export stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 1965 um vier Prozent. Der Import hochwertiger Aggregate und Anlagen sowie anderer Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie, die für die Durchsetzung der technischen Revolution in der DDR von Bedeutung sind, wurde um 20 Prozent erhöht.

● In der Landwirtschaft stieg das staatliche Aufkommen tierischer Erzeugnisse um 4,7 Prozent.

Entwicklung des materiellen Lebensniveaus

Im Ergebnis der gesunden und stabilen Entwicklung der Volkswirtschaft arbeiten seit April 1966 rund 7,4 Millionen Berufstätige der DDR nach der 5-Tage-Arbeitswoche jede zweite Woche. Für etwa zwei Drittel von ihnen ist ein „langes Wochenende“ gewährleistet, während die übrigen, die in Betrieben und Einrichtungen die Bevölkerung betreuen und versorgen bzw. in durchgängig produzierenden Betrieben tätig sind, einen anderen arbeitsfreien Werktag jede zweite Woche erhalten.

Nach der Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden ohne Lohnminderung für weitere 3 Millionen Berufstätige beträgt die wöchentliche Arbeitszeit nunmehr in der gesamten Volkswirtschaft maximal 45 Stunden.

Auch die Einkommensentwicklung zeugt vom ständigen Wachstum des Lebensstandards. So stiegen die Geldeinnahmen der Bevölkerung im Vergleich zum ersten Halbjahr 1965 um 5,2 Prozent. Die Spareinlagen nahmen pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich um 116 Mark zu. Die Leistungen der Werktätigen in der Industrie und in der Landwirtschaft sowie die sich weiter festigenden Außenwirtschaftsbeziehungen ermöglichen, das Warenangebot im Einzelhandel in Um-

fang und Sortiment zu verbessern. Das findet seinen Ausdruck in dem um 5,0 Prozent höheren Einzelhandelsumsatz, der 24,6 Milliarden Mark erreichte. Der Umsatz an Nahrungs- und Genussmitteln nahm um 659 Millionen Mark bzw. 4,9 Prozent zu.

Veränderung der Warenbereitstellung 1. Halbjahr 1968 zum 1. Halbjahr 1963 auf Prozent	
--	--

Fleisch u. Fleischwaren	104
Butter	102
Röstkaffee	106
Südfrüchte	219
Frischgemüse	105

Der Umsatz von Industriewaren stieg um 501 Millionen Mark bzw. 5,1 Prozent. In wachsendem Maße wurden qualitativ hochwertige Konsumgüter angeboten.

Veränderung der Warenbereitstellung 1. Halbjahr 1968 zum 1. Halbjahr 1963 auf Prozent	
--	--

Kühlschränke	103
Personenkraftwagen	119
Obertrikotagen	103
Arbeits- und Berufsbekleidung	105
Teppiche und Läufer	110

102 000 t Wäsche wurden in den industriellen und Selbstbedienungs-wäschereien für die Bevölkerung gewaschen. Das sind 5000 t mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Davon waren 51 200 t schrankfertige Wäsche, von der die industriellen Wäschereien einen Teil direkt ins Haus liefern.

In der medizinischen Betreuung der Bevölkerung wurden weitere Fortschritte erzielt, besonders durch umfangreichere vorbeugende Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten, z. B. Geschwulstkrankheiten und Diabetes, und durch Fortführung der Röntgen-Reihenuntersuchungen. Die zurückgehende Zahl der Tbk-Erkrankungen ermöglichte, mehreren Tbk-Krankenhäusern andere Aufgaben zu übertragen.

Der Krankenstand der Arbeiter und Angestellten sank gegenüber dem ersten Halbjahr 1965 von 5,80 auf 5,49 Prozent. Das bedeutet, daß täglich über 20 000 Werkältige weniger durch Erkrankungen ihrem Arbeitsplatz fernbleiben. Die Säuglingssterblichkeit sank in diesem Zeitraum von 24,9 auf 23,7 je 1000 Lebendgeborene.

Die Vermittlung von Lehrstellen an die Schulabgänger wurde weiter verbessert. Es sind bereits 90 Prozent der vorgesehenen Lehrverträge abgeschlossen worden.

Leserzuschriften

Den richtigen Genossen ansprechen!

Auch bei uns gewinnt die Diskussion über die Kernfragen der Politik im Zusammenhang mit dem Briefwechsel zwischen SED und SPD in Westdeutschland an Bedeutung. Das erfordert von unserer Partei eine stärkere Teilnahme an dieser großen politischen Auseinandersetzung. Das aber stellt hohe Anforderungen an jeden Kommunisten. Erste gute Anfangserfolge müssen aber noch entscheidend weiter ausgebaut werden. Das erfordert aber eine verstärkte Aktivität unserer ganzen Partei, ausgehend von gründlichen

Diskussionen und konkreten Aufgabenstellungen in allen Grundorganisationen.

Wie soll dies in Orten, wo es noch kein Kollektiv von Kommunisten gibt, gelöst werden? Sicherlich kann auch ein einzelner Kommunist ohne Grundorganisation durch mutiges Auftreten politisch wirksam werden. Wirkungsvoller würde unser Auftreten sein, wenn wir vorher in der Parteigruppe durch gründliche Diskussionen die Probleme klären könnten. Dann könnten wir gemeinsam zielstrebig il... der

Öffentlichkeit auftreten. Deshalb ist die organisatorische Bindung aller Kommunisten eine dringende Notwendigkeit!

Mancher Genosse wird sagen: Das ist leichter gesagt als getan, denn wir haben in den letzten Jahren schon viele Anstrengungen in dieser Richtung unternommen und oftmals war der Erfolg mehr als gering. Aber dürfen uns solche negativen Erfahrungen davon abhalten, immer neue Anstrengungen in dieser Richtung zu unternehmen? Ich glaube nein. Eine notwendige Aufgabe muß man immer wieder in Angriff nehmen. Dürfen wir doch in unserer Arbeit niemals vergessen, daß die Lage in der Bundesrepublik viele Genossen, die jahrelang inaktiv waren, bewegt, wieder die Parteiarbeit aufzunehmen. Oft bedarf es dazu nur einer klärenden Aussprache. Das soll am folgenden Beispiel dargelegt werden.

Seit 1956 bemühte sich die Kreisleitung in einem Landkreis vergeblich, in einem wichtigen Ort des Kreises die Genossen organisatorisch zusammenzufassen. Viele Einzelgespräche zwischen Kreisleitungsmitgliedern und ortssässigen Genossen wurden geführt, aber der einzige Erfolg war, daß sich ein Genosse bereit fand, in seinem Ort mit einigen Genossen zu sprechen, um zur Bildung mindestens einer Parteigruppe zu kommen. Obwohl sich dieser Genosse große Mühe gab, kam er nicht weiter.

Die Kreisleitung befaßte sich vor wenigen Wochen erneut mit dieser Lage und suchte die Ursachen für die erfolglose Arbeit dieses politisch sehr gebildeten Genossen zu ergründen, um ihm für seine weitere Tätigkeit bessere Argumente an die Hand zu geben usw. Aber das allein reichte nicht aus. Nach gründlicher Diskussion mit Genossen in diesem Ort erinnerte man sich eines alten parteierfahrenen Mitglieds mit großer Autorität und legte fest, mit ihm ein Gespräch über die Notwendigkeit der Schaffung einer Parteigruppe zu führen. Dieser Beschuß wurde in die Tat umgesetzt. Der 1. Kreissekretär sprach mit diesem Genossen. Er erreichte seine Bereitschaft, bei der Schaffung einer Parteigruppe zu helfen. Der Erfolg sah nicht aus. Schon nach kurzer

Zeit kam eine Gruppe von sechs Genossen zur Beratung über den Briefwechsel zwischen SED und SPD zusammen und sie alle erreichten, daß 15 Genossen von nun an am Parteilisten teilnehmen. Sie entrichteten bereits ihren ersten Beitrag und organisieren zur Zeit die ersten Gruppenversammlungen und weitere Gespräche mit sozialdemokratischen Genossen.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Warum gelang es dem einen Genossen über einen längeren Zeitraum hinweg nicht, das zu schaffen, was ein anderer Genosse in relativ kurzer Zeit erreichte. Das ganze Geheimnis liegt wohl darin: Es war der Kreisleitung gelungen, den **richtigen** Genossen in diesem Ort anzusprechen und für diese Aufgabe zu gewinnen. Den richtigen Genossen, das heißt in diesem Fall den Genossen mit der größten Autorität, den Genossen, der von der Partei anerkannt wird und auf dessen Rat man hört.

Es gibt noch viele Orte in der Bundesrepublik, in denen die Kommunisten sich noch nicht organisatorisch zusammengeschlossen haben. Aber für alle besteht dazu die dringende Notwendigkeit. Einen Weg, wie man das erreichen kann, wollte ich durch dieses Beispiel zeigen

gez. Werner aus NRW
1. Kreissekretär



Die Totengräber der Demokratie

Zeichnung von J. Kerschm aus „Freie Presse“

